



1. Heft | 16. Januar 1913

PAUL KAMPFFMEYER · TENDENZWISSENSCHAFT GEGEN SOZIALPOLITIK

PROFESSOR Ludwig Bernhard liest Nationalökonomie an der führenden Universität Deutschlands, in Berlin. Man sollte daher meinen, daß er, sich dieser seiner Stellung bewußt, unparteiisch, objektiv das in seinen wissenschaftlichen Arbeiten zum Ausdruck zu bringen sucht, was ist, was sich tatsächlich im volkswirtschaftlichen Leben machtvoll entwickelt. Nun ist er aber in jüngster Zeit mit einer Schrift hervorgetreten, und zwar direkt auf den Kampfplatz getreten, in der er nicht nur eine völlige Blindheit für die wirklich treibenden Kräfte der heutigen Volkswirtschaft offenbart sondern auch in ausgesprochen einseitiger Weise subjektive Urteile, bloße Tatsachenbruchstücke so häuft und gruppiert, daß ein völlig falsches Gesamtbild von einer Grunderscheinung unseres heutigen sozialen Lebens, von der sozialen Versicherung zustande kommt. Seine Schrift *Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik* ist keine anspruchslöse Gelehrtenarbeit, die etwa kleine Korrekturen an unser sozialpolitischen System anregen will, nein, sie ist eine Kampfschrift, eine Fehdeansage gegen die Sozialpolitik unserer Zeit. Unsere heutige Epoche scheint ihm schon auf dem Gebiet der Sozialpolitik eine »Epoche des Barock«, einer unübersehbaren Produktion immer neuer Vorschriften zu sein. Erzeugt vielleicht diese Produktionswut, diese Vergeudung von zeugender Kraft nicht ein frühes Altern der Sozialpolitik? Jedenfalls spricht Professor Bernhard den Satz aus:

»Die Sozialpolitik altert, sie verliert die Gewalt der ersten Stunde, und um die einst so schrankenlos erscheinende Bewegung erheben sich ganz nüchterne Schranken.«

Die Sozialpolitik ist also bereits in den Prozeß des Alterns eingetreten, mit Alterserscheinungen behaftet, und Professor Bernhard sucht deshalb »Raum zu schaffen für den Weg nach neuen Zielen«. Das ist der eigentliche innere Sinn seiner Schrift, der äußerlich nur an wenigen Punkten seiner Ausführungen hervortritt.

Die Sozialpolitik altert: das ist also das Urteil eines Mannes, der in einem Mittelpunkt weltwirtschaftlichen Lebens steht und die Theorie und Praxis dieses Lebens an einer Hochschule lehren soll. Überall Sozialpolitik, an

allen Orten und zu allen Zeiten, das ist die Signatur unserer Tage. Die Sozialpolitik unserer Zeit strömt blühendes Leben aus, und eigentlich nur in einem alternden Kopf kann sich diese Sozialpolitik als greisenhaft darstellen. Die heutige vielmillionenköpfige Gewerkschaftsbewegung, die vor anderthalb Jahrzehnten noch akademisch diskutierte, ob sie sich überhaupt sozialpolitisch betätigen solle, ist in allen ihren wesentlichen Lebensäußerungen sozialpolitisch geworden. Sie veranstaltet sozialpolitische Enqueten, sie stellt eingehende Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsprogramme auf, sie überwacht die Durchführung der staatlichen Arbeiterschutzbestimmungen, und sie organisiert die Wahlen für die sozialen Versicherungskörperschaften. Neben und mit den Gewerkschaften sind die Organisationen neuer kämpfender Schichten emporgekommen, die der Privatangestellten, die sich sehr rührig sozialpolitisch betätigen und bereits die staatliche Anerkennung ihrer sozialen Versicherungsforderungen gefunden haben. Ich will ja nun gar nicht bezweifeln, daß einigen deutschen Professoren, ja sogar führenden Häuptern des Staats die Sozialpolitik als ein unmodernes, altwurmstichiges Stück Möbel erscheint, das höchstens noch in einem Antiquitäten- oder Tändlerladen Platz finden darf. Aber diese Wertung der Sozialpolitik ist nur das spezielle Eigentum dieser Kreise, gegen das mit leidenschaftlicher Energie das Bewußtsein der aufstrebenden Schichten des Privatbeamtentums und der Arbeiterschaft rebelliert. Die Sozialpolitik altert eben nur für gewisse alternde Kreise der Gesellschaft, aber das, was im Volk an Jugend und an Tatenlust lebt, das drängt stürmisch auf die Ausgestaltung der Sozialpolitik hin. Und das zwang ja auch dem jetzt wirklich nicht im Eiltempo marschierenden deutschen Staat die neuesten sozialpolitischen Zugeständnisse auf dem Gebiet der Privatangestelltenversicherung ab. Und nicht gigantisch genug kann man sich die Dimensionen vorstellen, in denen sich heute der Wille zu einer machtvollen, durchgreifenden Sozialpolitik im Volk auswirkt. Er ist nicht nur in den 4 Millionen Stimmen der Sozialdemokratie lebendig, er ist ein Tatenwille selbst in großen Schichten des sozialen Liberalismus. Gerade der in der deutschen Arbeiterversicherung webende und lebende Gedanke ist noch von höchster Zeugungskraft, denn erst vor kurzem errang die soziale Zwangsversicherungsidee einen glänzenden Sieg in England. In allen Kulturstaaten marschiert dieser Gedanke, und selbst das noch stark kulturlose Rußland hat ihn in seiner Arbeiterversicherung übernommen. Selbst in der Neuen Welt bekundet man (sogar in großindustriellen Kreisen) lebhaftes Sympathieen für das deutsche Zwangsversicherungsprinzip. Leider steht Deutschland, das durch seine aufblühende Volkswirtschaft das mächtige und rapide Fortschreiten der sozialen Versicherung bedingte, nicht mehr unbedingt wie früher an der Spitze der sozialpolitisch gerichteten Staaten. In England sind soziale Versicherungsinstitute im Werden begriffen, die fester in dem Boden der Selbstverwaltung wurzeln und zum Teil mehr sozial leisten werden als die deutschen. Als sich unser großer Konkurrent jenseits des Kanals zur Einführung des *deutschen sozialpolitischen Systems* entschloß, da existierte schon jene tendenziöse, von Unternehmern stark beeinflusste Literatur über die von der sozialen Versicherung schier erdrückte deutsche Volkswirtschaft, die im Konkurrenzkampf den auswärtigen Staaten nicht gewachsen, und deren arbeitende Klasse zum Teil einer jede Energie und Arbeitsfreudigkeit lähmenden *Rentensucht*

verfallen sei. Aber unser Rival auf dem Weltmarkt ließ sich durch diese sozialpolitische Pamphletliteratur nicht über das wirkliche Resultat der deutschen Sozialpolitik täuschen: über den Aufstieg eines lebens- und arbeitstüchtigen *Arbeiterstandes*. Und das betrachtete England als eine Folge der deutschen Sozialpolitik, und, da es gerade im Interesse der Weltmarktkonkurrenz einer energischen, leistungsfähigen Arbeiterklasse bedurfte, akzeptierte es von seinem Nebenbuhler Deutschland den sozialen Zwangsversicherungsgedanken. Wenn es gesehen hätte, daß Deutschland tatsächlich mit dem Inkrafttreten der Unfallversicherung einer energielähmenden *Volkseuche* anheimgefallen war, so hätte es uns wahrlich der mordenden Kraft dieser Volkseuche überlassen und zugleich die strengsten Quarantänevorschriften gegen deren Einschleppung erlassen.

Die Sozialpolitik der Gegenwart besitzt mehr Kraft als die Gewalt der ersten Stunde. Denn nachdem sie sich die Potenzen millionenköpfiger Bevölkerungsmassen einverleibt hatte, gewann sie eine ganz andere Durchschlagskraft als früher. Das nicht zu sehen mußte einem deutschen Lehrer der mit dem pulsenden Leben am engsten verknüpften Wissenschaft vorbehalten bleiben. Er hat mit dürrtiger Sehschärfe nur ein begrenztes Stück Leben erfaßt: das Leben und die Ideen der Kreise, die ja die Sozialpolitik schon altern sehen und höchstens von einer Befestigung des bereits Errungenen noch reden. Daher mußte seine Schrift notwendig einseitig, nur eine äußerst eingeschränkte Seite des Lebens widerspiegelnd ausfallen; kurz, so mußte sie eine *T e n d e n z* schrift werden.

Professor Bernhard scheint sich überhaupt nur an der Oberfläche der Dinge fortzutasten, er befühlt sie nur äußerlich und dringt nicht sehend in deren Tiefe. So redet er in einem Abschnitt seiner Schrift von dem parteipolitischen Mißbrauch sozialpolitischer Einrichtungen und bedauert schon die politisch gefährbte Organisation der Wahlen zu den Versicherungskörperschaften. Bei der Besetzung der leitenden Posten der Versicherungsinstitute ist von grundlegender Bedeutung die Entscheidung der Frage, welches sozialpolitische und sozialhygienische Programm der Kandidat für diesen Posten hat. Will er zum Beispiel die Leistungen einer Krankenkasse ausdehnen, will er das Heilverfahren, die Subventionen der Versicherungsanstalten für den gemeinnützigen Wohnungsbau erweitern, will er die Organisation der Versicherungsinstitute nach Möglichkeit demokratisieren und dem Prinzip der Selbstverwaltung den denkbar größten Spielraum lassen? Das sind alles Fragen von grundsätzlicher sozialpolitischer Bedeutung, Fragen, um deren Berechtigung und Lösung auch die politischen Parteien heiß mit einander ringen. Es ist daher sehr naiv, ja fast weltfremd anzunehmen, die großen sozialpolitischen Fragen des Aufbaus, der Organisation, der Leistungen der Versicherungsinstitute müßten, ja könnten überhaupt ohne Einfluß bei dem Wahlkampf um die Besetzung der Posten dieser Institute sein. Wenn die deutschen Arbeiter heute Angehörige der freiorganisierten Gewerkschaften in den Vorstand, in die Ausschüsse und in die Verwaltung der Krankenkassen senden, so befördern sie diese als Vertreter bestimmter sozialpolitischer und sozialhygienischer Anschauungen auf die Kassensposten; sie tun es nicht etwa, weil sie einige Gewerkschafts- oder Parteiangehörige in Lohn und Brot setzen wollen. Namentlich spielen bei den Knappschaftswahlen viele grundsätzliche Fragen der Ausgestaltung der

Knappschaftskassen, der Unabhängigkeit der Knappschaftsältesten von den Zechen eine wichtige Rolle. Und das gleiche gilt von den Wahlen der Sicherheitsmänner. Es ist ja selbstverständlich, und man sollte doch eigentlich kein Wort mehr darüber verlieren, daß Arbeiter rückgratfeste Vertreter ihrer Interessen und nicht dienernde, gefügte Repräsentanten irgendwelcher Unternehmerinteressen in leitende Ämter oder in Aufsichtsstellen zu bringen suchen. Das ist der ganze Sinn der Wahlen um derartige Ämter. Daß diese Wahlen dann und wann mit ethisch zu verurteilenden Waffen geführt werden, das ist sicher bedauerlich, aber das gilt in der Tat von den Wahlen zu allen sozialpolitischen Körperschaften, bei denen grundverschiedene Interessen hart auf einander stoßen. Soll man deshalb das demokratische System des Wählens grundsätzlich verdammen und etwa wieder zu dem aufgeklärten Absolutismus zurückkehren?

Bei den Wahlen für die Versicherungsinstitutionen kämpfen die deutschen Arbeiter also durchweg um wirkliche Lebensfragen: um die Erweiterung der Leistungen der sozialen Versicherung, um die Struktur der Versicherungskörperschaften usw. Die Fragen werden und müssen naturgemäß häufig im harten Streit gegen das Unternehmertum und gegen die Gruppen von Arbeitern, die kein Verständnis für die Eigenart und Besonderheit bestimmter, ausgeprägter Arbeiterforderungen haben, entschieden werden. Kämpfe dieser Art hat auch der Gesetzgeber direkt vorausgesehen, als er das Prinzip der aktiven und passiven Wahl bestimmter Vorstands- und Ausschußmitglieder proklamierte und die Vertretungsrechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach ihren Leistungen für die Versicherungsinstitutionen abmaß. Er faßte diese Kämpfe sicher schon ins Auge, er wollte jedoch durch Abstufung der Rechte der Beteiligten und durch Einfügung unparteiischer Zwischenglieder mit staatlicher oder kommunaler Beamtenqualität eine grob mechanische Majorisierung bestimmter Interessengruppen vermeiden. Ob er in diesem Bestreben auf dem richtigen Weg war, soll hier nicht näher erörtert werden. Jedenfalls war er keineswegs darüber im Zweifel, daß heftige Wahlkämpfe über die Leistungen der sozialen Versicherung und über die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dieser Versicherung entbrennen würden. Und es macht daher einen mehr als naiven Eindruck, wenn jetzt hinterher Professor Bernhard über die Erregung sozialer, parteiischer Wahlkämpfe klagt. Soll sich denn der Arbeiter nicht einmal mehr »erregen«, wenn es sich für ihn, wie bei den sozialen Versicherungswahlen, um Existenzfragen handelt? Der sogenannte *Parteikampf*, den Professor Bernhard so heftig perhorresziert, ist also im Grunde genommen nichts als ein Streit um grundlegende soziale Existenzfragen. Auf das Wort »Ein garstig Lied, pfui, ein politisch' Lied« kann doch im 20. Jahrhundert nur noch der schwören, der sich über den tiefen Sinn und Zweck aller politischen Kämpfe noch völlig im unklaren ist. Es sind eben soziale Existenzkämpfe im wahren Sinn des Wortes, diese politischen Kämpfe.

Aber »gefährden« denn die sozialen Wahlkämpfe wirklich den Zweck der sozialen Einrichtungen, wie das Professor Bernhard ohne weiteres annimmt? Gehen sie doch im wesentlichen um die Verstärkung, Kräftigung und Dehnung der sozialen Funktionen der Versicherung. Ist das eine Sicherung oder eine Gefährdung der Einrichtungen? Wenn freiorganisierte Arbeiter in den sozialen Krankenkassenwahlkampf einrücken, »

dann treten sie mit einem sozialen Versicherungsprogramm auf, dann verlangen sie zum Beispiel Abstufung und Erhöhung der Krankenkassengelder, die Ausdehnung der Krankenhaus- und Rekonvaleszentenhauspflege usw.; kurz, sie ringen um objektive, der g a n z e n Arbeiterschaft zugute kommende Ziele, sie ringen um die Besetzung der Krankenkassenposten mit Männern, die für den sozialen Zweck der Versicherung ein Verständnis haben und die Gesetzgebung im sozialen Sinn handhaben wollen. Sie »erregen« sich nicht bloß, um einige ihrer Gewerkschafts- und Parteimitglieder an den Futtertrog zu stellen. Von einer sogenannten *Parteiherrschaft* in den Versicherungsinstituten könnte man gewiß dann reden, wenn die sozialen Bestimmungen der Versicherungsgesetze verletzt oder durch mißbräuchliche Anwendung entwertet würden, und zwar nur, um die Herrschaft einer Parteiclique am Ruder zu halten. Von einer wirklichen *Parteiherrschaft* in den Versicherungsinstituten hätte Professor Bernhard nur dann sprechen können, wenn er an der Hand eines widerspruchslosen Materials nachgewiesen hätte, daß tatsächlich die Leistungen der unter solcher *Parteiherrschaft* stehenden Kassen gegenüber den anderen, *objektiv* verwalteten Kassen minderwertig sind. Wie steht es nun in Wahrheit mit diesen Leistungen? Die sogenannten *sozialdemokratischen* Kassen marschieren vielfach im Hinblick auf ihre Leistungen und ihre soziale Fürsorgetätigkeit den Krankenkassen voran. Zum Beweis des Mißbrauchs von Krankenkasseneinrichtungen zugunsten sozialdemokratischer *Parteiherrschaft* haben die Reichsverbändler ganze Berge von donnernden Kraftphrasen, von fabelhaften Übertreibungen in Bewegung gesetzt; und die Berge kreisten, aber sie gebaren nur ein winziges Mäuslein. Es ist doch eine tendenziöse Art, wenn Professor Bernhard sein Material zur Charakteristik der *Parteiherrschaft* in den Krankenkassen so zusammenträgt, daß er keine Feststellung der Ortskrankenkassentagungen über den vermeintlichen politischen Mißbrauch der Kassen bringt, daß er uns mit keiner amtlichen statistischen Tatsache über die parteipolitische Ausbeutung der Krankenkassen dient, daß er aber dem Pamphlet des Reichsverbändlers Dr. Möller gegen die Krankenkassen 2 Seiten widmet. Von dem Pamphletcharakter dieser Schrift konnte sich Professor Bernhard schon durch das Studium nur einiger Seiten dieser Arbeit überzeugen. Die sozialdemokratisch gerichtete Arbeiterschaft hat bekanntlich erst relativ spät die sozialpolitische und sozialhygienische Bedeutung der deutschen Krankenkassen erfaßt. In der deutschen Ortskrankenkassenbewegung haben daher viele bürgerliche Elemente lange Zeit eine führende Rolle gespielt. Da traten oder treten noch zum Teil hervor: Dr. Wilmar Schwabe, Direktor Uhlmann, Hofdachdeckermeister Eichstädt, Rechtsanwalt Dr. Mayer-Frankenthal, Buchdruckereibesitzer Scholem usw. Was macht nun Dr. Möller aus dieser Tatsache? Er schreibt:

»Wo nur immer diese Partei, der Fesseln des Ausnahmegesetzes jetzt ledig, die Herrschaft an sich reißen konnte, da wurde diese zu einem Tummelplatz parteipolitischer Interessen. Die Generalversammlungen der Krankenkassen wurden sehr bald *Unteroffiziersschulen der Sozialdemokratie*, in denen zahlreiche Parteihäuptlinge sich ihre ersten rednerischen Sporen verdient haben. Parasiten gleich, verstanden es die Umstürzler sich in den Kassenverwaltungen einzunisten. Die Stelle, von der nur die Wohltaten ausgehen sollten, die ein humaner Staat als Rechtsanspruch gewährte, wurde jetzt vielfach zur Zentrale, von der der Kampf gegen eben den selben Staat ausstrahlte. Die Hetzapostel der Partei und der die gleichen Ziele mehr oder weniger offen verfolgenden *freien Gewerkschaften*, durch

die reichen Mittel der Krankenkassen für ihre Person versorgt, an irgendeine Rücksichtnahme nicht mehr gebunden, konnten sich ungestört der politischen Wühlarbeit hingeben, der gegenüber ihre Kassentätigkeit oft geradezu als Nebenberuf erscheint.« Dieser Satz Dr. Möllers mußte Herrn Professor Bernhard, der ja wohl als Nationalökonom die Haupttatsachen der deutschen Krankenkassenbewegung kennt, völlig genügen, um die Reichsverbändlerschrift als rostige und deshalb giftige Waffe gegen die Sozialdemokratie sofort fallen zu lassen. Aber wollte er trotzdem noch die Entstellungen und Übertreibungen Dr. Möllers ernsthaft werten, so mußte er diese doch mit dem amtlichen Tatsachenmaterial über den Mißbrauch der Krankenkassen für politische Zwecke vergleichen. Wie schaut es nun mit diesem Tatsachenmaterial überhaupt aus? Die preußischen Behörden versandten am 11. Juni 1901 einen Fragebogen an die Aufsichtsbehörden der Ortskrankenkassen, um den Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Zwecken festzustellen. Das Resultat dieser Regierungsumfrage wurde 1903 bei der Beratung der Krankenkassennovelle bekannt. Es wurden, sage und schreibe: von 12 000 Organisationen in 15 Jahren ganze 47 Fälle bekannt, in denen die Aufsichtsbehörden wegen vermeintlichen Mißbrauchs der Kassen eingegriffen hatten. Einzelne dieser Fälle lagen 15 Jahre zurück, und bei einigen der erwähnten Fälle konnte nachgewiesen werden, daß die Gerichte anders als die Aufsichtsbehörden entschieden hatten.¹⁾ Eine wahre politische Schreckensherrschaft in der Tat! Da aber die Gegner der Ortskrankenkassen fortgesetzt mit Verdächtigungen gegen die Kassenverwaltungen hervortraten, bezeugten zahlreiche in den Kassenorganen tätige Arbeitgebervertreter, also Unternehmer, mit Nachdruck die Unparteilichkeit der Kassenführung und das Fernhalten ungebührlicher Einflüsse von außen. Im Oktober 1908 stellten dann in einer Konferenz im Reichsamt des Innern die dort versammelten Arbeitgeber den politischen Mißbrauch der Kassen in Abrede und entschieden sich gegen die Halbierung der Beiträge und gegen den sogenannten *unparteiischen Vorsitzenden*, also gegen die Maßnahmen, die die Kassen vor der sogenannten *parteipolitischen Ausbeutung* schützen sollten.

Die schweren Verdächtigungen der Krankenkassen verschwanden jedoch nicht von der Bildfläche. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung bildete gerade das Buch Dr. Möllers *Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Krankenversicherung* das Hauptanklagematerial gegen die sozialdemokratischen Ortskrankenkassenverwaltungen. In der Reichstagskommission wurde eine erdrückende Masse von Beweisen gegen die einzelnen Entstellungen und Übertreibungen Dr. Möllers herbeigebracht, und seine Nachbeter und Fürsprecher wurden sehr kleinlaut und ließen selbst nur einen kleinen Bruchteil seiner Anklagen noch gelten. In dem Kommissionsbericht heißt es:

»Gegenüber deren Ausführungen erklärt ein Kommissionsmitglied: wenn nur ein kleiner Bruchteil der Möllerschen Veröffentlichungen der Wahrheit entspreche, so genüge das schon, um das größte Mißtrauen gegen die sozialdemokratischen Kassenverwaltungen zu rechtfertigen.«

Sehr bescheiden fürwahr. Aber hätte sich bei näherer Untersuchung dieser

¹⁾ In der Reichstagsitzung vom 28. April 1903 brachte der Geheime Regierungsrat Dr. Hoffmann Verleumdungen von 15 bis 16 Krankenkassen zur Sprache. Die angegriffenen Krankenkassen antworteten in der *Deutschen Krankenkassenzeltung* und wiesen dem Ankläger mehr als ein Dutzend Unrichtigkeiten nach. Der liberale Unternehmer Richard Roesicke (Dessau) trug zum Kapitel *Parteiherrschaft* das bekannte Material über die Besetzung der führenden Posten des preußischen Staates durch Adlige und Korpsstudenten vor.

kleine Bruchteil nicht noch ganz verflüchtigt? Die Reichsregierung begriff wohl nach diesen Vorgängen, daß man mit dem Möllerschen *Material* die sozialdemokratische Herrschaft in der deutschen Krankenversicherung nicht nachweisen könne, und nun rückte der Regierungsvertreter Ministerialdirektor Caspar mit 6 Fällen politischen Mißbrauchs der Krankenkassen heraus. Da war in Kiel ein Kassenbeamter wegen Beleidigung eines Vorstandsmitglieds entlassen worden, und darin erblickte der Ministerialdirektor, da der Gekündigte kein Sozialdemokrat war, eine Maßregelung. In Braunschweig erklärte die Aufsichtsbehörde, sie habe »den Eindruck« erhalten, daß die Versicherten bei der Anstellung von Beamten ihr Übergewicht geltend machen, und dadurch sozialdemokratische Bewerber die Mehrheit erlangen. Einige Tage später erklärten sämtliche Vorstandsmitglieder, also auch die nicht sozialdemokratischen Arbeitgeber, daß die Vermutung nicht zutreffe. Aus Hamburg und Chemnitz wurde berichtet, daß bei Beamtenwahlen Sozialdemokraten die Mehrheit erhalten und angestellt wären. In Hamburg hatten Ortskrankenkassen das Verbrechen begangen Bureauräume im Gewerkschaftshaus zu mieten. In Breslau hatte der Vorstand einer Ortskrankenkasse ein Flugblatt über unzureichende Versicherung der Landarbeiter verbreitet, und in Hohenstein-Ernstthal sollte ein Kassenbote Agitation für die Landtagswahlen betrieben und die Einkassierung von Invalidenversicherungsbeiträgen versäumt haben. Doch war diese Agitation während des Urlaubs erfolgt, und bei der Eintreibung der Beiträge traf ihn kein Verschulden. Das war im wesentlichen das Material der Regierung.

Das Pamphlet Dr. Möllers wurde von den angegriffenen deutschen Krankenkassen scharf kritisiert und berichtet. Allein die Münchener Ortskrankenkasse wies ihm mehr als ein halb Dutzend Unrichtigkeiten, Übertreibungen und Entstellungen nach. Einige Ortskrankenkassen begingen leider den schweren Fehler Herrn Dr. Möller vor Gericht zu fordern. Es waren erfreulicherweise nur 3. Ein Pamphlet züchtigt man wohl derb kritisch, aber man verklagt es nicht. Durch eine tendenziöse Häufung halb-wahrer, entstellter oder künstlich aufgebrauchter Tatsachen sucht eben ein Pamphlet zu wirken. Was will es da besagen, wenn man einige Behauptungen des Pamphlets als unwahr oder übertrieben gerichtlich nachweist? Der Verfasser des Pamphlets wird zu seiner Entschuldigung sagen, daß er sich geirrt hat, daß er falsch informiert war, daß er nicht persönlich den Angegriffenen beleidigen wollte und auch formell nicht beleidigt hat. Da ferner einige Redakteure in persönlich beleidigender Form Herrn Dr. Möller angegriffen hatten, so wurden sie, was jeder voraussehen mußte, wegen persönlicher Beleidigung bestraft. Der Ausgang aller dieser Möllerprozesse ist so selbstverständlich gewesen, daß Professor Bernhard ihn erst gar nicht zu unterstreichen brauchte. An dem Charakter der Möllerschen Arbeit selbst wird dadurch nichts geändert, und auch nichts an der Tatsache, daß Professor Bernhard ein gehässiges Pamphlet gegen gut verwaltete und in einem weitsichtigen sozialhygienischen Sinn geleitete Ortskrankenkassen ausgespielt hat. Hält man sich diese Tatsache vor Augen, so nimmt es schon kaum mehr wunder, daß Professor Bernhard seine gegen die angebliche Parteiherrschaft in den Krankenkassen gerichteten Ausführungen mit folgender Unterstellung schließen zu müssen glaubt:

»Denn jeder Arbeiterführer weiß, daß es möglich ist durch die Beherrschung der

sozialen Einrichtungen 3 wichtige politische Zwecke zu erfüllen. 1. eine genaue eindringende Orientierung mit der Sammlung von *verwertbarem* Material, 2. eine intensive Propaganda, 3. die Versorgung verdienter Parteimitglieder mit einflußreichen, eventuell sogar besoldeten Stellen.«

So prächtige Gelegenheiten zu rücksichtsloser Ausbeutung der sozialpolitischen Einrichtungen, solche lockenden »Möglichkeiten« können sich die Arbeiterführer nicht entgehen lassen in einem Land, in dem mehrere mächtige Parteien mit äußerster Anstrengung um die Arbeiterstimmen kämpfen«. Es lastet also auf ihnen gleichsam ein unentrinnbarer Zwang: sie können keine uneigennütigen und umsichtigen Förderer der sozialen Versicherung sein, sie müssen zu skrupellosen Kassenschädlingen werden.

Die Sozialpolitik »altert« also nicht nur, sondern sie wird auch an Leib und Seele durch die bösen »Arbeiterführer« schwer geschädigt. Aber nicht besser als die Führer sind die Geführten, die Massen. Sie verkehren die gemeinnützigen sozialpolitischen Institutionen in ihr Gegenteil und wandeln gleichsam die gemeinnützigen Ruhebetten für Kranke und unfallverletzte Arbeiter in gemeinschädliche Lotterbetten für faulenzende Schlaraffen.²⁾ Da tobt jetzt in Deutschland ein den Volkscharakter schwer schädigender *Kampf um die Rente*, eine unersättliche, sich mit raffinierter Simulation verschwisternde Rentengier. Daß Simulation und Rentensucht da und dort bei einzelnen degenerierten Arbeitern auftritt, wer wollte das ernstlich leugnen? Aber es ist wieder der *T e n d e n z* schriftsteller in Professor Bernhard, der ihn verleitet Einzelerscheinungen zu Allgemeinerscheinungen künstlich zu vergrößern. Mit einer kühnen Handbewegung drängt er sofort das reiche Erfahrungsmaterial zur Würdigung des *Kampfes um die Rente* in den Hintergrund, das in mühevолlem Schaffen von deutschen Arbeitersekretären zusammengetragen wurde. Im hohen Maß ist sicher der volkswirtschaftliche Schriftsteller tendenziös, der nur einen Teil der Empiriker auf dem Gebiet der sozialen Versicherung hören will. Aber die Ohren des Professors Bernhard sind nicht nur für die Aussagen deutscher Arbeitersekretäre über die Folgen der sozialen Versicherung taub sondern auch für die Aussprüche sachkundiger Versicherungspraktiker. Nur aus dem Mund einer Berufsgruppe kann wohl nach seiner Ansicht die Wahrheit rein und unverfälscht strömen: aus dem Mund der Ärzte. Die Materialien der deutschen Arbeitersekretäre und der christlichen Gewerkschaften sind verdächtig, sie werden in der Öffentlichkeit wochenlang erörtert, »ohne daß irgend jemand, in der Lage wäre die Zuverlässigkeit der Angaben zu prüfen«:

»In dieser Lage gibt es nur ein Mittel, um über die Vorgänge, die durch Parteiinteressen und Parteiintrigen verdunkelt sind, Klarheit zu gewinnen: Man muß die medizinische Literatur möglichst vollständig heranziehen.«

So Professor Bernhard, der in seiner Naivetät ganz das Institut der berufs-genossenschaftlichen Vertrauensärzte und die Existenz so völlig parteiloser Ärzte wie die des Herrn Dr. Möller zu übersehen scheint, den er vermutlich auch zu seinen wissenschaftlichen, von »Parteiinteressen« und »Partei-

²⁾ Nach Professor Bernhard ist zwar die Rentensucht keine besondere proletarische Krankheitserscheinung; denn das Bestreben einen Unfall auszunutzen ist menschlich; aber die eigentliche Gefahr liegt doch nach ihm darin, »daß man dieser menschlichen Schwäche weite Bahnen öffnete, als man für viele Millionen Menschen die Form der Rentenversicherung zwangsweise einführt, und als man, teils aus Unkenntnis teils in dem Wunsch die Masse zu gewinnen, auf notwendige Kautelen verzichtete und der staatlichen Rentenversicherung Formen gab, die den Mißbrauch geradezu herausfordern«.

intrigen« nicht beeinflussen Gewährsmännern zählt; denn eine Schrift Dr. Möllers ist von Professor Bernhard ebenfalls in seinem Abschnitt über die medizinische Literatur angeführt worden. Zur Charakteristik des medizinischen Sachverständigen Möller genügt aber wohl die Tatsache, daß dieser Herr die Zahl der unfallverletzten Simulanten auf 90 % schätzte, während Professor Thiem nicht einmal 10 % Simulanten unter den Unfallverletzten gelten ließ.

Das Gebiet der Unfallneurose und der Simulation ist heute noch heiß umstritten; und es ist sehr gefährlich bestimmte ärztliche Urteile über gewisse Teilgebiete der Unfallverletzungen schon als allgemeingültig zu verkünden. Bei der Beurteilung der Wirkungen bestimmter Unfälle auf das Nervensystem gehen die größten Mediziner vielfach sehr aus einander. Es ist nicht selten, daß sich die Gutachten erster medizinischer Kapazitäten in den Hauptpunkten total widersprechen. Eine Autorität hält für eine direkte Unfallwirkung vielleicht einen nervösen Schaden, den ein ausgesprochen abstinent gerichteter Arzt für eine Wirkung des Alkoholgenusses oder den ein Spezialarzt für Geschlechtskrankheiten für eine Folge der Lues hält. Bestimmte wissenschaftliche Richtungen unter den Medizinern färben stark auf die Unfallgutachten der Ärzte ab. Die *Richtungen* bekämpfen sich aber häufig mit der ganzen Erbitterung von fanatischen Parteileuten. Die Gutachten lassen uns daher mitunter ebenso wenig Klarheit über Unfallvorgänge und über deren soziale Wirkungen gewinnen, wie die *Parteimeinungen* anderer Kreise. Professor Bernhard kann den Wert oder Unwert bestimmter medizinischer Urteile über bestimmte Unfallfolgen nicht beurteilen, das weiß er sehr gut, denn er sagt selbst von sich:

»Wohl bin ich mir bewußt damit ein Thema anzurühren, das nur der Mediziner voll zu verstehen und zu beurteilen vermag; aber die Nationalökonomten dürfen über das gewaltige Material, das sich in der *andern Fakultät* angehäuft hat, nicht mehr achtlos oder flüchtig hinweggehen.«

Gewiß, das sollen die Nationalökonomten nicht, aber sie sollen auch nicht, wenn sie von diesen Dingen nicht viel verstehen, höchst subjektive Meinungen der Mediziner, die heftig die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik anklagen, mit besonderm Eifer zitieren. So schließt Professor Bernhard einen Abschnitt seines Werkes mit einer Prorektoratsrede des Professors Hoche über die Geisteskrankheit und Kultur, in der dieser Professor über die von der Unfallversicherung gezeitigte »Volksseuche« seine denkbar einseitigste persönliche Meinung vorträgt. Professor Hoche führte nämlich in dieser Rede aus:

»Vor 30 Jahren noch ein unbekannter Begriff, heute eine Krankheit, die als ein tatsächlicher Krebschaden am Organismus unserer gesamten Arbeiterschaft mit Recht Gegenstand schwerer Besorgnis ist. Diese Volksseuche ist nicht nur zeitlich nach dem Inkrafttreten der Unfallgesetzgebung entstanden sondern auch in direkter ursächlicher Abhängigkeit von ihr. Das Gesetz hat, daran ist kein Zweifel, die Krankheit erzeugt.«

Und diesem Urteil eines Mediziners fügt der Nationalökonom Bernhard, der als Sozialpolitiker dieser subjektiven Übertreibung objektiv, mit Tatsachenmaterial widersprechen müßte, kein Wort der Kritik hinzu.

Ich will nicht in den Fehler des Professors Bernhard verfallen und tendenziös die widerspruchsvollen ärztlichen Urteile aneinanderreihen, um nachher tendenziös zu schließen, die medizinische Wissenschaft ist bei dieser

Widerspruchsfülle überhaupt nicht kompetent die wichtigen sozialen Folgen unserer Versicherungsgesetzgebung, richtig zu werten. Ich werde hier nur einige sachverständige Urteile über die Verbreitung der Simulation und der Unfallneurose wiedergeben, die wohl die allgemeine Zustimmung aller objektiv forschenden Mediziner finden werden. Professor Thiem führt in seinem *Handbuch der Unfallversicherung* aus:

»Es stellt sich immer mehr heraus, daß wirkliche Simulation, das heißt Erheuchelung eines gar nicht vorhandenen Krankheitszustandes, ungemein selten, in dem Maß selten wie Übertreibungen gewöhnlich sind. Ich kann meine früher gemachten Angaben, wonach 10% Simulation herauskommen, nach neueren Erfahrungen nicht mehr aufrecht erhalten.«

Und nun zu dem schwerwiegenden Urteil eines Mannes, der dieses aus der Rechtssprechungspraxis, aus der unmittelbaren Kenntnis der Unfallakten, der Unfallverletzten und der Obergutachten führender Ärzte geschöpft hat, zu dem Urteil des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann. In der Tendenzschrift des Professors Bernhard hat dieses Urteil des Präsidenten Kaufmann keinen Platz gefunden. Dr. Kaufmann hat nun in seinem Vortrag *Licht und Schatten bei der deutschen Arbeiterversicherung* auf dem 26. Berufsgenossenschaftstag ausgeführt:

»Der Behauptung, daß die neue Gesetzgebung zur Entsittlichung der deutschen Arbeiter geführt und die Rentenlüge bei ihnen großgezogen habe, muß ebenfalls widersprochen werden. Unzweifelhaft hat die Sucht kraftloser und sittlich minderwertiger Naturen sich auf unlautere Art Vorteile zu verschaffen bei der Arbeiterversicherung zu manchen Versuchen geführt ihre Einrichtungen durch Simulation und Übertreibung von Krankheiten und Unfallschäden zu mißbrauchen. Dies ist aber eine bedauerliche, aber keine neue oder der Arbeiterversicherung eigentümliche Erscheinung. Auch auf anderen Gebieten und bei den wirtschaftlich besser gestellten Ständen ist sie anzutreffen. Bei letzteren, wie die Versicherungsgesellschaften wissen und erfahrene Ärzte bestätigen, keinesfalls seltener, oft aber viel hartnäckiger als bei den Arbeitern . . . Früher, wo größere Erfahrungen noch fehlten, ist der Umfang der Simulation unter den Rentenbewerbern überschätzt worden. So wurde, wie Becker in seinem Buch über die Simulation von Krankheiten und ihre Beurteilung ausführt, die Zahl der Simulationen unter den Neurosen anfangs auf 25 bis 36 vom Hundert angenommen. Die 1901 von Bruns in seinem mustergültigen Werk über die traumatischen Neurosen berechnete Zahl von 8 vom Hundert wird heute von vielen Ärzten für noch zu hoch erachtet. Immer mehr hat sich das Wort von Möbius bestätigt, daß »die Zahl der Simulanten, welche der Arzt beobachtet haben will, gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu dem ärztlich-psychologischen Wissen des Beobachters steht«. Einer der erfahrensten Sachverständigen in dieser Frage, Thiem, erklärte 1909: »Der hier und da noch auftretenden Ansicht, daß die Simulation erst durch die Arbeitergesetze großgezogen oder durch sie in besonders reichem Maß hervorgerufen sei, muß ebenso widersprochen werden wie der Meinung, die Betrugsversuche kämen unter den Arbeitern besonders häufig vor. Ich habe diese irrigen Anschauungen in Wort und Schrift, wo sich nur Gelegenheit fand, bekämpft, und eine Reihe von erfahrenen einsichtigen Forschern steht auf dem selben Standpunkt.« . . Bezüglich der auch in Ländern ohne Sozialversicherung beobachteten Unfallneurosen, vornehmlich der Rentenneurasthenie und Renten hysterie, in denen man »eine für unsere Arbeiterschaft gefährdende Seuche« erkennen will, hat der Leiter der medizinischen Klinik in Bonn, Schultze, auf Grund einer umfangreichen Statistik letzthin dargelegt, daß ihre Zahl zwar in den verfloßenen 10 Jahren erheblich stieg, aber trotzdem im Verhältnis zur Gesamtheit der Unfälle »außerordentlich gering« ist, nämlich durchschnittlich 1,3 auf Tausend gemeldete Unfälle betragen hat. Dieser Auffassung schloß sich der von mir befragte Vertrauensarzt der Berliner Sektion der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft Frank an.«

So der Präsident des Reichsversicherungsamtes. Wird nun Professor Bernhard auf Grund dieser Äußerungen des Herrn Präsidenten Kaufmann seine

die deutsche Arbeiterschaft gröblich beleidigenden Äußerungen revidieren? Wiegt denn bei ihm eine Arbeiterehre überhaupt? Verbreitet er doch eine geradezu unerhörte Verdächtigung der Arbeitersekretäre in folgendem Satz: »Wie verhängnisvoll die Winkelkonsulenten (aber auch die Arbeitersekretäre) wirken, wie sie Prozeßsucht, die Simulation begünstigen, wie sie dem Arbeiter die Rentensucht *suggestieren*, darüber wird in der medizinischen Literatur seit Jahren Klage geführt.«

Professor Bernhard war als Mann der Wissenschaft genötigt diese parteiische Behauptung von Ärzten sachlich nachzuprüfen, und zwar vor allem an der Hand der Publikationen der deutschen Arbeitersekretäre. Aber diese Veröffentlichungen umgeht er kurzerhand. Der deutsche Arbeitersekretär ist verpflichtet die Rentenansprüche seiner Klienten, nachdem er sich von der Berechtigung dieser Ansprüche überzeugt hat, zu vertreten. Wie sehr ihm aber die Vertretung dieser Ansprüche erschwert ist, darüber fehlen dem Professor Bernhard selbstverständlich jede praktischen Kenntnisse. Er meint nämlich: Dabei gehen die Winkelkonsulenten oft mit beträchtlicher Gewissenlosigkeit vor, sie schreiben die subjektiven Angaben der Versicherten nieder, »ohne Prüfung der Akten, oder der Qualität der Persönlichkeit«. Professor Bernhard weiß natürlich nicht, wie schwer es dem Rechtsvertreter eines Unfallverletzten fällt einen Einblick in dessen Akten zu erhalten. Der Arbeitersekretär muß sich, wenn ihm der Berufungsbescheid eines unfallverletzten Arbeiters unterbreitet wird, häufig sofort für die Einlegung des Rechtsmittels der Berufung entscheiden. Die Berufung ist an eine relativ kurze Frist gebunden, und will er diese nicht versäumen, so kann er nicht alle subjektiven Angaben des Unfallverletzten sorgfältig nachprüfen. Das kann er erst, wenn die Schiedsgerichtsverhandlung über die betreffende Unfallsache angesetzt ist, und wenn ihm vom Schiedsgericht die nötige Muße zu einem eingehenden Studium der meist sehr umfangreichen Akten gelassen wird. Nun legen aber die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung vielfach noch der Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus ganz unberechtigtem Mißtrauen Steine in den Weg. Die Anfertigung von Aktenabschriften stellen sich ferner für die Arbeiterinstitute sehr teuer, und eine persönliche Vertretung der Unfallverletzten läßt sich oft nur schwer aus räumlichen und zeitlichen Gründen ermöglichen. Aus einer 2½jährigen praktischen Arbeitersekretärtätigkeit heraus weiß ich aber, daß die deutschen Arbeitersekretäre massenhaft die Vertretung von Unfallsachen, zum Beispiel von Bruchunfällen, ablehnen, die die Rechtsanwälte ohne weiteres vertreten, weil sie nicht die Grundsätze des Reichsversicherungs- oder des Landesversicherungsamtes bei der Beurteilung derartiger Unfälle kennen. Übrigens hat der Zentralarbeitersekretär Robert Schmidt direkt die unfallverletzten Arbeiter vor den Folgen der Simulationen und Übertreibungen gewarnt.

Eine eindrucksvolle Tatsache müßte eigentlich schon Professor Bernhard davor schützen die ungeheuerlichen Übertreibungen bestimmter Ärzte über den Rentenkampf und die Rentensucht der Arbeiter wörtlich zu übernehmen. Professor Bernhard kennt als Sozialpolitiker den leidenschaftlichen Eifer aller Arbeiterschichten den Unfallschutz wesentlich zu erweitern. Der Arbeiter will eben seine Arbeitskraft ungeschwächt und unbeschädigt erhalten, denn eine Unfallrente, selbst eine Vollrente, ersetzt ihm ja nur zwei Drittel des Verdienstes, den er vor dem Unfall bezog. Eine Arbeiterfamilie, deren Existenz sich auf 1500 Mark aufbaute, wird sicher der schlimmsten

Unterernährung überliefert, wenn sie nun von der 1000 Mark-Rente des Familienernährers leben soll. Schon ökonomische Gründe nötigen also den Arbeiter oft direkt wieder seine Betriebsarbeit zu beginnen, will er nicht in lumpenproletarische Verhältnisse versinken. Deshalb kann die Rentensucht schon gar nicht die Ausdehnung in der Arbeiterklasse annehmen, die Herr Professor Bernhard voraussetzen scheint. Und auch den *Kampf um die Rente* provoziert der unfallverletzte Arbeiter nicht leichtfertig. Die Rentenfestsetzung wird heute von der Berufsgenossenschaft vorgenommen, die sich mitunter mit der Bewilligung der Rente durchaus nicht strikt an die gesetzlichen Vorschriften hält. So mußte das bayrische Landesversicherungsamt wiederholt der bayrischen Baugewerksberufsgenossenschaft Strafen androhen, weil sie das Rentenfestsetzungsverfahren nicht fristgemäß einleitete. Die Berufsgenossenschaft ist heute eben keine rein objektiv verfahrenende Körperschaft, sie ist bei der Feststellung der Unfallrenten eine im höchsten Grad interessierte Partei, sie hat, da das Unfallversicherungsgesetz ihr die Unfalllast auf die Schulter legt, ein Lebensinteresse an der Abweisung der Unfallrentenansprüche der Verletzten und an der Herabsetzung der einmal anerkannten Unfallrenten. Das heutige Feststellungsverfahren ist gerade die Quelle langwieriger Kämpfe um die Rente, nicht allein die *Rentensucht* der unfallverletzten Arbeiter. Die Reichsregierung wollte deshalb in der Reichsversicherungsordnung die sogenannten *Versicherungsämter* damit beauftragen Rentenansprüche aller Art vorzubereiten und zu begutachten. Die Vertreter der Berufsgenossenschaft lehnten jedoch auf der Berliner Arbeiterversicherungskonferenz vom 27. Oktober 1908 alle Vorschläge der Regierung rundweg ab. Sie wollten auch nicht ein Iota ihres Verwaltungsrechts preisgeben und namentlich das Festsetzen der Renten unbedingt allein besorgen. Über das eigenartige Rentenfestsetzungsverfahren, das stets zwei kämpfende Parteien entgegensetzt, das den Arbeiter mindestens so oft in die Stellung des Verteidigers wie in die des Angreifers bringt, setzt sich Professor Bernhard wortlos hinweg. Wollte er den Rentenkampf der Arbeiter tendenzlos werten, so mußte er gerade das heutige Rentenfeststellungsverfahren mit allen seinen Schäden sachlich den Lesern auseinandersetzen. Aber er klagt wohl über die Knebelung der privaten Initiative durch die Arbeiterschutzgesetzgebung, er erwähnt auch die Kartelle und Syndikate, aber er schlägt durchaus keine Maßnahmen gegen diese monopolistischen Organisationen vor, die ganz anders die persönliche Freiheit von Millionen von Menschen, von Produzenten und Konsumenten in Fesseln schlagen als das bißchen Arbeiterschutz, das heute dem Arbeitgeber einzelne kleine Beschwerlichkeiten im Interesse der Gesundheit, des Lebens und der Freiheit riesiger Arbeitergruppen auferlegt.

Tendenz atmet die Schrift des Professors Bernhard gegen die Sozialpolitik auf jeder Seite. Dem rüstigen Fortschritt der Sozialpolitik wird sie selbstverständlich nicht im geringsten schaden. Schaden aber kann sie dem Ansehen der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft. Zeigt sie doch, daß einer ihrer Vertreter, der noch dazu auf einem ihrer ersten Lehrstühle sitzt, nur nach einer Richtung hin schaut, nur nach einer Richtung hin sein wissenschaftliches Material sammelt und verarbeitet, um schließlich nicht ein Bild sondern ein Zerrbild des wirklichen Lebens zu schaffen.

XX

KARL LEUTHNER · DER KRIEG ALS EINE MORALISCHE ANSTALT BETRACHTET



DER Balkankrieg ist das große Erlebnis unserer Tage, das inniger und tiefer mitzuerleben uns verweigert wurde. Durch die Hülle des Geheimnisses schimmern nur einzelne Glieder an der Kette der Ereignisse hervor: Der Zusammenhang des Geschehens birgt sich im Dunkel des Schweigens; dem genauern Bild der militärischen Handlungen fehlen Umriß und Farbe, nur wenige Namen der Handelnden dringen mit gedämpftem Klang an unser Ohr. Nie haben Kriegsführende so karg und unbestimmt gemeldet, nie waren Sieger weniger bedacht ihren Erfolgen Nachhall zu geben im unmittelbaren Empfinden der Mitlebenden. Erst jetzt, viele Wochen nach den Begebenheiten, gestaltet sich uns der Verlauf einzelner Schlachten deutlicher. Der Ruhm wird mit seinen Kränzen und Preisen sozusagen auf die Zeit der Veröffentlichung der Generalstabsberichte verwiesen. Doch damit verzichten die Balkanvölker auf das Kostlichste: auf das Mitgestalten der Geschehnisse durch die schauende Phantasie und durch die Wertgefühle der Zeitgenossen in der ersten Glut des Miterlebens. Sollen bloß militärische Erfordernisse, strategische Rücksichten die Undeutlichkeit und Kargheit der Siegesmeldungen erklären? Japan hatte sich an den Krieg fast unhörbar herangeschlichen und seinen ersten entscheidenden Vorteil mit einem jähen überraschenden Satz an sich gebracht. Alle Feinheiten der Methode, alle kleinen und großen Klugheiten der Kriegslist begleiteten sein Handeln, das sich stets erst entschleierte, wenn der wohl vorbereitete Schlag sausend niederfiel. Doch seine ersten Schlachtenberichte sind sachgemäß gehalten, bezeichnen die entscheidenden Bewegungen, nennen die Abteilungen und deren Führer, die sich hervorgetan, herab bis zu kleinen Einheiten. Die Japaner wollten lieber durch Nennung der Befehlshaber und der Truppenteile dem Gegner die Möglichkeit von Rückschlüssen auf Stärke und Verteilung der operativen Gruppen gewähren als der Tat ihren Lohn rauben. Sie gestatteten Darlegungen taktischer Einzelheiten, aus denen im lange währenden Krieg der Gegner nachahmend Nutzen ziehen konnte, um ihre militärische Überlegenheit dem Bewußtsein im Augenblick der gespannt zusehenden Neugier einzuprägen. Es war ja mit ein Hauptzweck ihres Krieges sich ebenbürtig neben die großen herrschenden Nationen zu stellen, mit dem Schrecken der Waffen ihrem Staat den Weg in den Rat der Großmächte zu bahnen. Und sie wußten wohl, daß der Ruhm nur wachsen kann, wenn er sich um die Gestalt einzelner Männer und Taten rankt, wenn er in Namen erklingt, bei deren Erschallen reiches Erinnern miltönt. Was aber schöpfen Phantasie und Gedächtnis aus Meldungen, in denen es hieß *Darauf machte eine Abteilung eine Umgehung oder Nach einem erbitterten Bajonettkampf wurde der Feind geworfen*? Das war die vorwiegende Manier der Gefechtsberichte aus dem Balkankrieg. Keine große europäische Armee dürfte es wagen die fiebernde Erwartung der Nation so unbefriedigt zu lassen. Doch was bewog die Befehlshaber der Balkanheere sich selbst so im Licht zu stehen, da es doch sonst die Art der kleinen slawischen Nationen ist jedem Rühmchen nachzulaufen und die bescheidensten Taten und Talente der Heimat auf die pomphaftesten Piedestale zu stellen? Einstweilen bleiben uns Grund und Absicht verborgen.

Wir haben einem Schauspiel beigewohnt, das sich hinter geschlossenem Vorhang abspielte, nur die Aktschlüsse wurden uns von der verdunkelten Bühne her zugerufen.

Das Nebelhafte der Vorgänge müßte dem Urteil Zurückhaltung aufnötigen. Allein, was will die politische Kritik jeder Art und Richtung in ihrem guten Durchschnitt? Sie will die Bestätigung ihrer theoretischen Vorurteile erleben und sich moralisch austönen. Je unbestimmter die Gestalt des Ereignisses, um so lieber muß es ihr sein. In Europa bricht ein Reich zusammen, das einst zu den mächtigsten zählte und ein halbes Jahrtausend bestand, und wir dürften nicht unter den Trümmern eine Lehre hervorziehen, die sich unserm Gegner in Posemuckel um die Ohren schlagen läßt? Wer den Gaumen für die Leckerbissen des unfreiwilligen Humors hat, wird mit dankbarer Rührung stets der Jahrhundertfeier der Schlacht bei Jena eingedenk bleiben. Während die einen damals der Meinung waren, Braunschweig und Hohenlohe seien die Führer des *Bundes der Landwirte* und demgemäß zu behandeln, retteten die anderen die Junker, indem sie haarklein dartaten, daß nur der Einbruch der Literatur und ihrer verweichlichenden Humanitätsideen in die Reihen der Offiziere die Katastrophe verschuldet hätten. Es beirrte jene durchaus nicht, daß die ganz und gar nicht junkerlichen Mack und Genossen einige Monate vor Jena bei Ulm die selben Dummheiten haarbeutiger verstaubter Kriegsgelehrsamkeit zum besten gegeben und den gleichen Erfolg erzielt hatten, und die anderen bekümmerte es nicht im mindesten, daß 7 Jahre nach Jena gerade die literarischsten, von Humanitätsideen am schlimmsten durchsetzten Preußengenerale sich als die fähigsten Schüler Napoléons und als die forschesten Truppenführer zeigten. Eine Darstellung der seit dem 7jährigen Krieg verknöcherten Kriegstheorie und ihrer Widerspiegelung in den Handlungen aller Feldherren und Befehlshaber bis 1812, sehr respektable Begabungen wie Erzherzog Karl nicht ausgenommen, die uns in systematischer und auf das einzelne eingehender Art eigentlich noch fehlt, würde uns zwar eine der großen gestaltenden Kräfte der Geschichte jener Zeit erkennen lassen; denn die Ereignisse rollten ja von 1796 bis 1816 an Schlachten und Feldzügen ab. Allein für die Moral wäre das eine magere Weide. Die kommt besser auf die Rechnung, wenn sie Tränen vergießt über die edle Luise und den brutalen Korsen oder, entgegenge-setztenfalls, sich dem Nachweis widmet, daß die Landesmutter aus Mecklenburg-Strelitz durchaus nicht engelrein, vielmehr leichtfertig genug war unter dem krachenden Gebälk des preußischen Königsbaus noch an ihre Bänder und ihre Empiretaille zu denken. Denn der Mensch bleibt das Volksschullesebuch, das ihm einst unter der Angst vor der Rute eingebleut worden, oder er erfährt die große Befreiung und wird ein Volksschullesebuch mit verkehrten Vorzeichen: am Gipfel der Entwicklung aber der Leitartikel seines Leiborgans, von dem es ein großer Irrtum ist zu meinen, er werde von dem verfaßt, der ihn schreibt; vielmehr ist er selbst Autor und Verfasser seines Schreibers.

Was der Vergangenheit recht ist, ist der Gegenwart billig. Wir wissen von dem Verlauf des Balkankriegs wenig Genaueres. Allein deshalb können wir doch nicht zögern die moralischen Ursachen unzweifelhaft festzustellen. Die findet ja jeder Mensch durch die einfachste Denkopoperation der Welt: Für alles Unheil, das sich begibt, ist der zureichende Grund in dem gegeben,

was seiner Geistesrichtung zuwider läuft; aus dem jedoch, was mit ihr läuft, quillt alles Heil. Da ist kein Schwanken und Irren des Urteils möglich. Zum Beispiel: Es sei jemand milizbegeistert. Also weiß er auch, daß die Siege der Bulgaren aus der milizartigen Zusammensetzung ihres Heeres erfließen. Oder er sei drillbeflissen. Dann ist es doch klar, daß die Bulgaren gesiegt haben, weil sie ihr stehendes Heer stramm und gründlich exerzieren lassen. Weder braucht sich der erste daran zu kehren, daß doch eigentlich das Milizartige heute von allen auf den Kriegsstand gesetzten Truppen gilt, namentlich von den Reserve- und Landwehrformationen und ganz besonders von den aus alten Reservisten gebildeten Verbänden, mit denen Kuropatkin bei Liaojang focht, noch wird der Drillgläubige beachten, wie die etwa 40 000 Mann des unter der Fuchtel stehenden Friedensstandes in dem bulgarischen Aufgebot von weit über 300 000 Mann verschwimmen und verschwinden. Weiterhin hat jeder über das türkische Offizierskorps sein Urteil fix und fertig. Zwar läßt das Wenige, was bisher ausführlicher bekannt wurde, erkennen, daß die türkische Armee zahlenmäßig die weit schwächere war, daß sie, am Anfang der Mobilisierung überrascht, die Nisamformationen wahllos durch neu ausgebildete Rekruten und des neuen Gewehrs nicht kundige alte Redifs ergänzen mußte, daß es auch sonst an dem Nötigsten mangelte. Allein, was sind das für Dinge, und wen interessieren sie? Da klingt es ganz anders, wenn einer ruhig und selbstsicher hinsetzt: Die türkischen Offiziere sind eben Junker. Wenig verschlägt es dem, der es liest, im Verhältnis von Offizieren und anatolischen oder albanischen Soldaten von Junkern reden zu hören. Weiß doch der Schreibende selbst nicht, was er für eine Lächerlichkeit hingekratzt hat. Oder aber es schreibt einer im genau entgegengesetzten Sinn: Der Republikanismus, der Liberalismus, das Revolutum haben das türkische Offizierskorps auf den Hund gebracht. Auch darüber ist kein Grund sich aufzuregen. Hätten nämlich die Türken gesiegt, so würde man gewiß die selben Urteile hören: nur würde dann der Junkerfreund behaupten, die türkischen Offiziere seien das reine Abbild der Potsdamer Gardeoffiziere, und der andere, der in den Besiegten jetzt das Junkerliche erspäht hat, würde nicht genug tun können an ihnen die segensreichen Wirkungen der liberalen Ideen des Westens hervorzuheben. Man sieht: Die Urteile beharren, bloß die Personen, die sie aussprechen, wechseln nach den Umständen.

Schon in den Tagen der Stoiker galt die Moral unverbrüchlich stets für die anderen und nahm sich auch bei Seneca am besten in seinen Schriften aus. Sie sagt stets mehr als sie vertreten kann; vor der Wissenschaft, wenigstens in ihrer Anwendung durch Politiker und Theorieenschmiede, vergibt sie sich indes damit nur wenig. Wir besitzen zum Beispiel nicht eine einzige sicher bezeugte Tatsache aus den Entstehungszeiten des Christentums, aber wir kennen Gott sei Dank ebensovielen unzweifelbaren Entstehungsursachen wie Geschichtstheorien auf zwei Beinen herumlaufen. Wir wissen daher auch ganz genau, daß die Türken besiegt wurden, weil sie wirtschaftlich rückständig sind. Denn sind sie nicht rückständig? Wurden sie nicht besiegt? Haben sie nicht zu wenig Eisenbahnen? Es dünkt uns aber doch, daß die Türkei weder mit Deutschland noch mit Frankreich zu Feld lag sondern mit den Balkanstaaten, die, was wirtschaftliche Unentwickeltheit anlangt, niemandem etwas vorzuwerfen haben, und deren Eisenbahnnetz bloß

deshalb für die Versammlung und den Aufmarsch der Truppen zureichte, weil bei der Kleinheit der Länder und der zu Gebote stehenden Zeit das beste und meiste mit Fußmärschen erledigt werden konnte. Man lernt in jedem Handbuch, die wichtigsten Kriegselemente seien, bei gleicher Bewaffnung, die Truppenmasse, der Raum und die Zeit. Die asiatische Türkei, als das eigentliche Rekrutierungsgebiet, ist von weiten, steppenartigen Strecken und ungeheurem Wüstenland zerschnitten und zerrissen. Diese geographische Tatsache ist die erste, allen anderen vorangehende Gegebenheit. Doch selbst bei dieser geographischen Beschaffenheit wäre in den den Kriegsschauplätzen zunächst oder nahe genug liegenden Provinzen Menschenmaterial in zulänglicher Fülle vorhanden den Balkanstaaten eine ebenbürtige Streitmacht entgegenzusetzen, wären diese Provinzen, und zwar gerade die wichtigsten in Europa gelegenen, nur nicht in der Überzahl von Christen bewohnt, die in dem eindringenden Feind den Befreier begrüßten. Das ergibt also eine ethnographische Tatsache, die ebenso wie vorhin die geographische ihre Rolle gespielt hat. Und dazu fügt sich nächstverwandt ein drittes: Ein Staat von der Gestaltung der Türkei bedarf einer Flotte als seines unentbehrlichsten Verteidigungsmittels. Eine Seemacht bloß doppelt so stark wie die griechische zu halten war die Türkei wirtschaftlich sicherlich befähigt, und mit ihrer Hilfe hätte man wahrscheinlich nicht bloß den Anschluß Griechenlands an den Balkanbund vereiteln sondern auch den Truppen- und Verpflegungstransport von Asien nach dem Westbalkan wesentlich besorgen können, mindestens nach Abschluß des Friedens von Ouchy. Eine Flotte solcher Art und Stärke fehlt jedoch deshalb, weil die Despotenangst Abdul Hamids vor Matrosenmeutereien die türkischen Schiffe im Hafen faulen ließ. Eine dritte Tatsache demnach, eine geschichtliche, die, wie jene vorgenannten, mit wirtschaftlicher Verursachung der Vorgänge nichts gemein hat. Nicht um einer theoretischen Auffassung die andere entgegenzusetzen, die ebensowenig Allgemeingültigkeit in Anspruch nehmen darf, sei doch auf die oft gehörte Bemerkung hingewiesen, die Kriege hätten in der letzten Zeit stets einen paradoxen Ausgang genommen. Als paradox nimmt man da, daß seit einem halben Jahrhundert nahezu immer der wirtschaftlich zurückgebliebene oder wenigstens finanziell schwächere Staat den Sieg davonträgt: so Preußen 1866, so Deutschland 1870, das damals hinter Frankreich wirtschaftlich und finanziell weit zurückblieb, so das wenigstens mit seinen staatlichen Finanzkräften Rußland weit nachstehende Japan 1905, so jetzt die wirtschaftlichen und finanziellen Ohnmächte Serbien und Bulgarien. Anderthalb Jahrhunderte alt ist das berühmteste Beispiel dafür, daß sich Staatsmacht und ihre höchste Äußerungsform, die siegreiche Kriegsgewalt, von der wirtschaftlichen Entwicklung völlig ablösen können. Einem Wunder gleich wirkt es, wie das kleine, wirtschaftlich dürftige, aus Landketzen zusammengestückelte Preußen Friedrichs II. einer Koalition 7 Jahre die Spitze bieten konnte, die an Volkszahl mindestens 15fach, an Wirtschaftsmacht unendlich überlegen war; und doch ist es nicht mehr als die wohl verständliche Folge der Tatsache, daß nur in diesem Kleinstaat die Fürstenallgewalt des 18. Jahrhunderts alle Kräfte zu einer nach außen gerichteten Machtpolitik zusammenschloß und darum einen Großstaat schuf, sozusagen jenseits der geographischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Daß aus einer Volksbewegung und aus demokratischen Zuständen die gleichen über

alle Verhältnisse hinausragenden Kraftäußerungen entspringen können, bewies Preußen in dem Befreiungskrieg, beweist jetzt der Balkanbund. War er, wie die militärische Fachpresse behauptet, wirklich imstande eine Streitmacht mit dem Verpflegungsstand von 700 000 Mann auf die Beine zu stellen, so erwäge man, was dies bei einer Gesamteinwohnerzahl von kaum 8 Millionen Menschen bedeutet, und daß hier wirklich, wenn schon vielleicht bloß für beschränkte Wirkungszeit, von einem Kleinstaatgebilde eine weltgeschichtliche Bewegungskraft in Gang gebracht wurde.

Wirtschaftliche Bedingungen greifen bestimmend in den Kriegsverlauf ein, wo die kriegerischen Handlungen lange Dauer erfordern oder über See und unter Teilnahme der Flotte sich abspielen. Die methodisch langsame Kriegführung der Japaner wurde um den höchsten Erfolg gebracht durch das finanzielle Erlahmen des Staates, der Burenkrieg war auf der Seite Englands ein Krieg und Sieg des Geldes. Das äußerste Kraftaufgebot kann einen kleinen Staat wie Bulgarien über die Grenzen seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit scheinbar vollständig hinausheben; allein er findet seine natürliche Schranke an der Tatsache, daß schwere Verluste mit der Kraft des Heeres zugleich die der Nation bedrohen. Hat Montenegro tatsächlich 7000 Mann verloren, so ist jeder 5. oder 6. waffenfähige Mann (die Waffenfähigkeit im weitesten Sinn genommen) tot: und das entspräche, auf die Einwohnerzahl Deutschlands umgerechnet, einem Verlust von ungefähr 1 800 000 Mann. Schon bei 4000 Toten ergäbe sich eine unerträgliche Einbuße. Ein energisches Angriffsverfahren hätte vor Skutari die Existenz des Volkes selbst eingesetzt. Zeitdauer des Feldzugs und Menschenverluste bedeuten sonach für ein Heer, das die äußerste und letzte Kraftanspannung eines Landes darstellt, etwas wesentlich anderes als für eine Streitmacht, die bloß einen Bruchteil der wehrfähigen Mannschaft umfaßt. Endlich hebt sich ein in solcher Art unternommener Krieg in seinem Fortgang selbst auf. Er muß möglichst schnell geführt werden, also unter rücksichtsloser Einsetzung der Kräfte bei gleichzeitiger Versammlung bedeutender Massen auf einem Raum, aus dem sie nicht ernährt werden können. Die Bulgaren hatten vor Eintritt des Waffenstillstands vielleicht schlimmere Verpflegungsschwierigkeiten zu bestehen als die Türken. Krieg und Kraftaufwand im Krieg sind daher von Fall zu Fall verschiedene Größen. Wenn die Russen in Wahrheit vor dem Friedensschluß 1905, wie Kuropatkin behauptet, 1 Million Streitbare und Etappentruppen im fernen Osten vereinigt hatten, stand dort ein Hundertfüngzigstel der Nation, von den Bulgaren war jedoch ein Fünftel, wenn nicht gar ein Zehntel mittelbar oder unmittelbar an den Kriegshandlungen beteiligt.

Der Großstaat wird wahrscheinlich selbst im äußersten Fall und bei Abwehr an mehreren Fronten einen gleichen Prozentsatz seiner dienstfähigen Männer nicht ins Feld schicken. Um so erschütternder werden die wirtschaftlichen Nachwirkungen sein. Bei einem Seekrieg können diese sogar die Ausführfähigkeit ganzer Industrien, damit den Daseinsgrund großer Arbeitermassen in Frage stellen. Faßt aber der Krieg die Möglichkeit solcher Folgen in sich, so wird es zur Torheit ihn im Sinn einer verstaubten und veralteten Demokratie als Zucht- und Erziehungsmittel der Staaten zu betrachten. Demokratische Intellektuelle, die mit ihrem Denken und Empfinden über den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der breiten Volksmassen hoch erhaben


dahinschwebten, konnten Niederlagen herbeisehnen, weil sie hofften aus ihrem Schoße Revolutionen hervorbrechen zu sehen, oder zumindest damit rechneten, daß dem wankenden Ansehen der Regierungen Freiheitsbürgschaften abzutrotzen wären. Ein Sozialdemokrat, der solche ausgetretenen Gedankenwege von Anno Tobak noch einmal abläuft, vergißt ganz einfach, daß seine Partei das Recht ihres Daseins innerhalb der Interessen der Arbeiterschaft hat, daß wirtschaftliche Verkümmern und Existenzlosigkeit breiter Massen als mögliche Folgen eines unglücklichen Krieges weit schwerer wiegen als die Änderung einiger Verfassungsparagraphen. Die Politik der Arbeiterschaft kann nicht die Politik demokratischer Salons oder demokratischer Studierstuben sein. Daher ist es auch leere Phantasterei bei Betrachtung der internationalen Lage ein Abstraktum *Proletariat* gegen das Abstraktum *bürgerlicher Imperialismus* zu setzen. Die Kriegsgefahr hat gerade dort, wo sie am häufigsten und drohendsten seit den letzten Jahren hervortritt: im europäischen Osten und Südosten, mit einer aus Exportrücksichten imperialistisch gestimmten Bourgeoisie (die auch in England und Deutschland, so grob gefaßt, mehr Fiktion als Wahrheit ist) schlechthin gar nichts zu schaffen. Weder in Rußland noch in Österreich-Ungarn noch in Italien oder gar in den Balkanländern wirken solche Interessen und Vorstellungen der Bourgeoisie als bewegende Mächte der auswärtigen Politik. Der Panlawismus, der Irredentismus, die Wiener Großmachtsüberlieferungen, der Wachstumsdrang der kleinen Balkanstaaten bilden für diese, die Hälfte Europas umfassende Völkermasse die Antriebe eines ausgreifenden Handelns nach außen. Ihre Voraussetzung liegt in der Tatsache, daß keine der Nationen im Osten, von den Italienern abgesehen, eine befriedigende staatliche Gestaltung gefunden hat. Das spiegelt sich auch in den Stimmungen des Proletariats wider. Kein Vernünftiger wird sich wundern, wenn die polnischen Sozialdemokraten über die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland anders denken als wir. Die Zerstückelung Polens ist auch ihr Schicksal. Die polnischen Sozialdemokraten verstehen es, wenn man ihnen sagt: wir Deutschen des Reichs und Österreichs wünschen euch Befreiung vom russischen Joch, aber wir sind nicht reich genug mit dem Leben einiger hunderttausend deutscher Arbeiter die Erfüllung eurer Sehnsucht zu bezahlen. Will man ihnen jedoch einreden, sie würden nach einem Sieg über Rußland unter Österreichs Zepter vereinigt nur den Wiener gegen den Petersburger Absolutismus austauschen, so werden sie bloß belustigt lächeln. Mag ein siegreicher Krieg unter Umständen auch die reaktionären Tendenzen der Staatsgewalt stärken: die Tatsache, daß in ein national vietnamisches Reich neue, geschlossene, große nationale Gruppen eintreten, würde alle rein politischen Tendenzen, welcher Art sie auch sein mögen, die dem alten Staatsgebilde entspringen, an Wichtigkeit und Folgewirkung weit übertreffen. Dieses alte Staatsgebilde bestünde ja nicht mehr. Ich erfreue mich nicht der Einbildungskraft der Polen noch der der Großösterreicher eine Bereicherung des Habsburgischen Länderbesitzes um Serbien und Kongreßpolen zugleich mir vorstellen zu können; allein die Denkbareit des für mich Undenkbaren zugegeben, wäre das neue Reichskonglomerat nach innerer Zusammensetzung, Gliederung, Einfluß der führenden Nationen etwas so Verschiedenes von dem heutigen Österreich-Ungarn, daß die Bahnen seiner innern und äußern Politik durchaus andere werden müßten als sie heute sind.

Kriege unter dem Gesichtspunkt allgemeiner Freiheits- und Unfreiheitsgedanken anzusehen entspricht einer geistigen Gewöhnung, die man der Kinderstube überlassen sollte. Sogar in den Zeiten, da die Regierungen noch an eine legitimistische Gemeinbürgerschaft glaubten, war das bleibende, geschichtlich entscheidende Ergebnis von Kriegen nicht Förderung oder Hemmung von Freiheit, wie die liberalen Naiven von damals meinten, sondern Gestaltung und Umgestaltung von Staaten und Völkern als äußerer Macht und als Wirtschaftsgebiet. Die Einigung Deutschlands und Italiens, die Schaffung selbständiger Balkanstaaten sind politische und wirtschaftliche Ereignisse von solcher Wucht, daß dagegen ganz in Hintergrund tritt, unter welchen inneren Verfassungsformen diese Staatsgründungen vor sich gingen. Der Krieg betrifft das Primäre im Leben der Völker, den staats- und wirtschaftspolitischen Untergrund ihres Daseins, kann also an dessen abgeleiteten Werten nicht gemessen werden. Das wußte zum Beispiel Engels und legte sich (zum heimlichen Entsetzen mancher seiner späteren Verehrer) sehr ernsthaft auf das Studium der Kriegsgeschichte und Kriegstheorie. Man kann eben über die Entwicklung der Dinge in Europa in den letzten 100 Jahren ernsthaft nicht mitreden, wenn man die Kräfte nicht kennt, die endlich und letztlich die Landkarte des Erdteils geformt haben. Der Wandel der Wehrverfassungen, der Einfluß der Eisenbahnen und Telegraphen auf den Aufmarsch und die Operation der Heere, das Wechselverhältnis zwischen dem Fortschritt der Waffentechnik und den taktischen Formen und strategischen Maßnahmen: das alles gehört zu den großen bewegenden Mächten der Geschichte. Die Wiedervereinigung des deutschen Volks ist untrennbar geknüpft an die preußische allgemeine Wehrpflicht, an das Zündnadelgewehr und an die Kunst Moltkes und Roons die Eisenbahnen für die Bereitstellung und Sammlung der Truppen zu benutzen, ebenso untrennbar daran geknüpft wie an das diplomatische Geschick Bismarcks Rußland aus dem Spiel auszuschalten und so für einige Jahre die Ungunst der zentralen Lage Deutschlands unwirksam zu machen, ja durch die befreundete Neutralität des Zaren Ungunst in Gunst zu verkehren. Für den Fortgang der Ereignisse in Europa in den weiteren 40 Jahren ist jedoch ebenso wichtig wie die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung und die Entfaltung des demokratischen und sozialistischen Geistes die neue und bisher unerhörte Tatsache, daß durch die Gleichheit der Wehrverfassungen und die Ebenbürtigkeit der Bewaffnung aller Heere das Moment zeitweilig unwiderstehlicher militärischer Überlegenheit, wie sie Preußen von 1864 bis 1875 eignete, ausgeschaltet wurde. Ihre Folge ist die Bewahrung des Friedens unter den Großmächten mit allen sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen und politischen Wirkungen.

Die Bekämpfung des Kriegs enthebt nicht von der Pflicht sein Wesen und seine Ursachen zu erforschen. Und auch hier wird das erste Ergebnis der Forschung, wie bei allen geschichtlichen Dingen, dies sein zu erkennen, daß mit dem Begriff des *Krieges* im allgemeinen nicht viel auszurichten, daß jeder Krieg nach Ursprung und Art ein unwiederholtes individuelles Geschehnis ist. Die Bulgaren kämpfen unzweifelhaft einen Volkskrieg: nach Entfaltung der Volkskräfte, nach Geschlossenheit des Volkswillens verdiente kaum je einer mehr diesen Namen. Zweifelhaft jedoch steht es mit den volkstümlichen Zielen, das Wort im gemeinüblichen Sinn genommen. Die Befreiung der christlichen slawischen Brüder kann nur als das allgemeinste

Schema angenommen werden. Eine nationale Teilung des bisher türkischen Gebiets verwehrt schon die vermengte Siedelung. Man wird politische, geographische, strategische Gründe bei der Grenzföhrung zur Geltung bringen und sich im übrigen darauf verlassen, daß die nahe Verwandtschaft von Serben und Bulgaren in Kürze der Staatsgemeinschaft die Volkszugehörigkeit wird folgen lassen. Wo dies, wie bei Griechen, Türken, Albanern und Walachen, die Fremdheit und Verschiedenheit des Blutes, der Sprache und des Glaubens ausschließt, hegt man dennoch kein Bedenken erobernd die Grenzen vorzuschieben. Gerade der Besitz des mohammedanischen Adrianopel ist der Wunsch der Wünsche der Bulgaren. Das ist nun gewiß nicht geeignet die Sympathieen für die Balkanvölker zu erhöhen, befreit jedoch nicht von der Pflicht sich der Einsicht zu erschließen, daß Völker, einmal getragen von der Vorstellung der Identität von Nation und Staat, aus staatlichen Machtgedanken heraus handeln, ja mit Begeisterung, Hingebung und grenzenloser Opferwilligkeit handeln können.

XX WILHELM SCHRÖDER · EINE SELBSTVERSTÄND- LICHKEIT

 EIN Mensch von Geschmack wird gern über eine Selbstverständlichkeit sprechen. Und doch wird man in der Politik oft genug dazu gezwungen. Denn den Mitkämpfern, die die schwierigsten organisatorischen und agitatorischen Taten vollbringen, erscheinen die einfachen, kleinen Gebote des Tages oft als unerfüllbar, weil sie sich daran gewöhnt haben stets mit Feinden ringsum zu kämpfen und so es vielfach verlernten mit den anderen auf dem neutralen Boden allgemeiner Menschlichkeit zu verkehren. Daher sehen wir, sooft Sozialdemokraten an Kundgebungen der Höflichkeit und des Mitgeföhls einem Monarchen gegenüber teilnehmen, stets von irgendeiner Ecke der Partei eine mehr oder minder scharfe Rüge kommen, die sich bis zu dem Vorwurf des Verrats an den Prinzipien steigert und in einer großen Zahl von Fällen eine erhebliche Resonanz in der Partei findet. Wie schädlich diese Sinnesart auf die Parteipolitik einwirkt, erkennen wir am besten an der einen Tatsache, daß sie allein es ist, die uns bis jetzt den Weg zu einer Machtposition wie das Reichstagspräsidium versperrt. Deshalb ist es notwendig, wenn auch unerfreulich, auf alle, noch so geringfügigen Manifestationen dieses Geistes zu achten, um ihnen zu begegnen und so jenen selbst überwinden zu helfen.

Als die bayrischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten dem Sarg des Prinzregenten Luitpold folgten, wurde diese Selbstverständlichkeit von der bürgerlichen Presse als etwas Besonderes registriert; und von manchen Organen in einer Art, der man deutlich die Hoffnung ansah, die sozialdemokratische Partei werde auch diesmal, wie mehrfach in solchen Fällen, ihre Vertreter tadeln. Diesmal schien es aber, als sollte solche Hoffnung getäuscht werden. Eine Woche verstrich nach dem Begräbnisakt, und noch immer herrschte Schweigen im radikalen Blätterwald. Schon war der Gedanke aufgetaucht, daß auch unsere Tugendwächter gelernt hätten sich in Unvermeidliches zu fügen, als endlich wenigstens in einer von radikalen Blättern veröffentlichten Zuschrift aus Bayern das Prinzip gerettet wurde.

In diesem Dokument kam der aufrichtige Schmerz darüber zum Ausdruck, daß Sozialdemokraten sich an der Beisetzung eines Mannes beteiligt hatten, der eben nach dieser Zuschrift als Mensch sicher viele sympathische Züge aufgewiesen habe, der aber doch ein Regent gewesen sei und nach dem Wunsch seines Sohnes und Nachfolgers wie ein König zu Grabe geleitet werden sollte.

Natürlich wartete die Beschwerde wie jede, ordentliche Anklageschrift mit Beweisstücken auf. Von den Argumenten sei hier eines erwähnt, weil es der Prinzipienfestigkeit in etwas ungelenten Formen Reverenz macht. Da lebt in Bayern irgendwo ein sozialdemokratischer Bürgermeister Neu. Als der Prinzregent verschieden war, rief er, wie dies wohl alle übrigen Bürgermeister auch taten, nach der Anklageschrift den Stadtrat zu einer besondern Sitzung zusammen, in der er den Tatsachen entsprechend, aber darum eben ohne Not darauf hinwies, daß er als Bürgermeister keine Partei kenne sondern nur die Pflichten, die ihm als Beamter des Staates obliegen, und die er in seinem Dienstleid beschworen habe. Diese harmlos selbstverständlichen Worte nennt die in der radikalen Presse veröffentlichte Zuschrift eine Verleugnung der Partei, und das Benehmen des Bürgermeisters wird in ihr als unwürdig gebrandmarkt. Indes, wie beurteilen wir doch sonst die politische Betätigung der Beamten? Wenn ich nicht irre, gönnen wir Sozialdemokraten den Beamten des Staates und der Gemeinde zwar die Zugehörigkeit zu allen politischen Parteien, zu denen Herz und materielle Daseinsbedingungen sie hinziehen, verlangen aber von ihnen, daß sie bei Amtshandlungen den Parteimann nicht hervorkehren und weder nach rechts noch nach links schielen. Wir werfen ihnen mit Recht Pflichtverletzung vor, wenn sie, wie dies in der Praxis allerdings nicht selten geschieht, politische Anschauungen mit Amtspflichten verquicken und den Sozialdemokraten mit anderm Maß messen als den Konservativen. Haben wir doch, um ein Beispiel zu nennen, nichts dagegen gehabt, wenn Mandate regierungsfreundlicher Abgeordneter vom Reichstag konfisziert wurden, weil Wahllaufufe zu ihren Gunsten die Unterschrift von Landräten und Amtsvorstehern mit Amtsbezeichnung trugen. Aber Unparteilichkeit können wir mit Recht nur verlangen, wenn wir auch bei den wenigen Parteigenossen, die es in süddeutschen Bundesstaaten zu Bürgermeistern und Stadträten gebracht haben, voraussetzen, daß sie den Parteimann immer so lange zu Hause lassen als er in der Öffentlichkeit nicht am Platz ist. Glauben wir, daß eine solche Selbstverständlichkeit eine Verleugnung der Partei sei, dann sollen wir uns nicht beschweren, wenn die Regierungen unsere Anhänger ihrer politischen Gesinnung halber maßregeln. Reiten wir Sozialdemokraten, was uns ja in der Wirklichkeit gar nicht einfällt, auf die erwähnte Weise unser Prinzip zu Tode, dann gehören wir auch nicht in die Verwaltung von Gewerkschaften und Genossenschaften. Denn auch die Beamten dieser Körperschaften müssen (wobei an die gesetzlichen Anforderungen gar nicht einmal gedacht zu werden braucht) bei sehr vielen Amtshandlungen ihre politische Parteistellung außer acht behalten, und keiner von ihnen wird, wenn er dies tut, vom Gewissensbiß der Partei-verleugnung benagt auf der Straße herumlaufen.

Es hängt vom menschlichen (unter Umständen auch vom politischen) Taktgefühl ab, ob Sozialdemokraten einem Fürsten oder politischen Gegner die letzte Ehre geben wollen. Sie können dies abstrakt genommen jawohl auch

nach dem hier herangezogenen parteigenössisch-konservativen Zeugnis, wenn der Verstorbene gleich dem Prinzregenten Luitpold »sicher viele sympathische Züge aufweist«. Diese Beteiligung an einem Akt der Pietät stellt ebenso sehr eine monarchische Demonstration dar wie sich die Begräbnisfeierlichkeiten für verstorbene Sozialdemokraten, an denen Magistratspersonen und gegnerische Abgeordnete teilnahmen, jemals zu sozialdemokratischen Demonstrationen entwickelt haben. Man stößt, sobald man sich im Gegenwartsstaat bewegt, eben immer auf Hindernisse, und folgerichtig handelt im Grunde genommen nur die (leider immer kleiner werdende) Schar sozialdemokratischer Sonderlinge, die überhaupt jede Berührung mit dem Gegenwartsstaat als eine unreine Handlung verurteilt. Im öffentlichen Leben wirken aber nun einmal überkommene Bräuche aus alten Zeiten noch lange nach. Sie sind unschuldig und daher zu tolerieren, wenn sie der Entwicklung der Partei nicht im Weg stehen. Es muß gegen sie bei Gelegenheit einmal ein scharfes Wort gesagt werden, wenn ihre Hüter vorgeben das Parteigewissen in Erbpacht genommen zu haben. Sie sind möglichst schnell abzuwürgen, wenn offensichtlich zutage tritt, daß außer etlichen Parteidoktrinären nur der politische Gegner Freude an ihrem Fortbestehen hat.

In Bayern hätten die Sozialdemokraten höchstwahrscheinlich den am Ruder befindlichen Vertretern des politischen Stillstands einen großen Gefallen getan, wenn sie gerade den Tod des Prinzregenten zum Herauskehren einer prinzipiell etikettierten Anstandslosigkeit benutzt hätten, die im Land dort ziemlich unbekannt ist und nur in unseren Gefilden hier noch gepflegt wird. Wem zu Nutzen, wird auch in unseren Reihen vielen klar sein. Der nach Preußen größte Bundesstaat des Reiches befolgt politische Maximen, die von den bei uns offiziell herrschenden denn doch erheblich abweichen. Dort hat nach den Landtagswahlen vom 5. Februar vorigen Jahres der Vertreter des Königs die Regierungsgeschäfte einem Führer der Partei übertragen, die der Parlamentsauflösung zum Trotz in der wenn auch erheblich verringerten Mehrheit blieb. Es war dies ein Schritt, den norddeutsche Konservative als Konzession an das parlamentarische Regiment bedenklich fanden. Daß das bayrische Parteiregiment gegen den Liberalismus und namentlich gegen die Sozialdemokratie in Kampfstellung tritt und damit ostentativ seine uns widrigen Seiten hervorkehrt, ist schließlich Schuld der Bevölkerung selbst, die diese Mehrheit gewählt hat. Daß aber selbst in Deutschland Regierungen denkbar sind, die auf begrenztem Gebiet auch der Sozialdemokratie Gerechtigkeit widerfahren lassen, haben gerade die Jahre vor 1912 gezeigt, in denen einer überstarken Zentrumsmehrheit zum Trotz aus dem Mund von Ministern Worte fielen, die unseren Konservativen arg mißfielen. Am 13. Januar 1910 anerkannte der damalige Minister des Innern von Podewils in der Kammer der Abgeordneten von der Sozialdemokratie, daß sie auf dem ihr eigenen Gebiet der Fertigstellung sozialer Gesetze manche dankenswerte Anregung gegeben, daß sie das soziale Gewissen der Öffentlichkeit geschärft, daß sie die Energie der zu sozialer Fürsorgearbeit Berufenen gesteigert habe. Als dann am Tag darauf der Zentrumsabgeordnete Dr. Pichler den Minister wegen dieser Worte angriff, wiederholte dieser, daß sich die entwicklungsgeschichtliche Tatsache nicht aus der Welt schaffen lasse, daß das Entstehen und Wachsen der Sozialdemokratie die bürgerliche Gesellschaft vor Probleme gestellt habe, die den früheren Generationen praktisch

fremd waren. In jener Sitzung der Kammer der Reichsräte am 12. Juli des selben Jahres 1910, in der Bischof von Henle das Wort sprach »Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben«, wandte der Verkehrsminister von Frauendorfer sich gegen das vom Zentrum geäußerte Verlangen den *Süddeutschen Eisenbahnerverband* zu unterdrücken:

»Ich verspreche mir nicht, daß wir durch eine solche Maßregel die Sozialdemokratie bei den Verkehrsanstalten ausrotten oder die sozialistische Idee, soweit sie unter dem Verkehrspersonal besteht, wesentlich einengen. Wie ist es denn in den Privatbetrieben? Ich habe das in Ihrem Hohen Ausschuß gelegentlich erwähnt; gibt es denn heute einen nennenswerten Privatbetrieb, der das Eindringen der Sozialdemokratie fernzuhalten vermöchte, und ein Privatbetrieb hat doch noch ganz andere Mittel als der Staat, auf den durch die Presse, die öffentliche Meinung, den Landtag usw. in viel stärkerem Maß zugunsten des Personals eingewirkt wird als es beim Privatbetrieb der Fall ist, der nach dieser Richtung hin ziemlich unabhängig ist. Wie ist es denn in der Rechtsanwaltschaft? Wie ist es im Parlament, in den gemeindlichen Vertretungskörpern? Hat da die Sozialdemokratie ferngehalten werden können? Ebenso, sage ich, ist es möglich durch eine solche Unterdrückungspolitik (ich bitte den Ausdruck zu verzeihen und ihn so zu nehmen, wie er gemeint ist) die Sozialdemokratie aus den Regierungswerkstätten und überhaupt aus dem Eisenbahnbetrieb fernzuhalten . . . Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß die Meinung, als ob durch solche Maßregeln die Sozialdemokratie ausgerottet werden könnte, sich widerlegt durch die Geschichte aller Zeiten und aller Völker. Ich habe auch auf Einzelheiten in der Entwicklungsgeschichte des Christentums Bezug genommen. Das Christentum war eine, wie ich in Ihrem Hohen Ausschuß sagte, eminent religiöse und ethische, aber zum Teil doch auch soziale Bewegung; sie hat sich durchgesetzt, obwohl sie mit allen Gewaltmitteln, die man sich denken kann, unterdrückt wurde, und sie ist schließlich siegreich aus der Unterdrückung hervorgegangen. Andere geistige Bewegungen haben einen ähnlichen Verlauf genommen, davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man die Geschichte der Zeiten durchwandert. Der größte Staatsmann des vergangenen Jahrhunderts, Fürst Bismarck, hat (wie jetzt wohl allgemein angenommen wird) mit dem Sozialistengesetz einen Fehler gemacht.«

Daß solche, unseren Konservativen geradezu ungeheuerlich klingenden Äußerungen keine bloßen Phrasen waren, lehrt die leidliche Behandlung, die bis zu Anfang vorigen Jahres der Arbeiterschaft in Bayern zuteil wurde.¹⁾ Aber noch an höherer Stelle fielen in diesem Land Worte, die der Konservatismus in die Schablone des Vaterlandsverrats zwängen möchte. Es war der jetzige Regent, der am 4. Januar 1906 unbeschadet seiner im übrigen keineswegs modern anmutenden Anschauungen von den gewissenlosen Menschen sprach, die ihre Untergebenen zwingen ganz anders zu wählen als sie wählen möchten. Prinz Ludwig erklärte in jener Sitzung weiter, man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle insbesondere auf diejenigen Staaten blicken, in denen verkünstelte Wahlsysteme beständen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß sie durch radikale Systeme ersetzt würden. Mag man solchen Worten und den Taten, die darauf folgten, nun noch so wenig Wert beilegen, sie sind einmal gefallen, haben dem politischen Fortschritt gedient und, wie erwähnt, den Hütern der Reaktion gerade bei uns die peinlichsten Unannehmlichkeiten bereitet. Daß aber die Sozialdemokratie in Bayern sich durch Prinzen- und Ministerworte

¹⁾ Siehe über diese Vorgänge auch Timm *Die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen 1912* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, I. Band, pag. 86 ff.

nicht im geringsten aus der Fassung bringen, sich nicht gefangen nehmen ließ, hat der Kampf gezeigt, den die Partei in Gemeinschaft der Liberalen gegen das neue Ministerium Hertling unternahm, ein Kampf, der dem Gegner Verlegenheiten über Verlegenheiten brachte und der Sozialdemokratie zu immer stärkerem Ansehen verhalf.

Nun hätte die Sozialdemokratie in Bayern ja gewiß versuchen können die Taktik anzuwenden, die in Preußen üblich gewesen und jetzt langsam im Schwinden begriffen ist, wenn diese Taktik in irgendwelchem Punkt zur Nachahmung gereizt hätte. Die preußischen Methoden auf politischem Gebiet sind zu bekannt als daß sie hier aufgezählt zu werden brauchten; wie es auf sozialem Gebiet bestellt ist, hat Severing gerade jetzt erst hier gezeigt.²⁾ Daß an solchen Zuständen die Sozialdemokratie keine direkte Schuld trägt, ist selbstverständlich. Wohl aber trifft das eine leider zu: Das starre Regiment der Konservativen, die Machtstellung eines arbeiterfeindlichen Unternehmertums wären in Preußen heute doch nicht mehr möglich gewesen, wenn die Sozialdemokratie im Reich und selbstverständlich auch in Preußen schon früher es verstanden hätte mit bürgerlichen Parteien zu bestimmten Zwecken reelle Bündnisse zu schließen und dabei bestimmte in bürgerlichen Kreisen nun einmal vorhandene Anschauungen nicht unnötig vor den Kopf zu stoßen.

Gewiß ist der Bann durch das Stichwahlabkommen bei den Reichstagswahlen gebrochen. Aber das war ein Versuch, dem dann bald die Angst vor der eigenen Courage folgte, abermals zur lebhaften Befriedigung der Konservativen.³⁾ Diese wissen genau, worauf es für sie ankommt. Sie sind Realpolitiker genug, um sich darüber klar zu sein, daß ihre Herrschaft trotz des Dreiklassenwahlrechts und der veralteten Wahlkreiseinteilung nur noch eine Frage der Zeit ist, weil kein Volk unseres Zeitalters sich das Regiment einer verhältnismäßig kleinen Minderheit auf die Dauer gefallen lassen kann. Daß der Konservatismus in Preußen überhaupt noch die Regierungsgeschäfte in Händen hat, verdankt er dem Umstand, daß die Vertreter anderer Bevölkerungsschichten zurzeit tatsächlich noch nicht bereit sind ihn abzulösen, namentlich daß dem Liberalismus und der Sozialdemokratie die bedingte politische Kampfgemeinschaft abgeht. Nichts bedroht daher die Konservativen so sehr wie ein Zusammenschluß, eine Blockgemeinschaft, wie sie in den ersten Wochen nach der Reichstagswahl zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie sich zu bilden schien, und nichts gibt ihnen größere Sicherheit als wenn der Wortradikalismus in der Sozialdemokratie und die Angst unter den Liberalen solchem Zusammenschluß Hindernisse in den Weg legen. *Kreuzzeitung* und *Deutsche Tageszeitung* machen auch aus ihrem Herzen keine Mördergrube; sie erklären, wo es sich nur paßt, daß der Revisionismus in der Sozialdemokratie und das von seinen Vertretern bekundete Streben auf allen wirtschaftlichen Gebieten die Arbeiterschaft festen Fuß fassen zu lassen für die Machtstellung der Konservativen die eigentliche Gefahr darstelle. Daher sind die Konservativen mit Recht auch sehr darauf

²⁾ Siehe Severing *Die Sozialpolitik in Preußen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1622 ff.

³⁾ Siehe Schippel *Die neuesten Vorstöße unserer Impossibilisten*, Kolb Heraus aus dem toten Geleise! und Erdmann *Wesen und Form in der Politik*, ferner meine Artikel *Der Kampf um die Macht* und *Die Angst vor dem eigenen Mut* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 280 ff., 3. Band, pag. 1096 ff. und 1161 ff., ferner 1. Band, pag. 207 ff., und 2. Band, pag. 780 ff.

bedacht sorgfältig alle wortradikalen Torheiten aus sozialdemokratischen Blättern mit der stehenden Note abzudrucken, daß der Liberalismus zu seinem Schimpf mit einer Partei von hochverräterischer Gesinnung paktiert habe.

Ist es der geschichtliche Beruf der Sozialdemokratie möglichst der konservativen Partei zu Gefallen zu leben? Auch in Preußen wird ja wie in Süddeutschland unbeschadet aller Unterschiede in der Weltanschauung die Notwendigkeit Liberale und Sozialdemokraten zur Arbeitsgemeinschaft zwingen. Solche Arbeitsgemeinschaft bedingt nicht, daß man sich an seinen Grundsätzen etwas vergibt; wohl aber führt sie dahin, daß man Unterhaltungen über die Vorzüge der republikanischen vor der monarchischen Verfassung bis annähernd zu dem Zeitpunkt verschiebt, wo diese Frage wirklich einmal aktuell werden sollte. Vorerst liegen jedenfalls Proteste gegen Glückwunsch- oder Beileidsbezeugungen, die einem Vertreter der Monarchie gelten, oder Verbote sich an einem Hoch oder einem andern Akt der Höflichkeit oder des Herkommens zu beteiligen weit mehr im Interesse der reaktionären Mächte im Lande als der Elemente, die am politischen Fortschritt hängen. Es wäre daher nicht nur menschlich schöner sondern auch politisch gescheiter, wenn man bei uns nun endgültig und auf allen Seiten Gebote des Taktes von der Umklammerung angeblicher Prinzipien lösen wollte.

XX MAX SCHIPPEL · NEUE HANDELSPOLITISCHE DEBATTEN IN ENGLAND



ON jeher hat die handelspolitische Reformbewegung in England und im vielgliedrigen englischen Weltreich überhaupt stark unter dem Wechsel von Flut und Ebbe gestanden. Unaufschiebbar, aufsehererregende Tagesfragen, wie vor den letzten Wahlen die Verfassungskämpfe um die Stellung des Oberhauses oder wie gegenwärtig um die politischen Selbstregierungsrechte Irlands, haben wiederholt den Chamberlainismus zeitweilig verdunkelt und mehr in den Hintergrund gedrängt. Oder besonders günstige Geschäftszeiten haben den Widerhall der Freihandelskritik in den breiteren Wählermassen gedämpft, während Warnungszeichen, wie die Anläufe zu einer gegenseitigen Bevorzugungspolitik zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, ihr plötzlich neue Werbekraft zuführten. Im großen und ganzen jedoch ist die Tarifreformagitation dennoch unaufhaltsam vorwärts geschritten. In den wichtigsten Kolonien ist die Präferentialpolitik, wenigstens in ihren Grundgedanken, so festgewurzelt, daß Verwahrungen der einst meistbegünstigten Staaten (wie seitens Deutschlands gegenüber Kanada) bereits als beleidigende Herausforderungen betrachtet werden und deshalb, weil angesichts der vollendeten Tatsachen zwecklos, auch mehr und mehr eingeschlafen sind. Der Grundsatz der *offenen Tür*, der Gleichbehandlung aller wareneinführenden Nationen, der einst mit England und britischer Wirtschaftspolitik unzertrennlich verknüpft schien, ist in weiten Reichsteilen zugunsten der inter-imperialen Zollbevorzugung bewußt preisgegeben. Und selbst im Mutterland wird immer mehr als bloße Zweckmäßighkeitsfrage, nach den wahrscheinlichen Wirkungen, erörtert und beurteilt, was bei den ersten großen

agitatorischen Vorstößen Chamberlains meist noch wie ein perverser, eines modernen aufgeklärten Landes unwürdiger Tollhausspuk erschien.

Augenblicklich legt die *Homerule*vorlage wieder einmal die Entscheidung nahe, ob man die liberale Regierung nicht leichter beseitigen könne, wenn man einfach, ohne rechts und links zu sehen, alle zentralistisch (unionistisch) gerichteten Kräfte zusammenfasse und alle strittigen Einzelheiten der angestrebten *Tarifreform*, mehr als sonst wohl, zurückstelle. Aber man wird gut tun über solchen vergänglichen Wellenkräuselungen nicht die stärkere dauernde Strömung zu übersehen.



IE man in einigen unserer sozialdemokratischen Blätter lesen konnte, soll eine Rede des konservativen Führers Bonar Law, des Nachfolgers von Balfour, in Ashton-under-Lyne am 16. Dezember den Rückzug der Tarifreformer eingeleitet haben. Indes diese Rede ist, wenn man ihr im Wortlaut folgt, grundsätzlich eines der unumwundensten Bekenntnisse zur Freihandelsgegnerschaft und zur Präferentialpolitik innerhalb der britischen Gliederstaaten.

Die Erfahrung der ganzen zivilisierten Welt, führte Bonar Law etwa aus, widerspricht dem handelspolitischen System, das in England noch immer herrscht. So hätten denn mit der Zeit nicht nur alle fremden Länder sondern sogar die englischen Kolonien selber dieses System verlassen. Dieser Entwicklung hätten sich sogar die anfangs widerstrebenden, oppositionellen Parteien des Auslands mit der Zeit gebeugt; nicht der Freihandel habe hier jemals in umfassenderm Maß Schutzzöllner bekehrt, sondern überall seien die einst oppositionellen Freihändler in das Lager der neuern handelspolitischen Richtung abgeschwenkt, obwohl sie alsdann naturgemäß meist den gemäßigten Schutzzoll zu vertreten suchen. Kurz vorher, bei dem Massenmeeting der *National Unionist Association*, am 14. November 1912, in der *Alberthalle* in London, hatte Bonar Law, dies mit besonderm Hinweis auf die jüngsten amerikanischen Wahlen noch nachdrücklicher ausgeführt: »Es gibt Leute, die selber unwissend genug sind oder die auf die Unwissenheit anderer spekulieren [people ignorant themselves or who trade upon the ignorance of others], und die Ihnen vorerzählen, in anderen Ländern rege sich eine Bewegung, wie man sie bei uns unter Freihandel versteht. Schon vor langer, langer Zeit, als ich noch ein Schulknabe war, mußte ich es mit anhören: Amerika sei auf dem Sprung zum Freihandel überzugehen. Aber selbst damals war es ihm immer noch näher als heute [Heiterkeit und Beifall]. Radikale Zeitungen versichern heute von neuem, der Sieg Wilsons sei ein Sieg des Freihandels, und ein Mitglied unserer Regierung gab wirklich die Anregung, ihm aus diesem Grunde ein Glückwunschtelegramm zu senden [Heiterkeit]. Nun, Dr. Wilson wird sich wohl selber am besten kennen. Er hatte von dieser Beurteilung in englischen Blättern gelesen, und er fürchtete davon eine solche Zerstörung seiner Wahlaussichten, daß er offen, und zwar wiederholt bekundete: weder er noch seine Partei fechte für den Freihandel oder etwas dem Freihandel Ähnliches [neither he nor his party stood for Free Trade or anything like Free Trade]. Gegenwärtig gibt es in der ganzen Welt nicht eine einzige Regierung und, was noch befremdender ist, nicht eine einzige Opposition, die zu dem System zurückzukehren vorschlägt, das für das Vereinigte Königreich noch immer gut genug sein soll.«

Der unleugbar nicht ungünstige Geschäftsgang in England ist nach Bonar Law keine genügende Rechtfertigung für die alte freihändlerische Politik. Kein Tarifreformer habe jemals das alte System für so schlecht erklärt, daß, mögen die Weltwirtschaft und der Weltverkehr noch so sehr sich heben,

England niemals auch nur einen Bruchteil dieses Aufschwungs zu spüren bekomme. Wäre die Ausweitung der Produktion in England stärker als anderwärts, dann allerdings wäre der Hinweis der Gegner am Platz. Aber umgekehrt müssen sich die Zweifel um so eindrucksvoller erheben, wenn gerade die protektionistischen Länder die rascheste Wirtschaftsentfaltung aufweisen:

»Wird jemand behaupten wollen, das handelspolitische System sei das beste, wo diese Expansion am schwächsten ist, und dasjenige System sei das schlimmste, wo diese Entfaltung am stärksten hervortritt? Was lehren denn die Tatsachen? Nehmen wir Deutschland, um den Gegensatz zu zeigen. Wir könnten die Vergleichsjahre nach Belieben wählen und würden zu dem gleichen Hauptergebnis gelangen. Ich wähle das Jahr 1902, das Jahr vor dem Beginn der Tarifreformbewegung, und stelle ihm das laufende Jahr gegenüber. Während der ersten 9 Monate wuchs hier der Gesamt a u ß e n h a n d e l, die Summe von Einfuhr und Ausfuhr, bei uns um etwa 54 Millionen Pfund Sterling, in Deutschland dagegen nicht um 54 sondern um 180 Millionen Pfund Sterling. Das sieht nicht danach aus, als ob gerade unsere Handelspolitik die Grundlage der Handelsvermehrung bilde. Indes, die bloße Handelsstatistik ist nicht der einzige Gradmesser. Sie ist nicht einmal der beste Gradmesser, denn in jedem Land ist der innere Austausch stets wichtiger als der Außenhandel. Den besten Anhalt bieten deshalb die P r o d u k t i o n s z i f f e r n; denn sie umfassen den Außenhandel wie den Innenabsatz. Wir haben keine Statistik, um den Vergleich für viele Erzeugnisse durchführen zu können, aber er ist möglich für Eisen. Cobden nannte Eisen das Brot und die Butter unseres ganzen industriellen Lebens, und allgemein gilt heute die Eisenindustrie als der Gradmesser des industriellen Aufblühens eines Landes. Nun, 1902 betrug unsere Roheisenerzeugung (und eine irgendwie nennenswerte Einfuhr davon haben wir nicht, so daß die erwähnte Produktion den Bewegungsmaßstab für die gesamten Eisengewerbe liefert, die ohne Verbreiterung ihrer Rohmaterialiengrundlage nicht wachsen können), 1902 berechnete sich unsere Roheisenerzeugung auf etwas über 8 Millionen oder 8¼ Millionen Pfund Sterling, 1910 war sie auf 10 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Wie stand es mit Deutschland? Im Anfangsjahr verzeichnete es ungefähr die selbe Produktion wie wir, nämlich 8 Millionen Pfund Sterling. 1910 dagegen 14 Millionen Pfund Sterling, also 6 Millionen mehr, während wir uns mit einem Zuwachs von 1 Million begnügen mußten. Wenn es sich um Amerika handelte, wäre dies noch zu verstehen. Die Vereinigten Staaten haben uns gegenüber Vorzüge in der Rohmaterialienversorgung. Auf Deutschland trifft dies nicht zu. Es importiert, wie wir, große Mengen Eisenerze zur Eisenbereitung. Was die Kohlenversorgung anlangt, die für die Eisengewerbe noch wichtiger ist als die Eisenerzzufuhr, so ist Deutschland nicht nur nicht im Vorsprung, es muß sogar große Mengen von Kohlen aus England beziehen. Ich weiß mir keine andere Erklärung, als daß die s c h ü t z e n d e S i c h e r u n g d e s h e i m i s c h e n M a r k t e s, besonders in Zeiten des wirtschaftlichen Druckes, die Unternehmungslust für Neuanlagen und industrielle Erweiterungen ermuntert [Beifall].«

Noch mehr zum Nachdenken sollten nach Bonar Law die Ziffern der Ein- und A u s w a n d e r u n g anregen. Deutschlands Auswanderung habe, trotz der verhältnismäßig hohen Bevölkerungszahl Deutschlands auf kleinem Raum, fast ganz aufgehört, dagegen sei dieser schutzzöllnerische Staat in immer stärkerm Maß zu einem Einwanderungsland geworden:

»Es gibt kaum irgendwelche Auswanderung aus Deutschland, vielmehr strömen heute Menschen nach Deutschland, um dort Arbeit zu suchen und zu finden. Wie steht es wiederum mit uns? Während der letzten 10 Jahre haben wir über 1½ Millionen, fast 2 Millionen Menschen durch Abwanderung verloren . . . Und welche Art von Leuten verlieren wir? Die Jungen, die Energischen, die Unternehmenden, gerade jene Schicht, die jedes Land festzuhalten suchen würde, wenn es könnte. Und sie gehen nach schutzzöllnerischen Ländern, um dort für ihr Geschick und ihren Fleiß die Arbeitsgelegenheit zu finden, die wir in der Heimat ihnen versagen [Beifall].«

Schließlich müßten auch die Gewerkschaften sich sagen, daß keine Gewerkschaftsbewegung Früchte tragen könne auf der Basis verkrüppelter oder

doch nicht genügend sich entfaltender Industrieen. Es gelte für die Gewerkschafter nicht nur die Beziehungen zwischen Lohn und Profit zu verstehen sondern ebenso die Stellung jedes englischen Produktionszweiges gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten. Deshalb kommt Bonar Law auf die alten Grundforderungen der Tarifreformer zurück: Vorzugsstellung der englischen Produktion auf dem englischen Markt, also eine gewisse Zurückdämmung der Auslandskonkurrenz durch Zölle; und dann innerhalb dieses Zollgürtels nochmals eine Besserstellung der kolonialen gegenüber den fremdländischen Zufuhren: sei es durch volle Zollbefreiung, sei es durch differentiell niedrigere Verzollung der kolonialen Erzeugnisse. Das ist im Grunde, wie man sieht, immer wieder der alte Chamberlainismus, nur daß er nunmehr seit Jahren zu einer anerkannten programmatischen Grundlage der gesamten unionistischen Politik und Partei geworden ist. In ganz den selben Gedankengängen bewegte sich in der *Alberthalle* die Rede des *Lords Lansdowne*, des unionistischen Führers im Haus der Lords:

»Wir müssen freie Hand haben, um unsere eigenen Märkte gegen die Invasion derer zu verteidigen, die uns selber den Zugang zu ihren Märkten verweigern. Und zuletzt, aber nicht in letzter Linie: wir müssen freie Hand haben, um den großen überseeischen Dominien Entgegenkommen zeigen zu können, wenn sie, wie es zweifellos geschehen wird, mit uns gegenseitige Handelsvergünstigungen (reciprocal trade) vereinbaren wollen.«

Insoweit kann also von einem Rückzug der Tarifreformer wahrhaftig nicht gesprochen werden; eher von einem neuen Vorstoß, noch dazu in einer Zeit, in der die Beschränkung auf die *Homerulekämpfe* eine viel bequemere und günstigere Agitationsparole geboten haben würde.



INGEGEN ist in Einzelheiten ein momentaner taktischer Frontwechsel unbestreitbar, und zwar auf dem (wie immer besonders beachteten) Gebiet der *Getreidezölle*. Nur darf man, durch unsere ganz andersartige kontinentale Agrarschutzpolitik verleitet, diese Sonderfrage in ihrer Bedeutung für englische und britisch-imperiale Verhältnisse nicht überschätzen, und schließlich bekundet sich jetzt nur, nach außen hin und stärker, von neuem eine Meinungsunabgeglichenheit, die seit allem Anfang innerhalb der Tarifreformbewegung wahrzunehmen war.

Man wird sich erinnern, daß bereits vom 15. April 1902 bis zum 30. Juni 1903, infolge der finanziellen Belastung durch den südafrikanischen Krieg, vorübergehend in England ein geringfügiger Getreidezoll eingeführt war: von 3 Pence pro Hundredweight (50,8 Kilo). Schon 1903, als die Wiederaufhebung zur Beratung stand, zeigte sich der Gegensatz zwischen dem einen, glattweg kornzollfeindlichen Flügel der Tarifreformer und den tarifreformerischen Präferentialpolitikern, die den Agrarzoll gegen dritte Länder (wie die Vereinigten Staaten und Argentinien) beibehalten wollten, um ihn ausschließlich gegen Kolonien wie Kanada und Australien fallen zu lassen und so einen ersten tastenden Probeschritt zur kolonialen Zollbevorzugung zu unternehmen. Die überwältigende Mehrheit der Unionisten war damals jedoch froh selbst diesen kleinen Kornzoll wieder loswerden zu können: so wenig rechnete man ihn zu den unbedingt notwendigen Bestandteilen eines tarifreformerischen Programms.

Eine große Begeisterung der landwirtschaftlichen Wählmassen

vermochten neue Kornzollagitationen in England ebenfalls niemals zu wecken. Hierfür lagen eben jenseits des Kanals nach wie vor alle Verhältnisse vollkommen anders als in Mitteleuropa: gleichviel, ob man in diesem Unterschied überwiegend einen Vorteil oder Nachteil für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung erblicken mag. Das englische Pacht system weist selbst bei krisenhaft, anormal sinkenden Preisen den produzierenden Landwirt in erster Linie auf einen Notausweg hin: auf die Herabsetzung der Rente; während das kontinentale Eigentums- und Kapitalverschuldungssystem naturgemäß der Abwehr des Preissturzes einen ganz andern Wert für die bäuerlichen Betriebsinhaber verleiht: der Preisaufrechterhaltung durch Zölle, deren wechselnde Höhe sich den wechselnden abnormen Preissenkungen der Krisenperiode anzupassen hat. Wenn somit die Agrarkrise bei uns das große und kleine landwirtschaftliche Unternehmertum zu einem gemeinsamen handelspolitischen Kampf zusammenführte, der während des letzten Menschenalters über die vollkommen veränderten Richtlinien der ganzen mitteleuropäischen Handelspolitik entschied, so verschärfte die selbe Krisis in England eher den Gegensatz der eigentlichen landwirtschaftlichen Produzenten-Unternehmer zum Landlordismus, der mit der agrarischen Produktion nur durch Rentenschlücken in Verbindung stand, und ähnlich starke Agrarzollneigungen wie bei uns kamen daher dort nicht auf.¹⁾

Ebenso hat für die Allgemeinheit, so wie sie heute in großen Parteien und parlamentarischen Mehrheiten zum Ausdruck gelangt, eine Agrarkrisenbekämpfung durch Zölle selbstverständlich ganz verschiedene Bedeutung, wenn ein Land nur einen kleinen Bruchteil seines Bedarfs von außen einführen braucht, oder wenn es umgekehrt nur einen geringen Bruchteil selber erzeugt. »Von dem Brotgetreide, das die Bevölkerung von Großbritannien und Irland zu ihrer Ernährung braucht, werden etwa vier Fünftel aus dem Ausland eingeführt, während der einheimische Ackerbau nur ein Fünftel deckt«, schrieb Dr. Plehn (London) schon 1906,²⁾ und seither ist der Abstand noch größer geworden. Vier Fünfteln einer Ware oder der Warenbesitzer durch einen Zoll auf ein Fünftel aufzuhelfen hat einen ganz andern Sinn als wenn man vier Fünftel eines großen Konsumkreises verteuern wollte, um einem Fünftel beizuspringen. Das Erträglichste und Einfachste wäre im letzten Fall offenbar das bounty, die direkte Prämie für das eine heimische Fünftel, während alsdann die fremden vier Fünftel weiter ohne Zollhemmnis in den Konsum eingehen. Deswegen findet die Prämienpolitik in Farmerkreisen eher Anklang als der Kornbauschutz nach kontinentalem Vorbild: durch Zölle, und deshalb wird die unmittelbare Subvention des Kornbaus durch Produktionsprämien gar nicht selten auch von außenstehenden Agrarreformern und sogar von englischen Sozialisten empfohlen.³⁾

¹⁾ Aus der alten englischen Antikornzollagitation ist das, für jene Zeit und für England sehr berechtigte Grundrentenargument unbesehen in die Eugen Richterschen ABC-Bücher der Agrarkrisenzeit übergegangen. Über den fundamentalen Unterschied, den einerseits unser kontinentales Eigentums- und Kapitalverschuldungssystem gegenüber dem insularen Pachtssystem, andererseits die Zeit stürzender Agrarpreise (wie seit dem Ende der siebziger Jahre) im Wesen und in der Wirkung des Agrarzolls hervorruft (Verteuerungszoll kontra Zoll zur Preissaturabwehr), siehe meine *Grundzüge der Handelspolitik* (Berlin 1902), besonders pag. 220 bis 224. Ich denke demnächst auf diese Grundrentenfragen wieder einmal eingehender hier zurückzukommen, umso mehr als gerade in dieser Richtung jetzt auf dem sozialdemokratischen Preußentag noch immer die seltsamsten Vorstellungen auftauchten.

²⁾ Siehe Plehn *Vieh- und Fleischpreise in England* in der *Zeitschrift für Agrarpolitik*, 1906, pag. 118.

³⁾ Siehe meinen Artikel *Ein loblicher Spottvogel über die Zollfrage in England* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, 1. Band, pag. 343 ff.

Indes, bei der Weizenbauprämie für die Inlandsproduktion scheidet wiederum die Möglichkeit der kolonialen Bevorzugung mehr als sonst aus. Denn der kolonialen Zufuhr, im Unterschied von den amerikanischen und argentinischen Importen, gleichfalls Prämien, wenn vielleicht auch niedrigere Prämien als dem Inland, zu zahlen verbieten sehr bald die einfachsten staatsfinanziellen Erwägungen. Ein Zoll füllt, solange Einfuhren nicht entbehrt werden können, jederzeit die Staatskasse. Ein Zollnachlaß für die Kolonien würde lediglich diese Auffüllung nicht mehr ganz so reichlich ausfallen lassen. Eine Prämie bringt nur Ausgaben für die Staatskasse; neben dem heimischen Anbau auch noch die koloniale Versorgung zu prämiieren ginge wahrscheinlich über die Kraft des waghalsigsten Staatsfinanzkünstlers hinaus.

Dies alles erklärt den ganz andern Rang des Agrarzollschutzes, oder doch wenigstens des Weizenbauzollschutzes bei den englischen Zollagitationen, von deren Anfang an. Dazu kommt aber neuerdings das Wiederanziehen der agrarischen Preise, das einerseits den Produzenten weniger schutzbedürftig erscheinen läßt als in der beängstigenden Periode der Agrarvollkrisis, und das andererseits den Widerstand der konsumierenden Massen gegen nochmalige, staatlich-künstliche Preiszuschläge mehr als je verstärken muß. In der Periode des 3 Pence-Zolls finden wir nach der amtlichen Statistik für den Quarter britischen Weizens die Jahresdurchschnitte: 1902 28 Shilling 1 Penny, 1903 26 Shilling 9 Pence. 1909, bei Zollfreiheit, war der Jahresdurchschnitt 36 Shilling 11 Pence, und im großen und ganzen hat sich neuerdings der Marktpreis überwiegend in dieser Höhe gehalten. Wenn also 1903 bereits der damalige Chamberlainsche Zukunftszollvorschlag von 2 Shilling pro Quarter auf eine zahlreiche Gegnerschaft in den Reihen der Unionisten selber stieß, wie soll man heute besonders Eifer in dieser Richtung erwarten, nachdem unterdes der freie Marktpreis allein schon um 9 und 10 Schilling gestiegen ist? Warum soll man diese alte Streitaxt gerade jetzt wieder ausgraben, wo man von der *Homerule*gesetzgebung einen starken Umschwung in den Wählermassen zugunsten des Unionismus und der Tarifreform im allgemeinen erhofft, wo man darauf brennt die Scharte der letzten Wahlen wieder auszuwetzen? »In der gegenwärtigen ernsten Situation, meine ich, sollte es für unsere Partei die erste Pflicht sein diese gewissenlose Regierung zu beseitigen«, schreibt Frederick Milner in den *Times* vom 2. Januar dieses Jahres. Ähnlich John Bailey am 6. Januar:

»Alle großen Siege sind durch Opposition und nichts als Opposition errungen worden. Der Angriff gegen Lord Beaconsfields auswärtige Politik gewann die Wahl von 1880, der Angriff auf *Homerule* die Wahl von 1886, während die von 1874, 1895 und 1906 jedesmal durch die Unbeliebtheit des unterlegenen Kabinetts und aller seiner Taten und Anläufe entschieden wurde. Bei keinem dieser Anlässe legte die siegreiche Gegenpartei dem Land ein eigenes ausgearbeitetes Programm vor; vielmehr lenkte sie die Aufmerksamkeit der Wählerschaft auf die Verwerflichkeit und Unfähigkeit der herrschenden Regierung.«

Die *Times* selber suchten am 2. Januar nachzuweisen, daß es durchaus nicht das Korn zu sein braucht, bei dem man durch Zoll und Zollnachlaß die Kolonien in ihrem Absatz zu begünstigen vermöge. Schon unter dem bestehenden Finanzzolltarif könne England beispielsweise die Weine und Tabake aus Südafrika zolldifferentiell bevorzugen; der Nutzen für Südafrika werde alsdann schon kein geringer sein. Tee und Zucker sind bereits früher häufig in ähnlicher Weise genannt worden:

»Ferner ist der Zolltarif auch gar nicht der einzige Weg zum Ziel der wirtschaftspolitischen Bevorzugung. Möglichkeiten zur Bevorzugung bieten Post- und Telegraphenvereinbarungen, und ebenso Verbesserungen und Verbilligungen im inter-imperialen Land- und Seeverkehr. Weiter gibt es Sonderbevorzugungen im Kredit- und Staatsfinanzwesen, was für die überseeischen Reichsteile oft sogar die wertvollste Begünstigung darstellt. Derartige Sonderbevorzugungen gewähren wir schon heute, und zweifellos werden wir sie in verstärktem Maß fortsetzen. Man hat die englischen Kapitalsanlagen innerhalb des Reichs auf die enorme Summe von 1652 Millionen Pfund Sterling [über 33 Milliarden Mark] geschätzt, oder etwa 32 Millionen Pfund Sterling mehr als unsere Investitionen in allen fremden Ländern zusammen; davon sind 391 Millionen Pfund Sterling nach Australien gegangen und 365 Millionen nach Kanada. Innerhalb der 3 Jahre, für die Ziffern vorliegen, hat Großbritannien durch öffentliche Emissionen in London 103 Millionen Pfund Sterling für Kanada, 30 Millionen für Südafrika, 29 Millionen für Australien und über 7 Millionen für Neuseeland, im ganzen mehr als 169 Millionen für diese 4 Dominien aufgebracht . . . Was Tarifreform und Präferenz anlangt, so bleibt diese [unionistische] Politik im Prinzip durchaus, was sie von Anfang an war. Die große Mehrheit der unionistisch Aufgeklärten bleibt der Überzeugung, daß die Zollbevorzugung für die einheitlichere Gestaltung des britischen Reichs genau so unentbehrlich ist wie sie es dereinst für die deutsche Einigung war. Das ist das Endziel, das sie vor Augen behalten, denn sie glauben, daß seine Verwirklichung den wirtschaftlichen Wohlstand des Reichs unendlich vermehren, allen Klassen der Reichsangehörigen besseres Gedeihen bringen, sie im Frieden fester verbinden und im Kampf doppelt unwiderstehlich machen würde.«

Bonar Law selber versuchte in seiner oben erwähnten Dezemberrede einen Mittelweg einzuhalten. Er wollte den Kolonien und einer neuen gemeinsamen Kolonialkonferenz die Entscheidung überlassen, ob zu einer wirk-samen Präferentialpolitik Lebensmittelszölle, im Sinn des grundlegenden Chamberlainschen Programms von 1903, unbedingt gehören. Bis jetzt haben jedoch die Kolonien wenig Neigung gezeigt sich diese Verantwortung zuschieben zu lassen.

Doch gleichviel, wie diese Einzelfrage der *food duties*, aus dauernden sachlichen Gründen oder aus vorübergehenden wahltaktischen Berechnungen, ausgefochten werden mag: von einer Preisgabe der Tarifreform und der Präferentialpolitik an sich kann man in keiner Weise sprechen. Es ist schließlich nur der selbe Vorgang, wie jahrelang bei den Liberalen mit der *Homerule*-forderung, die gleichfalls fortwährend Umgestaltungen erfuhr und vor den Wahlen häufig genug zurückgestellt wurde, und die dennoch unaufhörlich an Boden gewann und heute vor der Verwirklichung steht.

XXX

ROMAN STRELTZOW · PJOTR ALEXEJEWITSCH KRAPOTKIN



EORG Brandes sagt in seinem vor einem Jahrzehnt geschriebenen Vorwort zu Krapotkins *Memoirs of a Revolutionist*: »Zurzeit gibt es nur 2 große Russen, die für das russische Volk denken und deren Ideen der Menschheit gehören: Leo Tolstoj und Peter Krapotkin.« Diese Einschätzung des weltberühmten Anarchisten ist kaum völlig zutreffend. Sicher gehören Krapotkins Ideen der ganzen Menschheit, aber ebenso sicher scheint es mir, daß seine Denkarbeit für die anarchistischen Theorien nicht speziell »für das russische Volk« geleistet worden ist. Tatsächlich wurden so gut wie sämtliche politischen und sozial-

philosophischen Schriften Krapotkins zuerst weder in russischer Sprache verfaßt, noch hatten sie den russischen Leser besonders im Auge. Das ist durchaus nichts Äußerliches oder Nebensächliches; es beweist vielmehr klar, daß Krapotkins Gedankenarbeit nicht organisch aus der russischen Geistesgeschichte hervorwuchs. Wollte man aus dieser Geistesgeschichte zum Beispiel Tolstoj streichen, so wäre in den Zusammenhang der verschiedenen Ideensysteme in Rußland eine unausfüllbare Lücke gerissen. Sehr schwer dagegen dürfte man darin eine Stelle entdecken, die gerade Krapotkin und nur er allein ausfüllt, oder eine Zeitperiode aufzeigen können, für die Krapotkin den schärfsten gedanklichen Ausdruck geliefert hätte. Für die russische Geschichte war Krapotkin stets ein Außenseiter. Nicht etwa deshalb, weil er zum Emigrantentum verurteilt war. Auch Herzen, Lawrow und Plechanow mußten ihre Tätigkeit im Exil ausüben, aber ihre Arbeit ist so eng mit dem russischen Leben und der russischen Geschichte verknüpft, daß man sie aus der geschichtlichen Kette nicht herauslösen könnte, ohne einen tiefen Riß in diese Kette zu reißen. Krapotkin umgekehrt bleibt stets draußen, nicht weil er seit 1876 fern von Rußland lebte, sondern weil seine Tätigkeit auf ein Ziel gerichtet war, das außerhalb Rußlands lag. Er dachte in erster Reihe an die ganze Menschheit, und nur weil seine Heimat auch einen Teil der Menschheit darstellt, ist seine Denkarbeit auch für sie von Bedeutung.

Aber wenn mir Krapotkins Geistestätigkeit nicht organisch mit der russischen Gedankenwelt verknüpft scheint, so will ich damit nicht sagen, daß seine geistige Persönlichkeit ihr Gepräge nicht stark aus der russischen Umwelt empfing. Krapotkin ist gerade ein typisches Produkt der russischen Geschichte; so gut wie alle Elemente seiner Psyche entstammen der russischen Erde. In dem russischen Dorf, unter der russischen Dienerschaft erwuchs ihm die Liebe zu dem *niedern Volk*, durch das, was er unter den russischen Leibeigenen mitansah, wurde er zum Hasser jeder Tyrannei und Unterdrückung. Der russische Wald pflanzte in ihn die rührende Liebe zur Natur, die zerstörende Macht des russischen absoluten Despotismus trieb seine sozialen Ideen zu dem entgegengesetzten Pol, zur absoluten Herrschaftslosigkeit. Und zu diesen allgemeinen Einflüssen gesellten sich die Erlebnisse in der Familie und in seinem Schulleben im Pagenkorps. Eine große Wirkung übte auf sein Gemüt der frühe Verlust der zärtlich geliebten Mutter. Der Eindruck ihres Todes auf den 3½jährigen Knaben war so stark, daß er, wie dies in seinen Memoiren zu ergreifendem Ausdruck kommt, noch in voller Gewalt vor dem Geist des erwachsenen Mannes steht. Diese Mutter wurde nicht nur von ihren Kindern schwärmerisch geliebt, sie war auch der Abgott der leibeigenen Bauern und der Dienerschaft, die sie stets in Schutz nahm. Nach ihrem Tod wandten die Bauern ihre Zuneigung den beiden verwaisten Knaben zu (Krapotkin hatte einen um 1½ Jahre ältern Bruder), die diese Liebe mit herzlicher Anhänglichkeit und Treue vergalt. Zwischen der Dienerschaft und den Knaben bildete sich bald ein stillschweigendes Bündnis gegen den alten fürstlichen Vater und die fürstliche Stiefmutter; dieses Bündnis wurde für Krapotkins Charakterbildung ungleich bedeutungsvoller als die pädagogischen Einwirkungen seiner Eltern und Erzieher. In gleichem Sinn beeinflusste ihn später die Lektüre der bauernfreundlichen Gedichte Nekrassows, die er teil-

weise auswendig kannte. Die verbotenen Dichtungen Puschkins, Lermontows, Alexej Tolstoj's und des hingerichteten Dekabristen Rylejew machte ihm dann sein Lehrer, ein junger russischer Student, zugänglich; er wies ihn auch auf Herzen und Gogol und pflanzte die Hochachtung vor diesen Männern in die Seele des Knaben. Als der 15jährige Aristokrat endlich nach Petersburg ging, um auf den Wunsch seines Vaters in das exklusivste Pagenkorps einzutreten, war er durch all diese Einflüsse schon so gestimmt, daß ihm die glänzende Laufbahn, die ihm bevorstand, als ein Unglück erschien. Das Leben in dem hochfeudalen Korps mußte natürlich in solch einem Jüngling die Opposition gegen seine Umgebung nur noch verschärfen und die demokratische Richtung seines Denkens um so tiefer befestigen. Nur die anerzogene Liebe zu der Person des Zaren lebte während dieser Zeit noch in ihm fort, wozu die freiheitliche Strömung der ersten Regierungsjahre Alexanders II. stark beigetragen haben mag. Als der kaum 17jährige Korpszögling im Jahr 1859 eine revolutionäre *Zeitung* (in 3 mit der Hand geschriebenen Exemplaren) herauszugeben begann, war er noch vollkommen Konstitutionalist und plädierte warm für die Notwendigkeit einer Verfassung in Rußland. Am Tag der Bauernbefreiung glühte er vor Freude und sang im Theater mit der begeisterten Menge: »Gott schütze den Zaren!« Später, als er zum Kammerpagen des Zarbefreiers avanciert war und das seelenlose Treiben des Zarenhofs in nächster Nähe beobachten konnte, kühlte sich seine Begeisterung freilich rasch ab.

Die Opposition gegen das russische Hofleben trieb Krapotkin nun in die Reihen der demokratischen Jugend, die damals die Universitäten überfüllte. Nach der Absolvierung des Pagenkorps zwang ihn aber die materielle Abhängigkeit vom Vater eine Anstellung in dem fernen Ostsibirien zu suchen. Die 5 Jahre, die er dort verlebte, waren für ihn die »hohe Schule zur Erkenntnis des Lebens und des menschlichen Charakters«. In seinen Memoiren erzählt er: »Ich kam in Berührung mit Leuten verschiedenster Art, mit den allerbesten und mit den allerschlechtesten, mit solchen, die auf der Oberstufe der gesellschaftlichen Leiter stehen, und mit solchen, die ganz unten ihr Leben fristen: mit den Vagabunden und den sogenannten *unverbesserlichen Verbrechern*. Ich hatte die Möglichkeit die Bauern in ihrem täglichen Leben zu beobachten und konnte mich überzeugen, wie wenig ihnen eine Regierung geben kann, wenn sie auch noch so stark von den besten Absichten beseelt ist.« Und seine immerwährenden Reisen in der kulturlosen Gegend erbrachten für seine spätere Lebensanschauung sozusagen den experimentellen Beweis, daß »der Mensch in Wirklichkeit nicht besonders viel braucht, sobald er nur aus dem Zauberkreis der konventionellen Zivilisation heraustritt. Mit einigen Pfund Brot und mit einem kleinen Vorrat von Tee, mit einem Kessel und mit einer Axt am Sattel fühlt sich der Mensch wunderbar unabhängig, sogar zwischen den unbekannten Bergen, die von einem dichten Wald oder von tiefem Schnee bedeckt sind.« Einen weitem Beitrag zu seinem spätern System lieferten die Erfahrungen, die er bei seiner administrativen Tätigkeit in Sibirien sammelte. Die weite Entfernung vom Mittelpunkt des Reichs und die strenge Zentralisation der absolutistischen Verwaltung lähmten natürlich oft jede Initiative in der Arbeit und erzeugten eine unheilvolle Korruption. Diese Beobachtungen lösen in ihm schließlich die Überzeugung aus, daß die Verwaltungsmaschinerie dem Volk

keinerlei Nutzen bringen könne, und daß die eigentliche Quelle alles Übels in den Einrichtungen liege. »Der Mensch ist besser als die Einrichtungen«, und wenn er nur von ihnen loskäme, könnte noch etwas Gescheites aus ihm werden. Sibirien wurde für Krapotkin somit nicht nur eine Schule des Lebens sondern auch eine Schule der Doktrin. Und das nicht allein nach der negativen und kritischen Seite hin. Die Bekanntschaft mit dem halbkommunistischen Leben der Duchoborensekte, die nach Ostsibirien ausgewandert war, wie mit den Lebensverhältnissen der nomadenhaften Fremdstämme gab ihm gewisse Fingerzeige, ließ ihn Bausteine zum positiven Aufbau seiner Ideale zusammentragen. Krapotkins *Anarchismus*, so wenig russisch er auch ist, wurzelt gleichwohl in seinen russischen Erfahrungen; die Berührung mit der westeuropäischen Bewegung brachte ihm nur die letzte theoretische Formulierung.

Diese Berührung vollzog sich im Jahr 1872, als der 30jährige Offizier zum erstenmal nach Belgien und der Schweiz kam. Mit großem Eifer warf er sich dort auf das Studium der internationalen Arbeiterbewegung, er trat auch der Organisation der *Internationalen* bei. Hier, in einer Arbeiterversammlung entschloß sich Krapotkin sein Leben der Revolution zu weihen. Was in Rußland allmählich keimte, kam hier bereits zum Durchbruch. Die Eindrücke, die er hier gewann, bewirkten, daß Krapotkin endgültig mit seiner Klasse brach und sich in den Dienst des arbeitenden Volkes stellte. Von dieser Zeit an streifte er seine aristokratische Vergangenheit ab, und sein Leben gewinnt, wenn nicht einen wesentlich neuen Inhalt, so doch eine vollkommen neue äußere Form. Er wird zum Mitglied des *unterirdischen Rußlands*. Je intensiver er sich nun der internationalen Bewegung widmete, desto notwendiger wurde es für ihn sich über die beiden Richtungen klar zu werden, die sich damals in ihr bekämpften. Es ist psychologisch leicht erklärlich, daß er dem parlamentarischen Sozialismus bald den Rücken kehrte und seine Sympathieen dem föderalistischen Bakunismus zuwandte. Ihn, der den Zentralismus in seiner absolutistisch-bureaukratischen Gestalt haßte, schreckte auch der Zentralismus der Sozialisten ab, dessen Notwendigkeit er nicht zu erkennen vermochte. Denn seiner ganzen Natur mangelte es an der eigentlichen Begabung zur Politik. Krapotkin ist eine durchaus unpolitische Natur auch in dem Sinn, daß ihm das Interesse für die politischen Bedürfnisse des Tages fehlt. Er wäre schwerlich imstande polemisch in die Ereignisse des Augenblicks einzugreifen, sich mit dem einzelnen politischen Gegner auseinanderzusetzen, sich in den wechselnden Forderungen der Gegenwart kämpfend zu behaupten. Krapotkin ist nicht Politiker sondern Gelehrter, seine Schriften sind nicht politische, sie sind sozialphilosophische Arbeiten. Die Hinneigung zur Forschung und Betrachtung beherrscht ihn ungleich stärker als der Wille zum Handeln. Seine kurze revolutionäre Tätigkeit in Rußland trug lediglich propagandistischen, gar nicht politischen Charakter. 2 Jahre lang leistete er diese Propagandarbeit, die hauptsächlich darin gipfelte die Kenntnis der Ereignisse in der westeuropäischen Arbeiterbewegung in Rußland zu verbreiten. Dagegen fehlte völlig ein klarés Arbeitsprogramm für die nächste Zukunft. Und als die Arbeiter schließlich die heikle Frage stellten, was denn nun geschehen sollte, da mußte man ihnen die Antwort geben: Wir müssen agitieren und die vernünftigen Leute zusammenzubringen suchen; wenn dann unserer mehr

sind, werden wir sehen, was zu tun ist. Aus den anarchistischen Prinzipien heraus, die Krapotkin aus dem Ausland mit nach Hause gebracht hatte, konnte eine andere Antwort freilich kaum gefunden werden.

Krapotkin blieb seinen apolitischen Ideengängen treu, auch als er nach seiner Verhaftung und kühnen Flucht wiederum ins Ausland kam. In den Artikeln, die er für die von ihm mitbegründete Zeitschrift *Le Revolté* schrieb, versuchte er seine Ideen zu systematisieren und seinem *Anarchismus* eine theoretische Grundlage zu geben. Diese theoretische Arbeit setzte er später fort; er untersuchte besonders die Entwicklungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft und die wachsende Bedeutung der »gegenseitigen Hilfe« bei Tieren und Menschen. Besondere Wichtigkeit für das Krapotkinsche System hat dabei seine Feststellung, daß »die gegenseitige Hilfe ein ebensolches Naturgesetz, ist wie der Kampf ums Dasein«. Diese Feststellung ist die eigentliche Grundlage seines theoretischen Lehrgebäudes, und erst von diesem Punkt aus lassen sich seine Anschauungen restlos verstehen.

Eine Darstellung und Kritik dieser theoretischen Meinungen kann nicht die Aufgabe dieser kurzen Skizze sein, die nur in ein paar flüchtigen Strichen die Persönlichkeit des Mannes andeuten sollte, jetzt, da er 70 Jahre alt wurde. Von unserm sozialistischen Standpunkt aus können wir natürlich Krapotkin in seinem *Anarchismus* nicht folgen (wenn er auch nur ein von reiner und schöner Gesinnung errichtetes Gedankengebäude darstellt und mit der Praxis etwa der romanischen Anarchisten keinen Berührungspunkt hat). Wir denken uns den positiven Aufbau und die Gestaltung der Zukunft anders. Und doch müssen auch wir dem Menschen Krapotkin huldigen. Denn sein ethisches Wollen ist von der Liebe zum Menschen bestimmt, den es von Not und Bedrückung zu befreien gilt. Und alle Verschiedenheit der theoretischen und praktischen Anschauung darf uns nicht blind machen für die Wesensgleichheit der Motive seines Systems und des Sozialismus.

XX

EDMUND FISCHER · DER SCHUTZ DER GEISTESKRANKEN UND DER GESELLSCHAFT VOR IHNEN



UF die Anfrage der Abgeordneten van Calker und Schiffer, ob der Reichskanzler noch vor der allgemeinen Reform des Strafrechts gesetzgeberische Maßnahmen herbeizuführen gedenke, um einen wirksamen Schutz gegen Verbrecher zu gewähren, die wegen Geisteskrankheit außer Verfolgung geblieben oder freigesprochen worden sind, antwortete der Staatssekretär des Reichsjustizamts in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1912, daß es sich dabei um eine einschneidende Neuerung handle, die nur im Zusammenhang mit der Reform des Strafgesetzbuchs entschieden werden könne. Da wohl mindestens noch ein Jahrzehnt vergehen dürfte, bis die Reform des Strafrechts zum Abschluß gelangen kann, so wird man sich bis dahin mit den bestehenden landesrechtlichen Vorschriften über die Unterbringung krimineller geisteskranker Personen abfinden müssen. Diese Vorschriften sind aber zum Teil sehr mangelhaft. In Preußen wird durch eine Verordnung des Justizministers vom Jahr 1882 bestimmt, daß, wenn ein Gefangener wegen Geisteskrankheit aus dem Gefängnis zu entlassen ist, dieser Entlassungsgrund in der be-

treffenden Verfügung des Gerichts respektive der Strafvollstreckungsbehörde ausdrücklich anzugeben ist, und daß alsdann der Gefängnisvorsteher den Gefangenen der Polizeibehörde des Entlassungsorts zu überweisen hat. Hiervon kann aber auch dann abgesehen werden, wenn der Geisteskranke bei der Entlassung seinen Angehörigen oder seinem Vormund übergeben wird, und hierdurch nach dem Ermessen des Gefängnisvorstehers eine Gefängnisfahrt für den Entlassenen selbst wie für dritte Personen ausgeschlossen erscheint. Diese Verordnung bezieht sich nur auf Untersuchungsgefängnisse und Gefangene, nicht aber auf alle auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuchs Freigesprochenen. Zwar bestehen auch noch spätere Verfügungen, und fast allgemein ist die Gewohnheit von der Freisprechung oder Außerverfolgung der Gerichtsbehörden die notwendigen Schritte, und nicht immer erfolgen von der Verwaltungsbehörde die Notwendigkeit weiterer Schritte anerkannt. Und außerdem weisen die einzelnen Provinzen die größte Verschiedenartigkeit in der Behandlung krimineller und gefährlicher Geisteskranker auf. So kommt es, daß in Preußen Geisteskranke, deren Gemeingefährlichkeit festgestellt, freigelassen werden, zu ihrem eigenen und anderer Menschen Unglück. Ebenso mangelhaft sind noch die Einrichtungen der anderen Bundesstaaten. In der Regel bestimmt es der Arzt, ob der Kranke nach dem Ausscheiden aus dem Strafvollzug oder nach seiner Freisprechung in die Freiheit entlassen werden soll. Das wäre an sich das allein Richtige, wenn der Arzt stets ein genügend vorgebildeter Psychiater wäre.

Die Vorschläge für eine Reform des Schutzes gegen gefährliche Geisteskranke und des Irrenschutzes im allgemeinen wird man getrost den Fachleuten überlassen müssen. Und das sind die Psychiater. Es ist bedauerlich, daß diese Reform so lange auf sich warten läßt. Trotzdem kam in der Anfrage der Abgeordneten van Calker und Schiffer (obwohl sie einen Mißstand betraf, und die Antwort unbefriedigend ausfiel) ein wesentlicher Fortschritt zum Ausdruck. Denn sie ließ erkennen, daß immer mehr Verbrecher als Geisteskranke erkannt werden, und somit verhütet wird, daß ein Kranker dem Gefängnis oder Zuchthaus überliefert wird anstatt der Krankenanstalt. Langsam ist die Erkenntnis im Reifen, daß die meisten Verbrecher geistig kranke oder doch wenigstens geistig nicht normale Menschen sind. Nur eine von dieser Erkenntnis getriebene Entwicklung kann zu einer humanen Behandlung der Rechtsbrecher und schließlich zu einer Überwindung des Verbrechens führen. An den meisten Universitäten hören auch bereits die Juristen (leider noch nicht obligatorisch) Vorlesungen über Psychopathologie, und es wäre nur ein logisches Weiterschreiten auf der nun betretenen Bahn des Fortschritts, wenn die Forderungen des Professors Dr. Aschaffenburg bald ihre Verwirklichung fänden: die Grundlagen der forensischen Psychopathologie zum Gegenstand der juristischen Staatsprüfung zu machen und an den Universitäten Verbrecherkliniken zu errichten, in denen der zukünftige Richter die Möglichkeit erhält am lebenden Objekt, unter fachmännischer Leitung Kranke zu beobachten, einen Einblick in die Formen der geistigen Erkrankung zu tun, die Schwierigkeiten der Beurteilung diskutieren zu können.¹⁾ Aber die Zahl der Richter und Ver-

¹⁾ Siehe Aschaffenburg *Die Sicherung der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geisteskranken* / Berlin 1912 /, pag. 228.

waltungsbeamten ist noch sehr groß, die den modernen psychiatrischen Forschungen verständnislos gegenüberstehen und deshalb den Bestrebungen der Psychiater entgegenwirken. Selbst die meisten Ärzte haben keine genügende psychiatrische Vorbildung; daher kommt es, daß so viele geistigen Erkrankungen erst viel zu spät erkannt werden. Aber auch in der Sozialdemokratie werden immer noch Stimmen laut, die einen Schutz der geistig Gesunden gegen die Psychiater und deren Forderungen für notwendiger erachten als einen Ausbau des Schutzes der Gesellschaft gegen die Geisteskranken.

Es ist selbstverständlich, daß ein geisteskranker Verbrecher, der vom Gericht auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuches freigesprochen oder wegen seines Gesundheitszustandes bereits vor der Verhandlung außer Verfolgung gesetzt worden ist, nun so lange in Verwahrung genommen wird, bis der Arzt seine Entlassung für unbedenklich hält und genehmigt. Aber ist es nicht geradezu unverantwortlich erst zu warten, bis der Geisteskranke ein Verbrechen begangen hat, anstatt ihn vorher in Verwahrung zu nehmen? Das geschieht auch bei Kranken, die direkt wahnsinnig und tobsüchtig oder so verblödet sind, daß sie sich überhaupt nicht in der menschlichen Gesellschaft bewegen können. Zwischen der Ohnmacht, als der untersten Stufe der geistigen Erkrankung, und der völligen Verblödung gibt es jedoch unzählige Variationen von Geisteskrankheiten. Und gerade diejenigen sind am gefährlichsten, deren Erkrankung am schwierigsten zu erkennen ist. Der Paralytiker kann in den ersten Anfängen der Krankheit zum Mörder seiner Angehörigen werden; sobald die Gehirnerweichung ein höheres Stadium erreicht hat, ist er ungefährlich. Nun kann man selbstverständlich nicht alle degenerierten Epileptiker, Hysterischen, alle Paralytiker usw. einsperren; das hat auch noch niemand gefordert. Mit der Gefährdung der öffentlichen Rechtssicherheit, mit Schreckenstaten durch Geisteskranke wird man stets rechnen müssen, etwa wie mit den Betriebsunfällen der Eisenbahnen. Sie sind nicht ganz zu vermeiden, weil sich zuweilen geistige Erkrankungen so plötzlich entwickeln, oder bei einem jahrelang ruhigen Kranken so schnell Erregungszustände schwerster Art entstehen können, daß die Umgebung ernstester Gefahr ausgesetzt ist. Aber alle Kranken, deren Gemeingefährlichkeit erkannt worden ist, sollten in entsprechenden Anstalten untergebracht werden. Das ist nicht nur im Interesse der Gesellschaft sondern auch der Kranken selbst zu verlangen. Zahlreiche Verbrecher werden heute zu einer Reihe von Jahren Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt, deren geistige Abnormität oder Krankheit von den Psychiatern erkannt wird, und von denen mit der festesten Sicherheit zu erwarten ist, daß sie abermals ein schweres Verbrechen begehen werden, sobald sie wieder in Freiheit sind. Trotzdem müssen sie nach unserer heutigen Rechtsordnung freigelassen werden, zu ihrem eigenen und anderer Menschen Verderben, weil ihre Geisteskrankheit nicht unter den § 51 fällt. Zahlreiche gefährliche Geisteskranke werden aber auch aus rein materiellen Gründen nicht interniert. Ist eine Familie vermögend, dann muß sie für die Anstaltskosten ihres geistig erkrankten Mitglieds aufkommen; andernfalls der Armenverband. Nicht besonders wohlhabende Familien zögern deshalb sehr, bevor sie den Kranken in eine Anstalt bringen lassen. Das gleiche Verhalten zeigen aber auch die Armenverbände. Schon aus diesen Gründen ist es töricht

zu glauben, daß heute noch nicht wenige geistig gesunde Menschen ins Irrenhaus gebracht würden. Das strikte Gegenteil ist der Fall: daß für die geistig Kranken insofern noch mangelhaft gesorgt ist, als ihre Unterbringung in eine Anstalt sehr oft unterlassen wird oder zu spät erfolgt — nachdem ein Unglück geschehen ist.

Nun wird vor allem eingewendet, daß die gegen die Verbrecher verlangten Sicherheitsmaßnahmen (Internierung noch bevor ein Verbrechen begangen worden ist, also die verbrecherische Neigung zweifelsfrei feststeht, Verurteilung auf unbestimmte Zeit usw.) zur schrecklichsten Willkür, zur Unschädlichmachung unliebsamer Personen und zu den ungeheuerlichsten Justizirrtümern und grenzenlosen Ungerechtigkeiten führen müßten oder könnten. Gegenüber der Forderung auf Internierung der Gemeingefährlichen in Gefängnissen oder Zuchthäusern ist dieser Einwand auch völlig berechtigt. Aber er ist unberechtigt, sofern man in den Verbrechern, gegen die sich die Sicherheitsmaßnahmen richten sollen, Geisteskranke sieht und sie als solche behandelt, das heißt sie in Irrenanstalten unterbringt, und ihre Internierung nur auf Veranlassung von Psychiatern erfolgen soll. Die modernen Irrenanstalten unterscheiden sich kaum noch von den anderen Krankenhäusern. In nichts, schreibt Aschaffenburg in seinem oben zitierten, vortrefflichen Buch, es sei denn darin, daß die Räume etwas größer und freundlicher sind, die Zahl der Pflegerinnen und Pfleger etwas größer ist, und die Türen einzelner Abteilungen geschlossen sind. Nichts mehr von Gittern und dumpfen Zellen, erst recht nichts von Zwangsjacken und mechanischem Zwang. »Ich habe in 20 Jahren psychiatrischer Tätigkeit nur in ausländischen Anstalten noch Kranke mit Zwangsjacken selbst gesehen, abgesehen von einigen wenigen Fällen, in denen zum Transport eine Zwangsjacke (meist überflüssig) benutzt worden war. Und die jüngere Generation der Psychiater dürfte wohl die Zwangsjacke, wie wir die anderen Apparate früherer therapeutischer Verirrungen, nur noch in Museen kennen lernen.« Die neuesten Irrenanstalten, die ich besichtigt habe, gleichen von außen einer prächtigen Villenkolonie. Und jeder, der sich einmal eine solche moderne Anstalt ansah, mußte die inneren Einrichtungen loben. An der Spitze dieser Anstalten stehen fast durchweg hervorragende Psychiater, Gelehrte von Ruf, zu denen man das Vertrauen haben kann, daß sie in den Insassen nur Kranke sehen und sie auch keinen geistig Gesunden wider besseres Wissen in der Anstalt zurückhalten werden. Nur die Internierung in solchen Krankenanstalten darf als Sicherungsmaßnahme gegen Verbrecher in Betracht kommen. Von einem geistig gesunden Menschen kann niemals angenommen werden, daß er sicher ein Verbrechen begehen werde. Ein geistig Kranker gehört aber in kein Gefängnis oder Zuchthaus sondern ins Krankenhaus. Wenn dem zur Internierung Ausersehenen ein Rechtsbeistand und nach seiner Internierung ein Berufsvormund gestellt wird, der Beschluß in einem geordneten öffentlichen Verfahren gefaßt werden muß, kann man erwarten, daß die Sicherungsmaßnahmen weit weniger Ungerechtigkeiten und Irrtümer zu verzeichnen haben werden als die heutige Strafjustiz. Und die Sicherungseinrichtungen werden nicht nur zum Schutz der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geisteskranke dienen sondern auch ein Schutz für die Geisteskranken selber sein, die vor dem Gefängnis, dem Zuchthaus und unzähligen Quälereien bewahrt werden.

Die Unterbringung geistig gesunder Menschen in eine Irrenanstalt ist heute eine seltene Ausnahme geworden, schon deshalb, weil nur reiche Personen davon betroffen werden können. Sie kann gelegentlich vorkommen, um einen reichen Rechtsbrecher vor Strafe oder Schande zu bewahren (also im Interesse und mit Willen des Internierten) oder um eines materiellen Vorteils halber. Die Internierung erfolgt denn auch fast nur in Privatanstalten. Ob es Psychiater gibt, die wider besseres Wissen einen solchen Menschen für krank erklären, weil sie dadurch einen reichen Patienten für ihre Privatklinik erhalten, kann ich nicht wissen, aber auch nicht glauben; ich möchte es jedenfalls nicht behaupten. Kein Arzt kann einen Kranken in seiner Klinik gegen dessen Willen zurückhalten, solange die Entmündigung nicht erfolgt ist, und diese wird in einem gerichtlichen Verfahren vorgenommen. Dieses Entmündigungsverfahren ist nun heftigen Anklagen ausgesetzt, und es gibt sogar einen *Schutzbund gegen Freiheitsberaubung und ungerechte Entmündigung*, dessen Organ, *Die Irrenrechtsreform*, in seiner letzten Nummer wieder ein Reichsirrengesetz verlangt, »als Erlöserin von schmachvollen Zuständen in einem Staat, der doch ein Rechtsstaat sein will«. Der verstorbene Abgeordnete Lenzmann und andere haben früher auch öfters im Reichstag eine gründliche Reform des Entmündigungsverfahrens und der Irrenbehandlung verlangt. Und Reformen werden wohl auch angebracht sein. Aber seit Lenzmanns letzter Rede über diese Frage, das heißt seit ungefähr 15 Jahren, hat die Aufklärung über das Wesen der Geisteskranken wesentlich zugenommen, ist das Vertrauen zur Psychiatrie fortgesetzt gewachsen, und man hat mehr und mehr erkannt, daß es sich bei den angeblichen Opfern, den zu Unrecht Entmündigten oder in einem Irrenhaus Internierten, in der Regel doch um Geisteskranke handelt, deren Krankheit dem Laien nur schwer erkennbar ist. An den Reichstag gelangen fast jedes Jahr Hunderte von Petitionen von Personen, die behaupten zu Unrecht für geistig krank erklärt und entmündigt worden zu sein. Und ein jeder, der Gelegenheit hat diese Petitionen zu lesen, muß gestehen, daß in der Regel das eine Schriftstück genügt, um sich davon zu überzeugen, daß der Verfasser ein geistig nicht gesunder Mensch ist. Die Geisteskranken und Entmündigten, die glauben, daß ihnen Unrecht geschehen sei, setzen ihre letzte Hoffnung vielfach auf die sozialdemokratische Presse oder die sozialdemokratischen Abgeordneten, deren Hilfe sie anrufen. Die zahlreichen Entmündigten, darunter Fabrikbesitzer, die innerhalb 20 Jahren bei mir Rat oder Hilfe suchten, haben mir sämtlich nur die Überzeugung beibringen können, daß sie in der Tat geisteskrank waren, die Entmündigung für sie eine Wohltat war. Das hat freilich nicht verhindert, daß sie hier und da doch schließlich noch jemand fanden, der sich ihrer öffentlich annahm, aus voller Überzeugung für eine gute Sache zu kämpfen, bis er am Ende erkannte, daß er es doch mit einem Geisteskranken zu tun hatte. Jedenfalls steht es fest, daß die Entmündigung eines geistig gesunden Menschen nur selten vorkommt. Der Fall Peill beweist nicht das Gegenteil. Der Kreisarzt Dr. Fewson (Ahrweiler), Professor Dr. Aschaffenburg (Köln), Geheimrat Dr. Erlenmaier (Bonn) und Oberarzt Dr. Lückerrath (Bonn) erklärten, Frau Peill sei geistig nicht gesund, was bei einer 80 Jahre alten Frau nichts Außergewöhnliches wäre. Es lag aber kein öffentliches Interesse vor die sehr reiche Frau in eine Irrenanstalt zu sperren. Und wenn es selbst fest-

stehen sollte, daß Frau Preill geistig gesund sei, so handelt es sich eben um einen jener Irrtümer, die man zu den Ausnahmen zählen muß.

Daß ein Irrsinniger entmündigt und unter Vormundschaft gestellt werden muß, dürfte wohl von keiner Seite bestritten werden. Hierbei spielen keineswegs lediglich persönliche, sondern zum Teil auch öffentliche Interessen mit. Die ganze Frage ist nur eine Grenzfrage: Wie groß muß die Geistesschwäche sein, damit sie eine Entmündigung rechtfertige? Das kann aber stets nur ein Psychiater entscheiden. Und wie deshalb das Entmündigungsverfahren auch gestaltet werden soll, immer wird es in letzter Linie auf die Gutachten der Sachverständigen ankommen müssen. Vom gerichtlichen Entmündigungsverfahren ist aber das Schicksal des Geisteskranken überhaupt abhängig. Die vorläufige Aufnahme in eine Irrenanstalt kann von keiner gerichtlichen Entscheidung abhängig gemacht werden; sie muß erfolgen, wenn ein Psychiater sie für notwendig hält. In der Regel erfolgt die Einlieferung geistig erkrankter Personen zuerst in eine städtische Bewahranstalt, in ein Siechenhaus und dergleichen. Die Aufnahme erfolgt hier ohne jede Formalität, und bisher sind noch keine Beschwerden darüber laut geworden: ein Beweis dafür, daß in öffentliche Anstalten für Geisteskranke nur selten einmal jemand zu Unrecht gebracht wird.

Die Angriffe gegen die Irrenärzte haben keine andere Bedeutung, als diejenigen, die gegen die Mediziner gerichtet worden sind und noch werden. Vor 2 Jahrzehnten und noch später wurden die Bakteriologen (und die Mediziner im allgemeinen) in den Organen der Impfgegner und Naturheilkundigen nur als Verbrecher bezeichnet. Heute erkennt die ganze Menschheit den großen Segen, den ihr die Bakteriologie gebracht hat. So geht es auch mit der Psychopathologie. Es sind in der Regel auch nur die geistigen und politischen Reaktionäre, die heute noch nur Simulanten, Böswillige, Arbeitsscheue, Säufers, Rohlinge und Verbrecher sehen wollen, selbst wo es sich offenkundig um kranke Wesen, um arme Psychopathen oder Irrsinnige handelt. Sie sind es auch meistens, die der psychiatrischen Erkenntnis entgegenarbeiten. Zu einem Mißtrauen gegen die Psychopathologie liegt aber so wenig Anlaß vor wie zu einem Mißtrauen gegen die medizinische Wissenschaft im allgemeinen. Und wie den körperlich Kranken so kann und soll man auch den geistig Kranken dem Arzt übergeben. Wenn dadurch auch der geistig Kranke zeitweilig oder dauernd seine Freiheit verliert, so ist es doch zweifellos für ihn immer noch besser, er wird in guten Heilanstalten sorgsam gepflegt, als daß er, wie es bisher der Fall war und noch ist, sein Leben abwechselnd zwischen Gefängnissen, Zuchthäusern, Arbeitsanstalten und dem Straßengraben verbringt. Nicht alle Geisteskranken brauchen interniert zu werden; aber neben den gemeingefährlichen auch diejenigen harmlosen Geistesschwachen, denen es unmöglich ist in der Gesellschaft zurecht zu kommen. Die Freiheit des psychopathischen Landstreichers und des geisteskranken Säufers hat keinen Wert, und die gewaltsame Internierung dieser bedauernswerten Kranken ist für sie selbst eine Wohltat und gesellschaftlich geboten. Dafür muß freilich gesorgt werden, daß nichts ohne die Anordnung des Arztes geschieht, daß ein rechtlicher Schutz gegen Willkür vorhanden ist, und daß die Kranken auf das beste gepflegt und behandelt werden, und sie ihre völlige Freiheit erhalten, sobald sie vom Arzt für gesund befunden werden.

Die zu schaffenden Einrichtungen ergeben sich von selbst, sobald man sich auf den Boden der modernen psychopathologischen Erkenntnis stellt, aus dem heraus nicht nur der nötige Schutz der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geisteskranken wachsen kann, sondern auch der gesellschaftliche Schutz, auf den die Geisteskranken und Geistesschwachen Anspruch haben.

LUDWIG RADLOF · DER SOZIALISMUS UND DER EINZELNE

EDER, der die Werke des Karl Marx kennt, weiß, daß der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus zwar sehr viel über den Kapitalismus zu sagen weiß, dagegen sehr wenig über die Struktur der neuen sozialistischen Gesellschaft. Marx betont ja übrigens im Vorwort zum *Kapital* selbst ausdrücklich, daß er sich die Aufgabe gestellt habe die Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu enträtseln. Das gleiche gilt von Friedrich Engels. Diese Tatsache ist sehr erklärlich. Als Marx starb /1883/, stand zwar der Kapitalismus längst noch nicht auf dem Gipfel seiner Macht, die sozialistische Bewegung aber existierte erst in den bescheidensten Anfängen. Bei Friedrich Engels' Tode /1895/ war sie freilich schon üppig ins Kraut geschossen. Was aber bedeutete sie schließlich auch damals gegenüber dem Kapitalismus, der sich inzwischen gewaltig entfaltet hatte, und was bedeutete noch immer das Heer der sozialistischen Arbeiter gegenüber den vielen Millionen Proletariern, die völlig abseits vom Kampf standen? Auch heute wissen wir sehr wohl, daß wir noch längst nicht den Bergesgipfel erklommen haben, der uns den Blick in das ersehnte sozialistische Land erschließt. Noch liegen gar zu viele Kurven, Zickzacklinien und Übergänge vor uns, das erhoffte Endziel winkt erst in weiter Ferne. Daß wir ihm dennoch ein gutes Stück näher gerückt sind, und zwar auf *reformistischem* Weg, das brauche ich hier vor den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* wohl nicht erst zu betonen.

Der historische Materialismus (oder, wie man ihn auch bezeichnet hat, die ökonomische Geschichtsauffassung) ist einer der Gedankenblöcke, die Marx vor uns aufgetürmt hat. Sie unterscheidet in dem berühmten Marxschen Programmsatz den rein wirtschaftlichen Unterbau, auf dem sich das gesellschaftliche Leben der Menschen aufbaut, und den Überbau: die geistigen Potenzen, Sitte, Recht, individuelle Eigenschaften usw. Diesem Überbau weist der Marxismus nur eine untergeordnete Rolle in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu, während die Vertreter der andern Geschichtsauffassung dem Individualismus, den individuellen Eigenschaften der einzelnen, gerade die entscheidende Bedeutung beimessen. Welche dieser Anschauungen ist die richtige? Über den historischen Materialismus sagt Paul Lafargue: »Marx hat seine Theorie der Geschichtsauffassung nicht in einem Lehrgebäude mit Axiomen, Theoremen, Haupt- und Hilfssätzen vorgebracht: sie ist für ihn nur ein Forschungsmittel.« Diese Auffassung ist »ein neues Werkzeug, das Marx den Sozialisten lieferte, um eine gewisse Ordnung in die Unordnung der historischen Tatsachen zu bringen.«¹⁾ In diesen Sätzen steckt wohl das eigentlich Charakteristische des historischen Materialismus.

¹⁾ Siehe Lafargue *Marx' historischer Materialismus* in der *Neuen Zeit*, 1903-1904, 1. Band, pag. 782 und 781.

Die Marxsche Schule hat sich auch (zuweilen mit Glück) in ihren Untersuchungen über historische Erscheinungen in Altertum, Mittelalter und Neuzeit dieser neuen Forschungsmethode bedient. Wenn der historische Materialismus die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen nennt, so fand er in den Tatsachen mancher Perioden eine Stütze. Diese Theorie mußte den herrschenden Klassen zunächst sehr unbequem werden; sie entsprach auch völlig dem Empfinden des eben zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariats, das der bis dahin geltenden individualistischen Auffassung kein Vertrauen entgegenbringen konnte, weil es die physische, geistige und sittliche Knechtung der Persönlichkeit im Kapitalismus nur zu sehr am eigenen Leib spürte. Ein Arbeiter, der denkt, muß sich dagegen auflehnen, wenn ihm in der Schule gepredigt wird (wie das noch heute geschieht), mit etwas Fleiß, Geschick und Glück könne es jeder Arbeiter zum Industriemagnaten bringen; die Beispiele dafür pflegen der Schule nicht zu fehlen, sie kann sich sogar auf das Buch des Milliardärs Carnegie berufen, der gleich Mittel und Wege zu dem Ziel angibt.

Die Anhänger der ökonomischen Geschichtstheorie waren emsig bemüht das materialistische Erz aus allen Menschheitsperioden zutage zu fördern. Die sogenannte *bürgerliche* Geschichtsauffassung hatte die gesamte Entwicklung auf einzelne hervorragende, durch Geburt oder Glück an der Spitze der Gesellschaft stehende Persönlichkeiten zurückgeführt. Nach der Darstellung der älteren Geschichtswerke hängt alles Wohl und Wehe der Völker von den individuellen Eigenschaften der Fürsten, Kardinäle, Feldherren usw. ab. Mit dieser Naivetät hat der historische Materialismus aufgeräumt. Ihm kann man auch das Verdienst zuschreiben, daß die neuere Geschichtsforschung im allgemeinen von ihrer einseitigen Darstellung abging und den Einfluß der großen Männer auf ein bescheideneres Maß reduzierte. Nach den neueren Werken sind nicht mehr die Fürsten, Generäle, Kardinäle und Minister das Wesentliche in der Welt; den Stein der Geschichte schieben vielmehr die Völker in ihrer Gesamtheit vorwärts oder rückwärts. So ist zum Beispiel in Helmolts Weltgeschichte der Einfluß der sozialistischen Bewegung auf das Gesellschaftsleben dargestellt; der Wiener Professor Adler beleuchtet dort das kulturfördernde Element im Sozialismus. Am strengsten hat sich unter den nichtsozialistischen Nationalökonomen wohl Werner Sombart in seinen Darstellungen an Karl Marx angelehnt. In seinem Werk *Der moderne Kapitalismus*, in seiner Studie *Sozialismus und soziale Bewegung* wie in einer Abhandlung über Karl Marx selbst erhebt er wohl einzelne Einwendungen gegen den historischen Materialismus, stimmt aber seinen Grundgedanken vollständig zu. Schließlich geht es in der Geschichte der Wissenschaften wie in der Geschichte der Menschheit selbst. Der Revolution folgt fast stets die Konterrevolution. Der individualistischen Theorie, die die Geschichte der Völker dem Wirken einzelner Persönlichkeiten zuschiebt, folgte der geschichtliche Materialismus, für den alles Sein und Werden der Nation nur im Volksganzen ruht. Einen Standpunkt der Zusammenfassung sucht unter den neueren Geschichtstheoretikern Dr. Albrecht Wirth einzunehmen. Ihm erscheint in seiner *Weltgeschichte* die »Allseitigkeit umfassender Erkenntnis des ganzen Werdegangs der Menschheit« als das »Hochziel« der Geschichtsforschung, während die Ereignisse der Vergangenheit früher nur von dem einseitigen Gesichtspunkt des Sozialisten, des Soldaten, des Mate-

rialisten, des Technikers, des Künstlers, des Politikers oder andererseits des Rassenfreunds, des vergleichenden Psychologen, des Kulturhistorikers usw. betrachtet worden seien.

Es dürfte in der Tat schwierig sein aus diesen verschiedenartigen Forschungsmethoden die richtige herauszufinden. Wahrscheinlich wird niemals eine einzelne dieser Methoden allein der Wirklichkeit völlig gerecht, niemals wird eine einzelne als die allein seligmachende erscheinen können. Wenn wir die früheren Geschichtsauffassungen rückblickend betrachten, so dürfen wir jedenfalls einen Punkt nicht übersehen. Tatsächlich mußte in früheren Jahrhunderten die Einzelpersönlichkeit schärfer hervortreten, es mußte besonders die jeweilig herrschende Klasse bestimmender auf den Gang der Ereignisse einwirken als die große Masse; schon deshalb, weil diese herrschende Klasse ausschließlich im Besitz der vorhandenen Bildungsmittel war. Wie sollte zum Beispiel die Masse im frühen Mittelalter eine eigene Gedankenwelt aufbauen, da ihr die Lektüre der Haupteigenkenntnisquelle, der Bibel, verschlossen blieb? Luthers Bibelübersetzung war hier der erste Schritt zu einer Wandlung. Aber es bedurfte noch mehrerer Jahrhunderte, bis (allen Rückwandlungsversuchen zum Trotz) sich endlich in der neuesten Zeit (auch infolge des modernen Kapitalismus, der notwendig einen intelligenten Arbeiterstand brauchte) eine bessere allgemeine Volksbildung durchsetzte, und damit eine durchgreifende Veränderung in den geschichtlich wirksamen Kräften vor sich ging. Der Einfluß der Massen tritt nun bedeutungsvoller hervor. Dieser Masseneinfluß verankerte sich schließlich in der Sozialdemokratie, warf seine brennenden Reflexe auf alle wirtschaftlich politischen Verhältnisse und dehnte seine Sphäre nach und nach immer weiter aus. In dem Maß wie der Sozialismus das Volksleben tiefer und tiefer mit seinen Tendenzen durchsetzt, gewinnt er schließlich Einfluß auf die gesamte Kultur, auf den Staat, auf alle geistigen und politischen Lebensäußerungen.

Findet so der historische Materialismus in einem bestimmten Sinn in den Tatsachen selbst seine Rechtfertigung, und muß man ihn deshalb nach vieler Richtung hin anerkennen, so möchte ich dennoch nicht im mindesten alles unterschreiben, was von jener Seite über diese oder jene Geschichtsepoche gesagt worden ist. Hatte schon, wie bemerkt, Lafargue mit Recht hervorgehoben, daß die ökonomische Geschichtsauffassung nichts anderes sein solle als ein neues Werkzeug, um eine gewisse Ordnung in die Unordnung der historischen Ereignisse zu bringen, so kann er keineswegs sämtliche Zweifel lösen. Gerade im letzten Jahrzehnt ist der Streit um die materialistische Geschichtsmethode von neuem heftig entbrannt. Man bestreitet nicht mehr, daß sie sich innerhalb bestimmter Grenzen als fruchtbar erweist, daß die ökonomischen Verhältnisse tiefen Einfluß auf die gesamte Kultur-entwicklung üben. Aber es handelt sich eben darum diese Grenzen festzulegen, auch die Macht der nichtökonomischen Kulturfaktoren richtig einzuschätzen. Die Bedeutung des *Überbaus* muß wieder klarer gewertet, das Ineinandergreifen der geistigen und der materiellen Faktoren bei jeder einzelnen geschichtlichen Untersuchung geprüft werden. Wie kann das geschehen? Wie sind wir am sichersten imstande die jeweilig maßgebenden Momente herauszulösen? Vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß die Individualität eine weitaus größere Rolle im Werdegang der Geschichte

spielt als ihr in unseren Reihen zugewiesen zu werden pflegt. Das ist gerade für die praktische Betätigung in der sozialistischen Bewegung von außerordentlichem Wert. Theorie und Praxis müssen einander aber durchdringen; sie müssen sich gegenseitig befruchten, wenn nicht die Theorie zur bloßen Geistespielerei entarten soll. Die Unterschätzung des Individualitätsgedankens in unseren Reihen ist von jeher einer der stärksten agitatorischen Einwände unserer politischen Gegner gewesen. Wie lange spukte in ihren Köpfen die Vorstellung, der Sozialismus gehe auf eine allgemeine Gleichmacherei hinaus, eine Vorstellung, die ihren amüsantesten Ausfindet, der seinen Anteil vom Besitz des reichen Mannes fordert. Hätten aber ähnliche Ideen eine solche Macht unter den Gegnern gewinnen können (und so mancher tüchtige Industrielle und Gelehrte glaubt vielleicht noch jetzt daran), wenn nicht ein Wahrheitskern darin steckte, wenn nicht im Geist zahlloser Genossen mindestens früher die selben absurden Gleichheitsbegriffe ihr Wesen getrieben hätten? Auch in der Praxis des Parteilebens machten sich diese Anschauungen geltend. Unsere heutigen Parteiblätter zeigen in der Art ihrer politischen Betrachtungen einen gewaltigen Fortschritt gegenüber der Presse der neunziger Jahre. Mit der Ausbreitung der politischen und Gewerkschaftsblätter, mit dem Wachstum der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen selbst wuchs auch der Wunsch und das Streben das Rüstzeug im Kampf mit den Gegnern von allen Schlacken zu reinigen, dem Individualismus im Sozialismus eine Gasse zu bahnen und damit dem Gegner ein Hauptangriffsmittel zu entwinden.

Der Fehler in der Theorie des historischen Materialismus steckte darin, daß er die Wirkungskraft der individuellen Erscheinungen beinahe gar nicht in Rechnung stellte. Sie sind ihm höchstens Mittel zum Zweck; auch an ihnen sucht er die große materialistische Formel zu beweisen. Nehmen wir ein Beispiel. In K. Kautskys *Ursprung des Christentums* taucht jede, noch so gewaltige Einzelpersönlichkeit vollständig in der Masse unter. Der Verfasser durchstreift unter steter Anwendung des historischen Materialismus die Geschichte der Menschheit. Überall und immer sieht er nur materielle Faktoren. Das Christentum ist ihm eine rein materielle Erscheinung. Das ganze ungeheure Material analysiert er im Sinn seiner Geschichtsauffassung; was in sein Forschungssystem nicht hineinpaßt, wird fortgelassen oder auf irgend einem Weg unter die Massenerscheinungen eingereiht. Mit alledem will ich seinen eigenen Schatten springen. Das Buch hat mich nur wieder in der Überzeugung bestärkt, daß jede einzelne Forschungsmethode (sie sei nun geschichtlicher, wirtschaftlicher oder naturwissenschaftlicher Art) stets nur relativen Wert besitzt. Keine Methode, und sei sie noch so scharfsinnig, vermag die Natur und das menschliche Leben restlos aufzulösen.

Wie steht es nun in der Praxis des Parteilebens um die Wertung des Individualismus? Ein völlig einheitliches Prinzip würden wir in diesem Punkt vergebens suchen; es machen sich vielmehr bei der Beurteilung der Erscheinungen des Wirtschaftslebens recht viele Widersprüche geltend. Wenn Marx und Engels lehrten: es ist nicht das Bewußtsein, das unser Sein, sondern umgekehrt das gesellschaftliche Sein, das unser Bewußtsein bestimmt, so soll damit gesagt sein, daß die Ausbeutungsmethoden in der kapitalistischen Ge-

sellschaft nicht dem einzelnen Kapitalisten sondern dem ganzen kapitalistischen System zur Last zu legen sind. So stellt die sozialistische Literatur und die Tagespresse die Sache auch gewöhnlich dar; ebenso wenden unsere Vertreter im Parlament mit Vorliebe diese Art der Argumentation an: nicht der einzelne Kapitalist, der Kapitalismus als solcher ist verantwortlich für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber merkwürdig: Im Kampf um bestimmte aktuelle Fragen fallen wir oft plötzlich völlig aus der Rolle. Nun schieben wir nicht mehr dem System sondern dem einzelnen alle Verantwortung zu. Literatur und Presse liefern Beispiele genug für diese Behauptung. Solche Widersprüche sind, wie mir scheint, in der praktisch-politischen Tätigkeit auch ganz unvermeidlich. Will man auf einzelne oder auf Massen nach bestimmter Richtung hin politischen Einfluß üben, so muß man notwendig auf ihren Willen zu wirken suchen. Dadurch ergibt sich aber bereits jener Widerspruch. So erlebte ich selbst einmal, daß in einer großen Arbeiterversammlung der sozialdemokratische Referent den heftigen Unwillen der Genossen durch die Behauptung erregte, die Arbeiter selbst seien schuld an den rückständigen Zuständen in Deutschland; jedes Volk habe die Regierung, die es verdiene. Der Redner hatte dennoch recht. Zwar nicht die in der Versammlung Anwesenden, aber die große Masse der politisch Gleichgültigen, der Uninteressierten ist für diese Zustände mitverantwortlich. Sie muß zur Aktivität erzogen, also an ihrer persönlichen Schwäche angepackt werden, wenn wir weiter kommen wollen. Bei den Gegnern finden wir die persönlichen Schwächen auch meist scharf genug heraus, da lassen wir System System, historischen Materialismus historischen Materialismus sein; nur im eigenen Lager sehen wir die individuellen Mängel leider nicht immer mit gleicher Klarheit. Die Konsequenz des wissenschaftlichen Sozialismus ist es aber Gegner und Anhänger in diesem Punkt gleich zu werten. Die Ideen, die die Genossen Quessel und von Elm über das Thema *Führer und Masse* vertraten,⁷⁾ riefen damals unter den radikalen Genossen einen wahren Entrüstungssturm hervor. In einem Jahrzehnt wird man auch diese Gedankengänge in der Partei allgemein akzeptiert haben. Denn tatsächlich treiben wir in der Massenagitation viel zu wenig Psychologie. Während durch den eminent starken und immer wachsenden Einfluß der reformistischen Arbeit und Propaganda in Reich, Staat und Gemeinden der Umwandlungsprozeß in der kapitalistischen Gesellschaft fortschreitet, verharret leider noch ein recht großer Teil der organisierten Massen in dem alten Anschauungsschlendrian. Das ändert sich freilich in dem Maß wie die freien Gewerkschaften mehr und mehr die Führung der Arbeiter in die Hand nehmen. Sie sprechen im Namen von Millionen, und so muß sich ihr Wille im Proletariat unweigerlich durchsetzen.

Was also soll geschehen? Wir müssen überall in der Arbeiterbewegung das Moment der persönlichen Verantwortlichkeit wieder mehr in den Vordergrund schieben. Je mehr dem einzelnen das Gefühl der Verantwortung für alle seine Handlungen anerzogen wird, desto besser wird er sich in jeder Hinsicht behaupten. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist dies jedenfalls für die Beeinflussung der Arbeiterjugend, deren Entwicklung die Partei ebenfalls zu beeinflussen sich anschickt. Um noch ein Beispiel anzuführen: Wir sprechen in der Partei sehr viel von der Opferfreudigkeit und Begeiste-

⁷⁾ Siehe Quessel *Führer und Masse* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1407 ff., und von Elm *Massen und Führer* in der *Neuen Zeit*, 1910-1911, 1. Band, pag. 521 ff.

rungsfähigkeit der Genossen, und diese Opferfreudigkeit und Begeisterungsfähigkeit wird ja sogar dem Bürgertum von den Gegnern selbst häufig als Muster vorgehalten. Sicher ist auch viel selbstlose Hingabe in der organisierten Arbeiterschaft vorhanden. Aber ebenso wissen wir sehr wohl (was meist verschwiegen zu werden pflegt), daß so manches in der Tätigkeit der Genossen weniger fanatischer Liebe für die sozialistische Idee als direkt oder indirekt persönlichen Interessen entspringt. Das involviert keinerlei Vorwurf; wie alles andere hat es seine Ursache in den sozialen Verhältnissen. Ich erwähne es nur, um zu betonen, daß auch in der Arbeiterschaft noch Raum für eine Stärkung des Idealismus bleibt. Wir dürfen deshalb, und das ist der Sinn dieser ganzen Darlegung, in der Agitation im eigenen Lager die materiellen Momente nicht allzu scharf betonen, wir müssen vielmehr in jedem einzelnen Genossen die Kraft zu ideellen Handlungen zu erhöhen suchen.

Aus allen philosophischen Darstellungen der Weltgeschichte geht unbedingt dies eine hervor: Alle die genialen Männer der Vergangenheit, die Künstler, die Gelehrten, die Denker, die die Kultur der Menschheit geschaffen und den mächtigen Geistesbau zusammengetragen haben, in den auch das Proletariat sich heute langsam einen Eingang zu bahnen sucht, können ihre unsterblichen, die Jahrtausende überdauernden Ideen nicht der materiellen Welt allein entnommen haben; in ihnen muß eine tieferinnere, von dem Außenleben unabhängige Sehergabe wohnen. In dem Verstehen und Würdigen auch dieser Tatsache müssen unsere sozialistischen Theoretiker sich wieder mehr von dem historischen Materialismus *pur et simple* abwenden. Namentlich aber hat die sozialistische Praxis die Pflicht die klaffenden Gegensätze zwischen der alten Theorie und dem neu wieder erkannten Leben zu überbrücken und dem Individualismus in dem oben dargelegten Sinn zu seinem Recht zu verhelfen. Die sozialistische Praxis muß die sozialistische Theorie zur Umkehr zwingen. Das ist umso notwendiger als es sich um das Werden der neuen Gesellschaftsordnung handelt. Eine Produktion und Verteilung in der sozialistischen Gesellschaft, wie unsere Partei sie postuliert, setzt voraus, daß wir schon heute den einzelnen dazu erziehen sein persönliches Verantwortlichkeitsgefühl auf die höchstmögliche Stufe zu heben, damit wenigstens die ihm Nachfolgenden des individuellen Genießens von Herzen froh werden können.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Wohnungskonferenz Am 9. November hat in Frankfurt am Main die 2. deutsche Wohnungskonferenz unter den Auspizien des Deutschen Vereins für Wohnungsreform stattgefunden. Veranlaßt war die Konferenz durch das Bestreben und die Notwendigkeit auf die zu erwartenden gesetzgeberischen Maßregeln im Reich einen Einfluß auszuüben. Wie in der Ein-

leitung zu den von dem genannten Verein herausgegebenen Forderungen der Konferenz von Dr. K. von Mangoldt hervorgehoben wird, schien jetzt die Zeit gekommen eine große Reformaktion in der Wohnungsfrage einzuleiten, die auf größeres Verständnis bei der Masse des deutschen Volkes stoßen würde als je zuvor. Zweifelloß hat die Annahme der Resolution im Reichstag, worin die verbündeten Regierungen um die Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Regelung des Wohnungswesens ersucht werden, einen

mächtigen Anstoß gegeben. Unter dem einstimmigen Votum des Reichstags haben die verbündeten Regierungen sich zu einer Änderung der von ihnen bisher eingenommenen Haltung in Sachen der Wohnungsgesetzgebung veranlaßt gesehen. Taktisch war es daher durchaus gegeben, daß der *Deutsche Verein für Wohnungsreform* eine solche Konferenz zusammenberief, und daß diese bestimmte Vorschläge für ein gesetzgeberisches Vorgehen formulierte. Es ist nun eine Art Programm in den Beratungen dieser 2. deutschen Wohnungskonferenz ausgearbeitet worden, das die Meinung der Konferenz darstellt, und für dessen Propagierung in der nächsten Zeit eine größere Tätigkeit entwickelt werden soll. Eine kurze Besprechung seines Inhalts ist daher wohl begründet.

Vorausgeschickt sei, daß das Programm recht umfangreich ist, wennschon es sich innerhalb des von der Reichstagsresolution gezogenen Rahmens hält. In 7 Abschnitten behandelt es 1. Wohnungsämter, Wohnungsaufsicht und Wohnungsnachweis; 2. Realkredit und Schätzungswesen; 3. Bodenfrage, Aufschließung und Dezentralisation; 4. Bauordnungen und Bebauungspläne; 5. Enteignungsrecht und Enteignungsverfahren; 6. Erbbaurecht; 7. Steuer- und Abgabenerleichterungen; und damit wohl die wichtigsten Seiten des ganzen Wohnungsproblems. Was außerhalb dieses Rahmens liegt, ist von geringerer Bedeutung. Man darf die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre das Programm zu beschränken, auch trotz des größeren Umfangs der Reichstagsresolution, und allein, oder neben einigen wenigen anderen das Gebiet in Angriff zu nehmen, das schon bisher gesetzgeberisch und praktisch am besten angebaut ist, und bei dem daher die Voraussetzungen für eine Reichsgesetzgebung am meisten erfüllt sind, nämlich die Wohnungsaufsicht. Hat doch auch überall die Erfahrung bewiesen, daß jede gesetzgeberische Tätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungswesens am zweckmäßigsten mit dieser einsetzt, da eine sorgfältige und entschieden durchgeführte Wohnungsaufsicht mit Notwendigkeit eine ganze Reihe konstruktiver Maßregeln nach sich ziehen muß. Der Rahmen der Resolution des Reichstags ist ein so weiter, es wird in ihr eine solche Fülle von Gegenständen aufgezählt, daß der Gesetzgeber daraus immerhin mit einiger Schwierigkeit das Wichtigste und Dringlichste herausheben muß, wenn er mehr tun will als vorbereitende Denk-

schriften ausarbeiten. Man hätte daher vielleicht besser getan der Versuchung der Reichstagsresolution nicht nachzugeben sondern seine ganzen Kräfte auf einige wenige Punkte zu konzentrieren. Denn daß bei den großen Widerständen, die sich jeder Wohnungsreform in den Weg stellen müssen, die Reichsregierung nicht gleich ein ganzes Dutzend Gesetzentwürfe ausarbeiten und dem Reichstag vorlegen wird, noch dazu Gesetzentwürfe, die tief in die Landesgesetzgebung eingreifen, braucht kaum hervor gehoben zu werden. Ein kürzeres Gegenwartsprogramm wäre wohl mehr gewesen als das sicherlich recht wertvolle und interessante Zukunftsprogramm, das die Konferenz ausgearbeitet hat.

Zur Bearbeitung der zur Regelung des Wohnungswesens dienenden Angelegenheiten ist durch Reichsgesetz die Errichtung von Wohnungsämtern anzuordnen: Dieser Satz steht an der Spitze des Abschnittes über die Wohnungsaufsicht. Die hier vorgeschlagenen Ämter, die in jeder Stadt von mehr als 50 000 Einwohnern eingerichtet werden sollen, müssen die Kerne der ganzen Wohnungsreform bilden. Um sie wird sich die gesamte Reformtätigkeit zu konzentrieren haben. Neben den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern sind für die übrigen Städte und Gemeinden, soweit sie allein oder in Verbindung mit anderen keine Wohnungsämter errichtet haben, durch Entschließung der Zentralbehörde des betreffenden Bundesstaats je für einen Kreis oder für größere Bezirke gemeinsame Wohnungsämter einzurichten. In der Begründung weist Landeswohnungsinspektor Gretzschel, der diesen Teil des Programms bearbeitet hat, mit Recht darauf hin, daß es den kleinen Gemeinden zum großen Teil an dem richtigen Verständnis für die Bedeutung der Wohnungsreform und an den zur Durchführung der Wohnungsaufsicht erforderlichen Kräften mangelt, daß ferner ihre Organe infolge der persönlichen Beziehungen zur Einwohnerschaft sich zu durchgreifenden Maßregeln schwer entschließen. Bei Wohnungsämtern, die für größere Bezirke errichtet werden, steht eine größere Freiheit der Aktion den von diesem Amt angestellten Aufsichtsbeamten zu. Gleichzeitig kann an die Spitze des Amtes ein Fachmann gestellt werden. Auch die Erfahrungen des württembergischen Landeswohnungsinspektors be weisen, daß die Wohnungsaufsicht über-

all dort energischer durchgeführt wird, wo sie für die Oberämter einheitlich organisiert und durch Beamte dieser Körperschaften ausgeübt wird.

Den Wohnungsämtern werden außer der Organisation und Durchführung der Wohnungsaufsicht die Einrichtung und Verwaltung des Wohnungsnachweises, die Anstellung von Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse und die Beobachtung des Wohnungsmarktes, die Anregung von Maßnahmen konstruktiver Wohnungspolitik, die Organisation der Bauberatung, die Förderung der Wohnungspflegevereine aller Art als Hauptaufgaben zugewiesen.

Über den lokalen Wohnungsämtern sollen sich Landeswohnungsämter und über diesen ein Reichswohnungsamt erheben. Aufgaben der ersteren sollen außer der Aufsicht über die lokalen Ämter die Anregung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und die Mitarbeit an diesen sein. Dem Reichswohnungsamt soll die Überwachung über die Durchführung der Reichswohnungsgesetze, die Herausgabe von Berichten über den Stand des Wohnungswesens, die Vornahme von Untersuchungen aller Art zufallen. Als Gegenstände solcher Untersuchungen nennt Gretzschel das Realkreditwesen und seine Zusammenhänge mit der Bodenspekulation, die Zusammenhänge zwischen dem Wohnungswesen und den ansteckenden Krankheiten, der Militärtauglichkeit und der Sterblichkeitsziffer. Nach seiner Begründung scheint er ziemlich großen Wert auf dieses Amt zu legen, er erwartet von ihm bei zweckmäßiger Einrichtung eine lebendige und für das Volkwohl wichtige Beeinflussung des Wohnungswesens. Es soll nicht bestritten werden, daß ein solches Amt mancherlei günstige Einwirkungen wird ausüben können. Doch liegen diese auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiet. Ein Reichswohnungsamt steht den Verhältnissen zu fern, als daß nicht die Gefahr bürokratischer Überwucherung seiner Tätigkeit recht groß wäre. Es fehlt ihm auch der enge Zusammenhang mit den übrigen Gebieten der innern Verwaltung, insbesondere auch des Bau- und Wohnungswesens, der bei den Landeswohnungsämtern sich von selbst ergibt. Diese werden ein viel reicheres und kräftigeres Leben führen, so daß neben ihnen das Reichswohnungsamt wohl bald als ein recht blutleerer Schemen erscheinen wird. Der Schwerpunkt wird sicherlich bei den Landes-

wohnungsämtern liegen, wie ja die Erfahrungen der süddeutschen Staaten mit ihren Landeswohnungsinspektoren beweisen. Überall da, wo deren Tätigkeit Bedeutung gewonnen hat, ist es darauf zurückzuführen, daß sie sich nicht auf die Ausübung der Wohnungsaufsicht beschränkt sondern auch aus deren Ergebnissen die notwendigen Folgerungen für eine konstruktive Tätigkeit gezogen haben. Dieses zweite Gebiet wird aber dem Reichswohnungsamt wohl stets verschlossen bleiben müssen.

Die Wohnungsaufsicht soll durch ein Reichsgesetz geregelt werden, um für das ganze Reich ein einheitliches Vorgehen zu sichern, also eine einheitliche Organisation zu schaffen und den Gegenstand der Wohnungsaufsicht einheitlich zu umgrenzen. Das Programm will der Wohnungsaufsicht alle Kleinwohnungen mit 4 oder weniger bewohnbaren Räumen oder weniger als 60 Quadratmeter nutzbarer Wohnfläche, die größeren Wohnungen in Ausnahmefällen, alle Wohn- und Arbeitsräume der von ihren Arbeitgebern beherbergten Personen sowie die in Untermiete gegebenen Räume zuweisen. Diese Abgrenzung erscheint zweckmäßig, namentlich da die Einzelstaaten ermächtigt sein sollen im Bedarfsfall auch noch weiter zu gehen. Normativbestimmungen über die Beschaffenheit der Wohnungen sollen in das Reichsgesetz selbst nicht aufgenommen werden, weil das Wohnbedürfnis in den einzelnen Landesteilen zu verschieden ist. Das Programm weicht hier von der Reichstagsresolution ab, wonach die Mindestforderungen im Gesetz selbst festgelegt werden sollen. Gretzschel will sie einer kaiserlichen Verordnung zuweisen, um das Gesetz nicht mit Bestimmungen zu belasten, die einem ziemlich schnellen Wechsel ausgesetzt sind. Man wird auch damit einverstanden sein können, zumal eine Verordnung in diesem Falle schließlich die gleichen Dienste tut wie ein Reichsgesetz und sicherlich nicht in den von ihr festgelegten Mindestmaßen hinter den in einem Reichsgesetz erreichbaren zurückbleiben wird. Gretzschel hat in einem Anhang Richtlinien für eine solche kaiserliche Verordnung aufgestellt, deren Maße zum Teil sehr niedrig sind, so wenn er für die lichte Höhe der Wohn- und Schlafräume ein Mindestmaß von 2 Meter, für die lichtgebende Fensterfläche mindestens ein Zwölftel der Bodenfläche, in Schlafräumen für jede darin schlafende Person von über 10 Jahren

einen Mindestluftraum von 10 Kubikmeter usw. vorsieht. Diese Maße sind in großen Teilen Deutschlands bereits, zum Teil recht beträchtlich, überholt. Wenn Gretzschel also in seiner Begründung ganz zutreffend hervorhebt, daß bei der Aufstellung der Mindestanforderungen nicht die Kulturstufe der Niedrigstehenden bestimmend sein solle, so hat er zwar damit den wunden Punkt der Aufstellung solcher einheitlicher Normativbestimmungen für größere Ländergebiete berührt, aber er hat sich selbst von dem herabdrückenden Einfluß solcher Bestimmungen nicht völlig frei zu halten vermocht.

Dem Abschnitt über die Wohnungsämter und die Wohnungsaufsicht kann ein größerer Raum hier gewidmet werden, da sicherlich, wenn ein Eingreifen des Reiches stattfindet, es zunächst auf diesem Gebiet einzutreten haben wird. Mit den übrigen Abschnitten können wir uns hier kürzer befassen. Ein großer Teil der Vorschläge scheint uns mit Notwendigkeit in der Zuständigkeit der Landesgesetzgebung zu liegen, ein anderer Teil wird sich nicht einmal in einem Landesgesetz fassen lassen, sondern Sache der lokalen Gesetzgebung oder Verwaltungstätigkeit der Gemeinden sein. Das gilt insbesondere für den 3. Abschnitt (Bodenfrage, Aufschließung und Dezentralisation) sowie für den 4. (Bauordnungen und Bebauungspläne). Auch wenn man zum Beispiel in ein Landesgesetz eine Bestimmung des Inhalts aufnehmen würde, daß Wohn- und Verkehrsstraßen von einander zu scheiden, Wohn-, Geschäfts- und Industrieviertel gesondert einzurichten sind, daß die Bebauungspläne an das Gelände angepaßt werden sollen, daß möglichst große Flächen schon im voraus in den Grundzügen mit Bebauungsplänen und Bauordnungen zu belegen sind, so wäre doch damit noch recht wenig gewonnen. Wie will man ihre Durchführung erzwingen? Alle schönen Regeln des modernen Städtebaus werden auch in den Gesetzen nur auf dem Papier stehen, solange nicht die Ausbildung der technischen Beamten ihre Beobachtung, und zwar auch ohne gesetzlichen Zwang, sicher stellt. Wichtig für die Reichsgesetzgebung erscheint mir dagegen insbesondere die Neuregelung des Erbbaurechts, des Enteignungsverfahrens und des Enteignungsrechts sowie vielleicht noch die Errichtung eines besondern Reichsfonds nach österreichischem Muster, der die Garantie für die Zins-

und Amortisationszahlung zweiter Hypotheken übernehmen würde.

Die von der Wohnungskonferenz angenommenen Vorschläge sind mit Begründungen vom Deutschen Verein für Wohnungsreform als besondere Druckschrift herausgegeben worden /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/. Ihr Studium ist für jeden von Interesse, der sich mit der Wohnungsreform beschäftigt, und hat auch über den Rahmen der geplanten Aktion hinaus Bedeutung.

✕
Säuglings-
fürsorge

✕
Der Bericht über die Säuglingsfürsorge in Charlottenburg im Jahr 1911,

verfaßt von Stadtrat Dr. A. Gottstein, bringt wieder eine Reihe von Mitteilungen, die über das Charlottenburger Stadtgebiet hinaus von Interesse sind, und unterrichtet über neue Einrichtungen der städtischen Säuglingsfürsorge, die auch für andere Stadtverwaltungen vorbildlich sein können. Statt der bisher den Säuglingen verabreichten pasteurisierten Milch wurde im Berichtsjahr rohe Milch gegeben, deren Lieferung dem Verein Charlottenburger Molkeereibesitzer zum Preis von 32 Pfennig für den Liter übertragen wurde. Die Kuhställe werden tierärztlich überwacht, daneben findet eine laufende Untersuchung der Milch durch das städtische Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten statt. Der Übergang von der pasteurisierten zur rohen Milch hat sich ohne die geringsten Schwierigkeiten und ohne jede Störung der Ernährung der Säuglinge vollzogen. Eine weitere Neuerung war die Angliederung einer Säuglingskrippe an eine der Fürsorgestellen. Die Krippe wurde anfangs mit 10 Betten eröffnet und später auf 15 Betten erweitert. Die neue Form der Krippe hat sich bewährt und ist geeignet eine Lücke in der Säuglings- und Mutterfürsorge auszufüllen. Sie soll in erster Linie Säuglinge von solchen ledigen Müttern aufnehmen, die tagsüber auf Arbeit ausgehen und ihr Kind selbst stillen. Sie hat aber auch Flaschenkinder und einige Kinder von Verheirateten aufgenommen. Die dritte und wichtigste Einrichtung, die Ausdehnung der Fürsorge auf die Kleinkinder, hat sich nach der Mitteilung des Berichts glänzend bewährt. Sie fand sofort bei der Bevölkerung großen Anklang. In zahlreichen Fällen, zum Beispiel bei Rhachitis, Krankheiten der Sinnesorgane, besonders von Auge und Ohr, konnte durch die rechtzeitige Behandlung die so wünschenswerte Frühbe-

handlung erreicht, bei Erkrankungen des Lymphapparats und bei Skrofulose die frühzeitige Überweisung in Erholungsstätten veranlaßt werden. Die Einrichtung verspricht ferner die Zahl der Erkrankungen der Sinnesorgane, der Wirbelsäule, der Drüsen bei Schulkindern, die der Schule schon im fortgeschrittenen, wenig mehr zu beeinflussenden Stadium zugehen, herabzusetzen. Im Jahr 1911 wurden nicht weniger als 1033 Kinder im Alter von 1 bis 2 Jahren, 232 im Alter von 2 bis 3 Jahren, 156 im Alter von 3 bis 4 Jahren aufgenommen. Im ganzen betrug die Zahl der Kleinkinder 1575, die Zahl der Beratungen belief sich auf 4429, also pro Kopf 2,8. Die in den Sprechstunden zahnkrank befundenen Kleinkinder werden der städtischen Schulzahnklinik zur Behandlung überwiesen und dort unentgeltlich behandelt. Die Deputation für die Waisensorge wurde ersucht auch solche Pflegekinder, Haltekinder und Mündel im Alter von 1 bis 6 Jahren den Fürsorgestellen zu überweisen, die als Säuglinge noch nicht vorgestellt waren. Das Beispiel Charlottenburgs durch die Aufnahme der Kleinkinderfürsorge die noch fehlenden Altersklassen der heranwachsenden Jugend der ärztlichen Beaufsichtigung zu unterwerfen und damit eine bisher bestehende Lücke zu schließen verdient überall Nachahmung. Gerade hier findet der Satz, daß Vorbeugen besser ist als Heilen, seine Bestätigung.

× **KurzeChronik** In Beantwortung einer Interpellation des preussischen Abgeordnetenhauses über die Kreditnot des städtischen und ländlichen Besitzes sagte der Landwirtschaftsminister, daß Geldmittel des Staats für die Erleichterung des städtischen Realkredits nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Es sei die Aufgabe der großen Kommunalverwaltungen durch Schaffung geeigneter Kreditinstitute die nötigen Einrichtungen zu treffen. Die Regierung habe deshalb auch die Gründung der Pfandbriefanstalten in Posen und Magdeburg entschieden unterstützt. Bei den städtischen Hypotheken müsse für eine regelmäßige Amortisation gesorgt werden. × Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 31. Oktober der Magistratsvorlage auf Schaffung der Stelle eines besoldeten Medizinalrats mit dem Gehalt von 15 000 Mark zugestimmt. Damit ist ein Gegen-

stand, der die beiden Kollegien seit langer Zeit wiederholt beschäftigt hat, endlich einer befriedigenden Lösung zugeführt worden. × Der bayrische Verwaltungsgerichtshof hat erklärt, daß in keiner der in Bayern geltenden Bestimmungen ein Verbot der Leichenverbrennung enthalten sei. Selbst wenn angenommen werde, daß eine polizeiliche Regelung für den Betrieb der Feuerbestattung nicht zu entbehren sei, und eine gesetzliche Grundlage dafür nicht existiere, könne doch aus einem Mangel der Gesetzgebung eine rechtliche Unzulässigkeit der Feuerbestattung nicht gefolgert werden. Ein Betrieb der Feuerbestattung in Bayern könne daher auch nicht als rechtlich unzulässig gelten. Eine staatsaufsichtliche Genehmigung sei dazu nicht erforderlich. Auf Grund dieses Urteils haben nunmehr in München in dem provisorischen Krematorium der Stadt bereits zirka 20 Feuerbestattungen stattgefunden. × Der Stadtrat von Freiburg (Baden) hat einen Vertrag zwischen der Stadt und dem Oberrheinischen Kraftwerk in Mülhausen (Elsaß) genehmigt, wodurch der Bezug elektrischen Stromes von dieser für die Zwecke des städtischen Elektrizitätswerks festgelegt wurde. Gleichzeitig wurde die Erweiterung und Umänderung des städtischen Elektrizitätswerks mit einem Kostenaufwand von 1½ Millionen Mark beschlossen.

× **Literatur** In seinem Vortrag *Die Bildung von Industriebezirken und ihre Probleme* / Leipzig, Teubner/ behandelt Wilhelm Kähler die Probleme des Industriebezirks, worin er eine von der Stadt verschiedene, durch die Industrie bedingte Siedelungsweise sieht. Die Städte bilden eine besondere Art gehäufte Industriesiedelung. Neben sie tritt die ländliche Industriesiedelung, die meist durch die Entwicklung einzelner Industriezweige bedingt ist, zum Beispiel Textilindustrie, Porzellanindustrie usw. Als dritte Art der Industriesiedelung bezeichnet Kähler die durch den Bergbau bedingte, wie sie am klarsten in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu beobachten ist. In dem Vortrag werden einige Grundzüge dieser verschiedenen Arten von Industriesiedelung abgeleitet und schließlich die Frage untersucht, ob die bestehenden Verwaltungsorganisationen ausreichen, oder ob durch neue ihren Bedürfnissen Befriedigung geschaffen werden muß.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Wahlrecht Im Mittelpunkt der gesamten Frauenbewegung steht nach wie vor der Kampf um das Wahlrecht. Mehr und mehr fangen die Frauen aller Richtungen an sich darüber klar zu werden, daß nichts Endgültiges für sie errungen ist, solange die staatsbürgerliche Grundforderung für jeden Menschen unserer Epoche; die aktive Beteiligung am Staatsleben, ihnen fehlt. So ist es nicht verwunderlich, daß das Stimmrechtsproblem heute nicht die Stimmrechtlerinnen allein beschäftigt, deren Ziele noch vor einem Jahrzehnt nur die radikalsten Frauenvereine anerkannten, daß es vielmehr von der äußersten Linken bis zur Rechten keine Frauenorganisation mehr gibt, die sich nicht verpflichtet fühlte zu dieser zentralen Frage Stellung zu nehmen. Und was noch ausschlaggebender ist und noch markanter als Sturmzeichen der rasch wachsenden Bedeutung des Problems für die Öffentlichkeit erscheint: Schon existiert auch kaum mehr eine politische Partei, die sich nicht auf irgendeine Art ernsthaft mit den Stimmrechtskämpferinnen auseinanderzusetzen suchte. Noch vor recht kurzer Zeit wäre es außer in der Sozialdemokratie bei uns unmöglich gewesen das Frauenstimmrecht als ernsthaftes Diskussionsthema auf den Tagungen einer großen Partei zu behandeln. Und nun wäre es beinahe zur Ursache einer tiefdringenden Spaltung auf dem Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei geworden. Den Anlaß dazu bot ein Antrag des Frauenausschusses der Partei; den Kampf um politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zum Programmpunkt zu erheben. Vorausgegangen waren diesem Antrag die Verhandlungen der diesjährigen Generalversammlung des *Bundes deutscher Frauenvereine*. Es ist bekannt, daß auch im Bund selbst, der als Gesamtorganisation der Frauenbewegung alle ihre Strömungen umfaßt, noch vor wenigen Jahren eine äußerst starke Gegnerschaft gegen die politische Propaganda unter den Frauen bestand. In diesem Jahr hielt die Bundesvorsitzende Gertrud Bäumer, zugleich mit die bedeutendste Führerin der Rechten, das Hauptreferat über das Thema *Warum müssen Frauen Politik treiben?* Das Ergebnis war die fast einstimmige Annahme der folgenden Resolution: »Die 10. Generalversammlung des *Bundes deutscher Frauenvereine* sieht in der Mitarbeit der

Frauen in den politischen Parteien eine notwendige Konsequenz der Frauenbewegung und einen seit Erlaß des Reichsvereinsgesetzes gebotenen Weg staatsbürgerlicher Pflichterfüllung. Angesichts der vermehrten Gefahren, die dadurch der Einheitlichkeit der deutschen Frauenbewegung drohen, erklärt der *Bund deutscher Frauenvereine*, bei Aufrechterhaltung seiner absoluten politischen Neutralität, mit allen Kräften dafür eintreten zu wollen, daß die zunehmende Politisierung der Frauen zugleich der Förderung der Fraueninteressen dient, die durch die organisierte deutsche Frauenbewegung vertreten werden.« Auf dem fortschrittlichen Parteitag vertrat ebenfalls Gertrud Bäumer als Korreferentin gegen den Verteidiger der ablehnenden Resolution des geschäftsführenden Ausschusses die Forderungen der weiblichen Parteimitglieder. Da eine Majorität für den Frauenantrag unter keinen Umständen zu gewinnen war, und man ernste Zerwürfnisse in der ja noch nicht lange konsolidierten Partei vermeiden wollte, einigte man sich über eine recht geschickt gehaltene Kompromißresolution, die die Frauenforderung zwar nicht zum Programmsatz erhebt, ihr aber inhaltlich vorbehaltlos zustimmt und damit die Frage prinzipiell zugunsten der Frauen entscheidet. Sie lautet: »Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat die Zahl der berufstätigen Frauen außerordentlich vermehrt. Diese Entwicklung, die sich zweifellos fortsetzt, und die wachsende Teilnahme von Frauen aller Schichten am öffentlichen Leben führt mit innerer Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung der Frau. Der Parteitag fordert deshalb die Parteigenossen auf die Frauen im Kampf um ihre politischen Rechte bis zur vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu unterstützen.« Der Kompromißantrag wurde mit starker Mehrheit angenommen.

Diese Tagung bildet damit einen Wendepunkt in der Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Freilich ändert sie tatsächlich vorläufig sehr wenig an den Aussichten des Frauenstimmrechts. Sie verpflichtet die Vertreter der Fortschrittspartei nicht einmal unbedingt für die politische Gleichberechtigung der Frauen in den Parlamenten einzutreten, und täte sie es selbst, so wäre ja aus Sozialdemokratie und Fortschritt allein nirgends eine parlamentarische Majorität zu bilden. Sieht man indessen Ereignisse dieser Art nicht nur unter dem Ge-

sichtswinkel der Gegenwart sondern unter dem geschichtlicher Entwicklung, so ist mit dem Beschluß der Volkspartei die Frauenwahlrechtsfrage in die Reihe der aktuellen Parteiprobleme und damit in den lebendigen Kreislauf des politischen Lebens hineingerückt. Denn die Diskussion darüber kann nun natürlich nicht mehr in den Akten der einen Partei begraben bleiben. Um der Erhaltung ihrer Machtstellung willen, das heißt um nicht von vornherein für ihre eigenen Zwecke auf einen politischen Machtfaktor zu verzichten, der allmählich immer bedeutender werden muß, wird sich jetzt jede politische Gruppe gezwungen sehen sich mit den Frauenforderungen irgendwie abzufinden, den ihnen politisch nahestehenden Frauen immer weitergehende Konzessionen zu machen, bis schließlich die politische Konsequenz daraus gezogen werden kann. Im Augenblick bereits zeigt sich das Vorwärtstreten dieser politischen Welle durch den Zusammenschluß der nationalliberalen Frauen zu einer festen Arbeitsorganisation, die im Anschluß an ihre Partei wirken will, und deren Endziel die volle Eingliederung der weiblichen Mitglieder in die nationalliberale Gesamtorganisation ist. Mit Unrecht belustigt sich die Berichtserstatlerin der *Frauenbewegung* dabei über die Bescheidenheit der nationalliberalen Frauen, die sich glück erfüllt gebärdeten, weil ihre männlichen Parteifreunde sie endlich als Helferinnen aufnehmen wollten. Für die Frauen dieser Kreise und für die Stellung dieser Partei liegt darin ein sicheres Fortschrittszeichen.

Daß das Zentrum in seiner hervorragenden Anpassungsfähigkeit nicht versäumen wird sich durch weitgehendes Entgegenkommen der politischen Gefolgschaft der Frauen zu versichern, also hinter den anderen Parteien nicht lange zurückstehen dürfte, ist gewiß und durch zahlreiche schriftliche und mündliche Äußerungen von Zentrumsführern schon jetzt festzustellen.

Die weitere Entwicklung des Stimmrechtskampfs bei uns und damit der gesamten Frauenbewegung wird nun vorwiegend von der politischen Schulung und der Klugheit der Frauen selbst abhängen. Bleiben sie weiter auf der Bahn, die leider der radikale Flügel der Bürgerlichen wie die sozialdemokratischen Führerinnen bis jetzt gegangen sind, das heißt stellen sie sich mit ganz unüberlegtem, angeblich prinzipientreuem

Dogmatismus jeder aussichtsvollen politischen Fortschrittsarbeit entgegen, so werden sie noch für lange Zeitperioden jede tatsächliche politische Errungenschaft für das weibliche Geschlecht hinausschieben helfen. Gelingt es umgekehrt endlich eine freilich einfach scheinende Erkenntnis des Wesens und der Triebkräfte im politischen Leben in allen Zweigen der Frauenbewegung anzubahnen, und damit zugleich in den Reihen der frauenfreundlichen Parlamentarier der gleichen Auffassung Geltung zu verschaffen, so wären positive Erfolge, wie etwa die Eroberung des Kommunalwahlrechts in verschiedenen Bundesstaaten, schon in näherer Zukunft durchaus nicht ausgeschlossen. Nun sieht es freilich augenblicklich noch ganz und gar nicht nach einem Sieg politischer Besonnenheit in dieser Hinsicht aus. Die in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1642) bereits kurz erwähnten letzten Vorgänge unter den bürgerlichen Stimmrechtlerinnen lassen darauf schließen, daß gerade die persönlich der Wahlrechtssache besonders warm ergebenden bürgerlichen Führerinnen rettungslos der fixen Idee der Prinzipienfestigkeit verfallen und damit für die praktische Arbeit im Dienst ihres Lebensziels beinahe verloren sind. Da der Wunsch gegen den Zankapfel der deutschen Stimmrechtsbewegung, den § 3 (der den deutschen Stimmrechtsverband auf das allgemeine Stimmrecht verpflichtet), auf der nächsten Bundesgeneralversammlung Stellung zu nehmen unter den zufällig konservativer zusammengesetzten Einzelvereinen (hauptsächlich einiger westdeutscher Zentren) nicht verstummen wollte, war eine in ihren Beschlüssen zunächst unverbindliche Beiratskonferenz der Hauptverbandsleiterinnen zu einer Vorberatung nach Weimar berufen worden. Dort schlug Anita Augspurg zur Ausgleichung der doch einmal vorhandenen Gegensätze vor der kommenden Generalversammlung als Direktive für ihre Beschlüsse an Stelle des § 3 folgende neue Fassung zu unterbreiten: »Der Verband erstrebt das persönlich auszuübende gleiche Wahlrecht für alle Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung.« Das ist freilich eine Abschwächung des bisher bestehenden Paragraphen, die weder nach der noch nach jener Seite hin klar und deutlich ist, das heißt es ist eine meiner Meinung nach an sich recht schlechte Formulierung, die wohl nur dem Wunsch

entsprang ihre Annahme auch den Prinzipien zu ermöglichen. Das jedoch ist hier gleichgültig; man hätte an deren Statt ja jeder Zeit leicht eine bessere Form finden können. Wichtig ist nur die bereits berichtete Konsequenz der Annahme des Augspurgschen Vorschlags: der Rücktritt einer Reihe von Führerinnen unbegreiflicher Weise nicht nur von ihren Vorstandsämtern sondern sogar von der Mitgliedschaft der Stimmrechtsvereine überhaupt. Wie es möglich ist eine Bewegung, für deren Propaganda man viele Jahre seines Lebens geopfert hat, deren Notwendigkeit für die soziale Weiterentwicklung man vor allem selbst so tief empfindet, um eines taktischen Streites willen einfach im Stich zu lassen, muß ein Rätsel für den Außenstehenden bleiben; persönlich ist es besonders bei Frau Cauer außerordentlich zu bedauern. Die weiteren Tatsachen sind jedenfalls diese: Die bisherigen Vorsitzenden des Berliner und des preußischen Verbandes entfalteten seither einen fanatischen literarischen Fehdezug gegen Anita Augspurg und ihre Freunde und klagten sie, die sich selbst stets als Anhänger des allgemeinen Wahlrechts bezeichnet und ja auch erwiesen hatten, des Verrats an ihren eigenen Überzeugungen an.

Unsere radikale Parteipresse, voran der *Vorwärts* und die *Gleichheit*, hat in allen Tonarten sekundiert. Wie diese Blätter schon bei der Berichterstattung über den fortschrittlichen Parteitag von dem »Rechtsumkehr der linksliberalen Frauenrechtlerinnen«, dem »geschichtlichen Verhältnis der besitzenden Klassen« usw. sprachen, so wurden die alten Redewendungen vom Klassenstandpunkt der bürgerlichen Frauen, die nur ein Damenwahlrecht wünschten, von ihrer Gesinnungslosigkeit gegenüber den festen Grundsätzen der Sozialdemokratinnen bei dieser Gelegenheit ins Unendliche wiederholt. Es bestände kein Anlaß, diese altbekannte Haltung unserer Radikalen hier noch einmal kritisch zu beleuchten, hinge nicht die ganze Zukunft der Frauenbewegung mehr und mehr von eben der Stellungnahme der Sozialdemokratie ab. Zunächst ist es ersichtlich, daß die Linke der Bürgerlichen von den Genossinnen stark beeinflusst ist. Es wäre kaum zu diesen unnötigen, die Stimmrechtsbewegung schädigenden Kämpfen im bürgerlichen Verband gekommen, hätte nicht die Furcht von den Sozialdemokraten als reaktionär gebrandmarkt zu werden

einige der Hauptführerinnen fortdauernd zu möglichst ostentativen Kundgebungen ihres Demokratismus aufgepeitscht. Das werden sich die Radikalen nun freilich gerade zum Verdienst anrechnen und wie immer sagen: Besser in der Tat keine Stimmrechtsbewegung als eine undemokratische, besser kein Frauenwahlrecht als ein beschränktes. Ist das aber wirklich die Meinung der Sozialdemokratie? Sicherlich nicht. Stellen wir uns einmal vor, auf Grund irgendwelcher politischer Verhältnisse wäre es heute möglich das Kommunal- oder selbst das preußische Landtagswahlrecht für die Frauen zu erlangen; gäbe es auch nur eine Sozialdemokratin, die etwa zögerte sehr lebhaft für dessen Annahme einzutreten? Von allem praktischen Wert im einzelnen abgesehen: gerade als wesentlichstes Agitationsmittel würde jeder von uns eine solche erste Wahlrechtserrungenschaft anerkennen. Und umgekehrt: Gibt es einen Politiker im Deutschen Reich, der da meint, das allgemeine Frauenwahlrecht werde in absehbarer Zeit ohne irgendwelche Vorstufen für alle Körperschaften eingeführt werden? Auch diese Frage dürfte nur mit einem Nein zu beantworten sein. Daraus folgt aber, daß es für jeden ernsthaften Stimmrechtskampf jetzt nur einen Weg gibt, den gleichen, den die Politik nun einmal überall einschlagen muß: den Weg der Parteienkoalitionen, um Fortschritte durch allmähliche Teilbewilligungen zu erzielen. Für die bürgerlichen Stimmrechtlerinnen sollte sich aus dieser Einsicht ohne weiteres die politische Unzweckmäßigkeit ihrer Zersplitterungstaktik im deutschen Verband ergeben. Aber auch für uns resultiert daraus notwendig eine bestimmte Überlegung. Unsere Propaganda allein kann nicht zum Ziel führen, neben allem andern auch deshalb nicht, weil sie ausschließlich auf die Arbeiterschaft beschränkt bleibt, die Fortschritte der Stimmrechtsidee aber gerade außerordentlich eng mit dem Wachstum der allgemeinen geistigen Anerkennung der Frauen verknüpft sind. Eben diesen geistigen Einfluß sowohl unter den bürgerlichen Politikern wie in der gesamten Öffentlichkeit können natürlich mehr die bürgerlichen Stimmrechtlerinnen üben, während ihnen wiederum das gewaltige Heer von Kämpferinnen fehlt, das kraft seiner Masse den Frauenforderungen Nachdruck leiht und über das die Partei in der weiblichen Arbeiterschaft gebietet. So liegt der Versuch nahe genug

beide Kräfte einmal zusammenzuschweißen und in einem großzügigen gemeinsamen Agitationsfeldzug aller bürgerlichen und proletarischen Stimmrechtlerinnen ein neues, vielleicht das gegenwärtig einzig wirksame Machtmittel zu entfalten. Selbstverständlich könnte die Forderung dann ausschließlich die der politischen Gleichberechtigung für das gesamte weibliche Geschlecht sein. Unter dieser Fahne könnte sich jede Stimmrechtlerin von der Katholikin bis zur Sozialdemokratin dem allgemeinen Heer der Frauenkämpferinnen einreihen, ohne daß eine einzige unter ihnen deshalb ein Jota von ihrer politischen Überzeugung aufzugeben brauchte.

Die Initiative zu einem solchen fruchtbarern Frauenwahlrechtskampf könnte sehr wohl von sozialdemokratischer Seite ausgehen. Die Bürgerlichen wären jederzeit für einen Zusammenschluß zu haben; aus eigener Kraft heraus dürften sie vorläufig auf keine Reorganisation der Bewegung rechnen dürfen. Könnten sich die Genossinnen entschließen ihre längst überholte Taktik aufzugeben, so wäre dagegen eine ganze Reihe neuer Möglichkeiten für einen kräftig einsetzenden Kampf geschaffen. Die Voraussetzung für alles weitere wäre freilich ein vollkommen anderes Verhalten der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Frauenbewegung im allgemeinen und die Stimmrechtlerinnen im besonderen. Statt, wie bisher, prinzipiell Feindinnen in ihnen zu wittern und Zersplitterung in ihre Reihen zu tragen, müßten sie sie zu klarerer politischer Auffassung, vor allem zu einheitlicher Taktik in der Stimmrechtsfrage zu erziehen, das heißt statt destruktiver konstruktive Einflüsse unter ihnen geltend zu machen suchen. Auf dieser Grundlage wäre dann eine systematische gemeinsame Propaganda durch ganz Deutschland zu entfalten, namentlich auch zu versuchen die Bewegung in die bürgerlich proletarischen Zwischenschichten, die Kreise der Handelsangestellten, Beamtinnen, Volksschullehrerinnen fortzupflanzen.

Daß die Möglichkeit positiver Erfolge mit einer reformistischen Politik ähnlicher Art gegeben ist, zeigt die Geschichte des Frauenstimmrechts in den skandinavischen Ländern wie in England. In Norwegen und Schweden und in Dänemark hat man bei genau so demokratischer Gesinnung wie hier auch in der Partei nicht gezögert sich im

Frauenwahlrecht zunächst mit Abschlagszahlungen zu begnügen, erst das kommunale respektive ein beschränktes politisches Wahlrecht anzunehmen, um dem allgemeinen vorzuarbeiten. In Dänemark, wo bisher nur kommunales Frauenwahlrecht bestand, ist jetzt ebenfalls mit dem allgemeinen Wahlrechtsreformentwurf zusammen von dem Folkething das allgemeine politische Wahlrecht für alle 25jährigen Frauen angenommen worden. Auch ein etwaiges Scheitern des Entwurfs im Landsting könnte die Annahme des Gesetzes höchstens noch auf kurze Zeit verzögern.

In England steht das Frauenstimmrecht wiederum vor einer Entscheidung. Das Amendement für Frauenstimmrecht, das dessen Freunde der irischen *Home-rule* bill anfügten, wurde bei der Abstimmung des Unterhauses am 5. November zwar mit großer Majorität verworfen; doch war hier, wie bei der Ablehnung der *Conciliation* bill nicht Feindschaft gegen das Frauenwahlrecht, vielmehr waren allgemeine politische Gründe ausschlaggebend. Die Iren stimmten sämtlich gegen das Amendement, gegen das sich die Regierung ausgesprochen hatte, um das Gesamtgesetz nicht zu Fall zu bringen. Doch erklärte Redmond, man werde in dem neuen irischen Parlament sehr bald selbst eine Frauenwahlrechtsvorlage einreichen. Inzwischen wird aber die prinzipielle Entscheidung für ganz Großbritannien im Januar oder Februar im englischen Unterhaus bei der erneuten Beratung der Wahlreformbill fallen. Das Resultat ist nicht vor auszuberechnen; es hängt von der Haltung der Iren und der Arbeiterpartei ab. Zahlreiche Mitglieder der Arbeiterpartei haben erklärt, daß sie das ganze Gesetz nur annehmen würden, wenn es auch das Frauenwahlrecht bringe. So kann die Frage für England, wie kürzlich für Schweden, zur Hauptparteifrage werden. Das beweist jedenfalls, daß, wie immer gegenwärtig das Schicksal des Frauenwahlrechts dort fallen mag, die endgültige Annahme nicht mehr lange hinausgeschoben werden kann.

Der letzte Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie beschäftigte sich eingehend mit der Frauenwahlrechtsfrage. Die lange Resolution, die schließlich angenommen wurde, erklärt zwar »ein zeitweiliges Zusammenwirken [mit der bürgerlichen Bewegung] zur Erzielung des Frauenstimmrechts« für »zulässig«, wendet sich aber im übrigen mit den gleichen haltlosen Behauptungen

gegen die bürgerliche Bewegung, wie dies bei uns üblich ist. Bei den Verhandlungen hatte sich allerdings eine starke Opposition gegen diese Auffassung geltend gemacht. In Holland hat die geeinigte liberale Partei das politische Frauenstimmrecht in ihr Programm aufgenommen.

× Kurze Chronik Am 11. Dezember starb bei Rom Margherita Mengarini-Traube, die Tochter des berühmten Klinikers. Sie hat als eine der ersten Frauen Naturwissenschaften studiert, viele Facharbeiten geschrieben und sich gleichzeitig äußerst lebhaft an verschiedenen Zweigen der Frauenbewegung, besonders in der Prostitutions- und Stimmrechtsfrage, betätigt. × Ein Vertretertag der akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands erklärte sich gegen nur ganz wenige oppositionelle Stimmen gegen die Leitung höherer Schulen durch Frauen. »Gewichtige Gründe psychologischer und politischer Natur« sprechen nach der Meinung des Hauptreferenten gegen die »verhängnisvolle Neuerung«. Die Herren Oberlehrer sollten doch heutzutage schon etwas zeitgemäßer urteilen. × Bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung haben sich die Frauen überall lebhaft beteiligt und besonders in den großen Städten eine relativ hohe Zahl von weiblichen Vertrauensmännern durchgebracht.

× Literatur Biographische Skizzen des Lebensschicksals zweier prominenter Frauen veröffentlicht der Verlag Edgar Thamm in Halle an der Saale: ein Lebensbild von Ellen Key und Erinnerungen an Mary Wollstonecraft. Es ist etwas Gemeinsames in beiden Büchern oder vielmehr in dem Eindruck, den sie in uns auslösen, so fern sich diese beiden Frauen der Zeit nach stehen, und so verschieden die Natur der Schilderung selbst wie die innere Beziehung der Biographen zu ihrer Heldin sind. Dieses Gemeinsame entfließt der Gleichartigkeit des Seelentypus, dem Mary Wollstonecraft wie Ellen Key in ihrem Verhältnis zu Welt und Leben Ausdruck gegeben haben, der in sich ruhenden, sich dem widerstrebenden Außendasein gegenüber kämpfend behauptenden Eigenpersönlichkeit der beiden Frauen. Beide Biographien sind an sich interessant. Der Schwede John Lindquist schildert das Sein und Wirken seiner berühmten Landsmännin

Ellen Key mit eindringendem Verständnis; er zeichnet in ihr die feste geschlossene Individualität, deren starker Einfluß besonders auf die Jugend in dem spezifisch Modernen der sie bewegenden Probleme, mehr noch in dem lebensgläubigen Optimismus ihres ersten, sinnenden, aber doch harmonisch zusammengesetzten Geistes liegt. × Das Buch über Mary Wollstonecraft ist eine Übersetzung der Aufzeichnungen, die der treue Gefährte ihres letzten Lebensjahrs William Godwin über sie niederschrieb, aus denen uns, wie die Übersetzerin Therese Schlesinger-Eckstein schreibt, »der Adel zweier großer Seelen in ungetrübter Reinheit widerstrahlt«. Wir kennen diese wundervolle Liebe aus dem schönen Buch von Helene Simon. Sie war wie ein vom Schicksal vorbestimmtes Sichfinden nach langem irrenden Suchen, wie der notwendige Abschluß dieses leidenschaftlich bewegten, in tätigem Handeln für ihr Geschlecht wie in tiefem Leid gestählten Frauenlebens. Und wie unter dem Zwang der gleichen seltsamen Notwendigkeit zerriß das Fatum auch hier rasch wieder den glücklichen Bund. Es ist, als wollte es in dieser ersten Vorkämpferin dem neuen ringenden Frauengeschlecht in ferner Verheißung den kommenden Lebens- und Liebestraum enthüllen und zugleich seine unlösbare Schwere verkünden.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Frida Ickak

Thermodynamik Auf der diesjährigen deutschen Naturforscherversammlung hat W. Nernst einen Vortrag *Zur neuern Entwicklung der Thermodynamik* gehalten, der von so grundlegender Bedeutung ist, daß an dieser Stelle näher auf ihn eingegangen werden muß.

Nernst wies darauf hin, daß die klassische Thermodynamik infolge der neuesten Forschungen einiger Zusätze bedarf. Zwar stehen die sogenannten beiden *Hauptsätze der Thermodynamik* unerschütterlich fest, sie allein genügen jedoch zur Erklärung thermodynamischer Prozesse nicht mehr. Die Entdeckung des radioaktiven Zerfalls hat zu dem Schluß geführt, daß innerhalb der Atome im Element Energievorräte aufgespeichert sind, in Vergleich zu denen der Wärmeinhalt, das heißt die kinetische Energie der Atome verschwindend klein ist. Ein anderes auffallendes Moment bei den

radioaktiven Prozessen ist ihre vollkommene Unumkehrbarkeit. Während man einen noch so komplizierten chemischen Prozeß durch eine richtige Variation der Bedingungen in entgegengesetzter Richtung verlaufen lassen kann, liegt nicht der geringste Anhalt dafür vor, daß das Uran (der Urstoff der radioaktiven Stoffe) sich rückbilden ließe. Der 2. Hauptsatz erfährt dadurch eine interessante Ergänzung. Bekanntlich verlaufen alle natürlichen Prozesse so, daß sich immer mehr und mehr hochwertige Energie in minderwertige, Wärme, verwandelt. Die Physik spricht in diesem Sinn vom *Wärmethod des Weltalls* als dem Moment, da alle verfügbare Energie sich in leistungsunfähige Wärme verwandelt haben wird. Nun stellt die Theorie des radioaktiven Zerfalls dieser Degradation der Energie eine ebenfalls sich unausgesetzt abspielende Degradation der Materie an die Seite, und so wird die Aussicht auf eine Götterdämmerung des Weltalls nur noch verdoppelt. Freilich ist diese Konsequenz nicht unbedingt notwendig, denn man kann auch annehmen, daß in den Zerfallprodukten der Elemente in ihre Ursubstanz, ähnlich wie in einem Gas nach der kinetischen Theorie, alle möglichen Konstellationen vorkommen, so daß auf diesem Weg von Zeit zu Zeit sich ein Atom irgendwelcher Art rückbildet.

Einen weitem Anhang zwingen der mechanischen Wärmetheorie die neuesten Arbeiten über die spezifische Wärme auf. Bekanntlich nimmt die spezifische Wärme mit der Temperatur ab. Nachdem eine Methode ausgearbeitet wurde, um bei der Temperatur der flüssigen Luft und schließlich auch der des flüssigen Wasserstoffs die spezifische Wärme zu bestimmen, fand man, daß die spezifische Wärme bereits vor Erreichung des absoluten Nullpunkts verschwindend klein wird. Diese Tatsache steht im Widerspruch zu der landläufigen kinetischen Theorie, stimmt aber mit der neuen Planck - Einsteinschen Quantentheorie überein, von der bereits in dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag. 942 f.) die Rede war.

Eine Kardinalfrage der Chemie lautet: In welchem Verhältnis steht die Affinität zu der Wärmeentwicklung einer Reaktion? Nach Berthelot strebt jede chemische Umwandlung, die sich ohne Dazwischenkunft einer fremden Energie vollzieht, nach Erzeugung desjenigen Stoffes oder desjenigen Systems von Stoffen, das die meiste Wärme

entwickelt. Danach ist die chemische Affinität mit Wärmeentwicklung identisch. Das trifft aber keineswegs immer zu; denn in vielen Fällen kann man lediglich durch Änderung der Mengenverhältnisse der reagierenden Komponenten die Reaktion sich einmal unter Wärmeentwicklung, das andere Mal unter Wärmeabsorption abspielen lassen. Nachdem man lange genug das Berthelotsche Prinzip als falsch betrachtet hat, bringt es Nernst in geklärter Form wieder zu Ehren, indem er es als Spezialfall eines viel allgemeineren Prinzips aufstellt: Bei der Temperaturgrenze 0 ist die Änderung der freien Energie (Affinität) identisch mit der der Gesamtenergie (Wärmeentwicklung). Im Einklang mit der Planck - Einsteinschen Wärmetheorie und weit hinaus zeigt das Nernstsche Wärmetheorem, daß bei tiefen Temperaturen alle Atomwärme nicht nur konstant sondern sämtlich einander gleich, und zwar 0, sein muß.

Man hat die beiden Hauptsätze der Thermodynamik auch so formuliert: Es ist unmöglich 1. eine Maschine zu bauen, die fortwährend Arbeit oder Wärme aus nichts schafft (*Perpetuum mobile*); 2. eine Maschine zu konstruieren, die fortwährend Wärme der Umgebung in äußere Arbeit verwandelt (das sogenannte *Perpetuum mobile 2. Art*). Das Nernstsche Wärmetheorem ergänzt diese beiden Thesen: 3. Es ist unmöglich eine Vorrichtung zu ersinnen, durch die ein Körper völlig der Wärme beraubt, das heißt bis zum absoluten Nullpunkt abgekühlt werden kann.

Zur Klärung der thermodynamischen Grundbegriffe tragen in hohem Maß auch die Ausführungen H. L. Callendars über die Grundlagen der modernen Wärmelehre bei, die dieser Gelehrte in der *British Association for the Advancement of Science* vorgetragen hat. Bekanntlich besagt (lange vor dem Gesetz der Erhaltung der Energie) das sogenannte *Carnotsche Prinzip*, daß die pro Wärmeeinheit erzielte Arbeit nur eine Funktion der jeweiligen Temperatur sei (*Carnotsche Funktion*). Diese Funktion ist bei gleicher Temperatur für alle Substanzen gleich. Aus den rohen Daten für Wasserdampf, Alkohol und Luft, die damals zugänglich waren, konnte Carnot die Richtigkeit der Theorie bestätigen. Die hierbei verwendete Gleichung ist als Clapeyronsche Gleichung bekannt, denn Carnot selbst hat seine Funktion auf keine algebraische Form gebracht. Carnot, der rein von der stofflichen Natur

der Wärme ausgeht, zeigt bereits, daß die bei isothermer Expansion eines Gases verbrauchte Wärme in einem konstanten Verhältnis zur Arbeit steht. Dieses Verhältnis ist ja, in moderner Sprache ausgedrückt, nichts anderes als das mechanische Wärmeäquivalent. Dieses Verdienst Carnots wurde bis jetzt verkannt. Callendar zeigt nun, daß der Feststellung der Begriffsbestimmung auf diesem Gebiet mehr als ein historisches Interesse zukommt. Wenn man die Temperatur durch ein ideales Gas mißt (wie es jetzt geschieht), so wird der Wert der Carnotschen Funktion einfach durch eine konstante Größe repräsentiert, die lediglich von der Wahl der Einheiten abhängt. So ergibt sich von selbst das Gesetz der Erhaltung der Energie, und zwar aus der Stofftheorie der Wärme. Zur Interpretation seiner Gleichung zieht Carnot oft den Vergleich mit dem Wasserfall heran. Die *bewegende Kraft der Wärme* ist der bewegenden Kraft des fallenden Wassers analog. Sie hängt nicht vom Wärmeverbrauch sondern vom Temperaturgefälle ab. Würde man die *bewegende Kraft der Wärme* als primär gegeben haben, so könnte man analog die Wassermenge, anstatt in Litern, in Kilogrammetern pro Sekunde messen. So weit stimmt die Stofftheorie mit der mechanischen Wärmetheorie überein. Aber mit *Calorie* war ursprünglich die Einheit des *Wärmestoffs* bezeichnet. Mit der Übernahme der Einheit in die neue Thermodynamik wurde eigentlich auch die *Caloric*, der *Wärmestoff*, übernommen. Rankin nannte dann den *Wärmestoff* die *thermodynamische Funktion*, ohne eigentlich näher auf sie einzugehen. Clausius führt für den Quantitätsfaktor der Wärme den Begriff *Entropie* ein. Die Entropie soll nichts anderes bedeuten als eine Größe, die nur bei reversiblen Prozessen konstant bleibt, sonst aber wächst. Es wurde aber übersehen, daß die Entropie mit Carnots *Caloric* identisch ist, und damit auch der Umstand, daß Wärme auch anders als Energie gemessen werden kann. Die kinetische Theorie hat die Entropie stets als rein mathematische Funktion behandelt, die keine physikalische Realität besitzt. Daher scheint es zumindest bedenklich, wenn man die Entropie als Qualitätsfaktor anspricht. Wenn zwei Substanzen verschiedener Temperatur gemischt werden, ist die Entropie der Mischung größer als die Summe der Entropieen einzeln. Nach Carnot müßte man sagen: *Caloric*, *Wärmestoff*, wird geschaffen.

Einen bessern Einblick in die Natur des Temperaturträgers bekommt man, wenn man die Elektrizität zur Analogie heranzieht. Die Vergleiche der Leitfähigkeiten für Elektrizität und Energie haben gezeigt, daß die Träger der Wärme und der Elektrizität die selben sind. Nun wird als Träger der Elektrizität das Elektron oder das Korpuskel negativer Elektrizität betrachtet. Callendar schließt sich der Ansicht J. J. Thomsens an, wonach in jedem Metalle neutrale *Dublets* vorhanden sind, die sich aus einem positiven und einem negativen Bestandteil zusammensetzen. Jedes Dublet gibt pro Sekunde etwa 10^{15} Elektronen ab. Callendar sieht nun die Träger der Wärme in den neutralen Dublets. Ist die Dissoziation der Dublets vollkommen, so sind die Wärmeleiter in ebenso hohem Maß auch Elektrizitätsleiter. Ist diese Dissoziation unvollkommen, so ist die Elektrizitätsleitfähigkeit geringer als die der Wärme. So ist im Gußeisen der elektrische Widerstand etwa 10mal so groß wie in reinem Eisen, obwohl der Wärmewiderstand für beide Materialien gleich ist.

Mit diesem Vorstellungskomplex kehrt Callendar zu der alten Stofftheorie der Wärme zurück. Nach dieser neuen Stofftheorie wird die Erzeugung von Wärme durch Reibung leicht erklärt. Durch die Reibung werden elektrische Teilchen losgerissen, was sich in Reibungselektrizität äußert. Die meisten Teilchen vereinigen sich aber wieder und kommen in der Reibungswärme zum Vorschein. Callendar meint, daß, genau so wie die Träger der Elektrizität als Elektronen bezeichnet werden, es einer besondern Bezeichnung für die Träger der Wärme bedürfte; das *Wärmemolekül* wäre ein Analogon zum Elektron.

X Durchsichtige Präparate X

Der englische Schriftsteller Wells erzählt in seinem spannenden wissenschaftlich-phantastischen Roman *Der Unsichtbare* (deutsch von Winternitz /Stuttgart, J. Hoffmann/), wie es einem Gelehrten durch Veränderung des Brechungsindex der Körper gelingt sie durchsichtig und unsichtbar zu machen. Diese Utopie des Romanciers scheint jetzt durch die Arbeiten des bekannten Leipziger Anatomen Spalteholz zur Wirklichkeit werden zu wollen. Spalteholz machte die Beobachtung, daß dicke Muskeln und die Haut mit den darunterliegenden Geweben durchsichtig werden, wenn man sie, ähnlich wie mikroskopische Präpa-

rate, in Alkohol entwässert und durch Xylol in Kanadabalsam überführt. Auf Grund dieser Beobachtung arbeitete Spalteholz seine Methode der Durchsichtigmachung organischer Präparate aus. Das Prinzip ist dabei ziemlich einfach. Der Brechungskoeffizient der Flüssigkeit, in die das Präparat getaucht wird, muß dem des Präparats selbst gleich sein. Jeder Organismus, ja jedes Gewebe und jedes einzelne Organ hat einen Mittelwert des Brechungskoeffizienten. Aber es läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob ein Präparat in einer Flüssigkeit deshalb undurchsichtig ist, weil sein Brechungskoeffizient größer oder kleiner als der der Flüssigkeit ist. Solange der Brechungskoeffizient der Flüssigkeit mit dem des Gewebes nicht genau übereinstimmt, wird ein Teil des Lichts an der Oberfläche diffus reflektiert, und der Körper erscheint mehr oder weniger undurchsichtig. Durch Ausprobieren wird der Brechungskoeffizient der Flüssigkeit dem des Präparats gleich gemacht. So beobachtete Spalteholz, daß, wenn man das Herz in Benzol mit Schwefelkohlenstoff taucht, das Präparat um so durchsichtiger wird, je mehr Schwefelkohlenstoff man hinzufügt. Da Schwefelkohlenstoff durch seinen ungemessen schlechten Geruch und durch seine Feuergefährlichkeit und Flüchtigkeit das Arbeiten erschwert, suchte Spalteholz nach einem passenden Ersatz dafür, und es gelang ihm auch bald einen vollwertigen Ersatz in einigen ätherischen Ölen zu finden.

Der große Wert der Spalteholz'schen Arbeiten ist ohne weiteres einleuchtend. Teile, die in ihrer Färbung von ihrer Umgebung abweichen, heben sich durch ihre größere oder mindere Durchsichtigkeit ab und werden so ihrer Lage und ihrer Form nach genau fixierbar. So kann man an einem nach Spalteholz aufgetrockneten Embryo mit der größten Sicherheit die Lage und die Form der Knochen, des Herzens, des Gehirns erkennen. Im Laboratorium würde diese Durchsichtigmachung weit größere Dienste leisten als die Röntgenstrahlen. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß man für jedes einzelne Gewebe, jedes Organ in jedem Organismus und in jeder Altersstufe (so viel steht fest, daß der Brechungskoeffizient auch mit dem Alter variiert) eine passende *Aufhellungsflüssigkeit* findet. Besonders wichtig wird die Spalteholz'sche Methode für das Studium der Nerven am unversehrten Objekt.

Kongresse Wie alljährlich fand auch in diesem Herbst eine Reihe von Kongressen statt, die sich mit verschiedenen Fragen der Naturwissenschaften beschäftigten. An erster Stelle ist da die 84. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu nennen, die vom 15. bis zum 21. September in Münster in Westfalen tagte. Es wäre unmöglich auch nur annähernd die Fragen der Spezialforschung aufzuzählen, die auf der Tagesordnung standen. Für die exakten Naturwissenschaften bildete das wichtigste Ereignis der Nernstsche Vortrag, über den oben in dem Abschnitt *Thermodynamik* berichtet wurde.

Auch der naturwissenschaftliche Teil der Versammlung der *British Association for the Advancement of Science*, die vom 4. bis zum 11. September in Dundee abgehalten wurde, stand dieses Jahr, wie aus dem genannten Abschnitt oben ersichtlich ist, unter dem Zeichen der *Thermodynamik*.

Von anderen Veranstaltungen sei hier nur noch auf den 8. internationalen Kongreß für angewandte Chemie hingewiesen, der Anfang September in New York stattfand. Besonders viel Aufmerksamkeit haben die Vorträge aus dem Gebiet der synthetischen Chemie erregt. Bernthsen aus Ludwigshafen beschrieb zum erstenmal ein Verfahren zur künstlichen Herstellung des Ammoniaks, Duisberg aus Elberfeld berichtete über die Herstellung des künstlichen Gummis. Unter anderm beschäftigte die Kongreßmitglieder auch die Frage der Verwertung der Sonnenstrahlen an Stelle der Kohle und sonstigen Feuerungsmaterials.

× **Kurze Chronik** Den diesjährigen Nobelpreis für Physik hat die Akademie der Wissenschaften in Stockholm dem Obergeringenieur Dalen in Stockholm zuerkannt; der Chemiepreis wurde zwischen den Professoren W. Grignard in Nancy und P. Sabatier in Toulouse geteilt. × Die Regierung der Vereinigten Staaten bewilligte die Mittel zur Errichtung eines Turms auf dem Mount Wilson in Kalifornien, der zur Feststellung dienen soll, ob die Wärmequelle der Sonne allmählich geringer wird oder nicht. × Der russischen Akademie der Wissenschaften sind 10 000 Rubel zur Erforschung der Fundorte radioaktiver Substanzen in Rußland zur

Verfügung gestellt worden. Zu diesem Zweck sollen spezielle Expeditionen nach dem Ural, dem Kaukasus usw. unternommen werden. X Carnegie hat für den Bau des neuen chemischen Instituts der Pariser Universität 80 000 Mark gespendet. X Das ehemalige van't Hoff'sche Laboratorium in Berlin soll in ein Museum für experimentelle Naturwissenschaften umgewandelt werden. X In Dresden wird demnächst eine neue große Sternwarte eröffnet.

X
Literatur Der Verlag Teubner in Leipzig sucht mit seiner neuen Sammlung *Mathematische Bibliothek* (über die hier bereits in der Rubrik *Philosophie*, 1912, 3. Band, pag. 1320 f., berichtet wurde) ein Gebiet zu popularisieren und dem gebildeten Laien zugänglich zu machen, das sonst als vollkommen unpopularisierbar betrachtet wurde: die Mathematik. Die Serie umfaßt neben der reinen Mathematik auch die angewandte, so zum Beispiel ist das 8. Bändchen der Serie den Fallgesetzen gewidmet. Der Verfasser, H. E. T i m e r d i n g, ist, wie alle Bearbeiter dieser hübschen Bändchen, ein kompetenter Fachmann. Ohne die Infinitesimalrechnung zu benutzen, nur von der geometrischen Darstellung aus, werden hier die Gesetze des freien Falls behandelt. Die Arbeit geht dem historischen Werdegang der Mechanik nach. Sie beginnt mit Galilei, dessen große Entdeckung die der Konstanz der Beschleunigung bei der Fallbewegung war. Aus ihr hat sich der Begriff der *Kraft* herausgebildet. Den Abschluß der Fallgesetze findet man bei Newton. Galileis Fallgesetze sinken zu einer bloßen Folgerung aus dem Gesetz der allgemeinen Gravitation herab. Die moderne Physik schließlich prüft die Fallgesetze, indem sie das Prinzip der Erhaltung der Energie auf die Fallbewegung anwendet.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Materialismus In unserer Parteiliteratur, sofern sie das Ziel verfolgt über die agitatorische Arbeit hinaus an weiterer Aufklärung der Begriffe, einer Kritik der überlieferten Gedankenformulierungen zu arbeiten, ist vielfach und nachdrücklich hervorgehoben worden, daß jene im Marxismus lebendige Geschichtsauffassung, die das Gewirr der sozialhistorischen Erscheinungen prinzipiell im Zusammenhang mit den jeweiligen ökonomischen Lebensformen der Gesellschaft zu erfassen,

unter diesem spezifischen Gesichtspunkt zu gruppieren und darzustellen sucht, den ihr von Engels beigelegten Titel *materialistisch* streng genommen zu Unrecht trägt. Womit natürlich nichts gegen den praktischen weitem Gebrauch der heute nun einmal populären, in ihrer Kürze handlichen Bezeichnung gesagt werden sollte. Nicht gegen das Wort sondern gegen die Nebenvorstellungen, die eine solche Titulatur hervorruft, richtet sich die Polemik; gegen das Vorurteil: es bestehe zwischen jener geschichtlichen Betrachtungsweise und dem *Materialismus*, der die gesamten seelisch geistigen Lebensäußerungen zuletzt rein aus mechanischen und chemischen Bewegungsvorgängen begreifen zu können prätendiert, irgendein wesentliches Zusammengehörigkeitsverhältnis; gegen das Vorurteil, als müsse, wer in diesem Sinn *Materialist* ist, bei logischem Denken in der ökonomischen Interpretation der Geschichte eine notwendige Ergänzung und Konsequenz seines allgemeinen philosophischen Standpunkts, und als müsse der Vertreter ökonomischer Geschichtsbetrachtung *vice versa* im *Materialismus* die allgemeinste philosophische Grundvoraussetzung, von der er ausgeht, anerkennen.

Daß Engels eine solche Verbindung statuieren wollte und ihr große Bedeutung beimaß, geht aus seinem Schriftchen über Feuerbach, in dem er (übrigens in Übereinstimmung mit den im Anhang abgedruckten Feuerbachthesen des jungen Marx) die ökonomische Geschichtsauffassung als eine Etappe in der Gesamtentwicklung des materialistischen Denkens darstellt, klar hervor. Aber sein Versuch einer solchen Konstruktion basiert zuletzt auf einem Quidproquo: darauf, daß er den *Materialismus* (der bei aller zur Schau getragenen Verachtung metaphysischer Spekulation, die eine endgültige Lösung des Welträtsels, oder doch die Basis dafür, geben zu können glaubt, in gewissem Sinn selbst eine jede Grenze des wissenschaftlich Nachweisbaren überschreitende Metaphysik ist) mit dem Prinzip vorurteilslosen wissenschaftlichen Denkens überhaupt zusammenwirft. »Man entschloß sich«, sagt Engels, die Zersetzung des Hegelianismus schildernd, dort an einer Stelle, »die wirkliche Welt (Natur und Geschichte) so aufzufassen wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt, man entschloß sich jede

idealistische Schrulle unbarmherzig zum Opfer zu bringen, die sich mit den, in ihrem eigenen Zusammenhang und in keinem phantastischen aufgefaßten Tatsachen nicht in Einklang bringen ließ. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts.« So gedeutet, verflüchtet sich dann freilich jeder spezifische Sinn des Wortes. Die Bezeichnung der ökonomisch-historischen Betrachtungsweise als *materialistisch* würde dann nur besagen, daß diese, was ja selbstverständlich ist, die objektiv gegebenen Tatsachen als oberste Instanz ansieht und die Beeinflussung durch irgendwelche gläubigen Gemütsbedürfnisse im Prinzip ablehnt.

In Wahrheit aber steht das unbefangene wissenschaftliche Denken dem *Materialismus* nicht weniger kritisch als jeder andern metaphysischen Hypothese, die Antwort auf die letzten Fragen geben will, gegenüber. Sofern er metaphysisch ist, teilt er mit jeder andern Metaphysik das Schicksal mehr zu behaupten als sich nach wissenschaftlichen Methoden beweisen oder auch nur plausibel machen läßt. Eine ganz andere Bedeutung freilich erhält das Wort, wenn man, auf alle metaphysischen Ansprüche verzichtend, darunter einfach eine allgemeine heuristische Maxime des naturwissenschaftlichen Denkens versteht, das selbstverständliche Bestreben: in dem unserm Bewußtsein gegebenen Weltbild der sich allerorts manifestierenden Bedingtheit seelisch-geistiger Erscheinungen durch physische und physiologische so weit wie irgend möglich nachzuspüren. So gewiß die ganz verschiedenartigen Zusammenhänge, mit denen die Wissenschaft es zu tun hat, sich nicht auf diesen einen zurückführen lassen werden, so klar tritt im Gesamtbetrieb des Erkennens die außerordentliche Wichtigkeit einer dieses sich zum Ziel setzenden und rücksichtslos verfolgenden Forscherarbeit zutage. So aufgefaßt repräsentiert der *Materialismus* dann allerdings eine im Wesen wissenschaftlichen Denkens selbst fundierte, im Prinzip von solchem Denken untrennbare Tendenz. Aber auch so gefaßt rücken *Materialismus* und ökonomische Geschichtsbetrachtung in kein spezifisches engeres Verhältnis. Denn weder haben irgendwelche betreffs der Abhängigkeit des seelisch-Geistigen vom Körperlichen gewonnenen neuen Einblicke einen Einfluß auf die Entstehung und Ausbildung dieser historischen Auffassung gehabt, noch läßt sich

einsehen, welche wesentliche Förderung der Geschichtsauffassung von dem Fortschreiten gerade dieses Zweigs naturwissenschaftlicher Erkenntnis in absehbarer Zeit erwachsen sollte.

Seitdem in den letzten Jahrzehnten unter dem Zusammenwirken mannigfacher Bedingungen (vor allem durch die sich immer mehr verbreitende Einsicht, daß die Grundprobleme des Kantischen Denkens durch keinerlei Naturwissenschaft, keinen Darwinismus usw. erledigt werden könnten) der Name *Materialismus* an Kurswert stark verloren, ist Hand in Hand damit auch die Tendenz die ökonomische Geschichtsauffassung als Krönung und Vollendung des *Materialismus* darzustellen in den Hintergrund getreten, beinahe schon vergessen. Die Polemik, die Genosse Pannekok als angeblicher Hüter des Marxismus letzthin in der *Neuen Zeit* (1912-1913, 1. Band, pag. 272 ff. und 365 ff.) gegen den plötzlich revisionistischen Entgleisungen verdächtigen Genossen K. Kautsky führte, liest sich, wie in anderer so auch in dieser Hinsicht, wie ein Stück aus längst vergangenen Zeiten. Während jede Bemühung über das Wesen der sogenannten *materialistischen* Geschichtsauffassung (die doch nach Engels' eigener späterer Formulierung vornehmlich eine Methode historischer Betrachtung sein will) zu festerer Begriffsbestimmung zu gelangen auf die Absonderung anfechtbarer Verallgemeinerungen, auf die Herausschälung ihrer einfachsten und in sich selber evidenten Momente gerichtet sein mußte, läßt er den Marxismus sozusagen als einen Wundertäter, als Universalserben des *Materialismus* aufmarschieren, der alle Wünsche, die dieser hegen könnte, im Handumdrehen erfüllt. »Der Marxismus«, verkündet er, »erklärt alles Handeln der Menschen in Geschichte und Politik aus den materiellen, insbesondere den wirtschaftlichen Verhältnissen.« Indessen darum schalte er den Geist nicht aus. »Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Geist hindurch. Ihr Handeln wird durch ihren Willen, durch alles, was in ihrem Geist als Idee, Prinzipien, Beweggründe lebt, bestimmt. Aber der Marxismus sagt, daß dieses Geistige in dem Menschen völlig ein Produkt der ihn umgebenden materiellen Welt ist, daß also die wirtschaftlichen Verhältnisse nur dadurch sein Handeln bestimmen, daß sie auf seinen Geist einwirken und seinen Willen bestimmen.« Fragt sich

nur noch, wie, nach welchen Gesetzen das Materielle dazu kommt ein Geistiges im Körperlichen und just den Menscheng Geist im Menschenkörper zu produzieren, einen Menscheng Geist, dessen Handeln ja nach Pannekoeks ausdrücklicher Versicherung durch »Idee«, »Prinzipien«, »Beweggründe« bestimmt ist, der also jedenfalls das geistige Vermögen bewußt zwecksetzender Überlegung in sich schließt. Die Arbeit, durch die der vergesellschaftete Mensch »seinen Stoffwechsel mit der Natur vermittelt«, bewirkt nach dem schlagenden Ausdruck Marx' eine »Formänderung des Natürlichen, durch die er im Natürlichen zugleich seinen Zweck verwirklicht, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt, und dem er seinen Willen unterordnen muß«. Die spezifisch menschliche Denkanlage, also der Menscheng Geist, der bewußt zweckmäßiges Handeln der Menschen überhaupt erst möglich macht, ist bei jeder von den Ökonomen anzustellenden Untersuchung der historisch-sozialen Arbeitsorganisation und des wirtschaftlichen Gesamtprozesses immer schon vorausgesetzt. Und ebenso gilt das für jede Untersuchung: ob und inwiefern die im Ökonomischen das Handeln vornehmlich leitenden Zwecksetzungen (man kann sagen: der Wille zur Lebensfristung, zum Wohlleben, zur Auszeichnung und Macht) zugleich über die Sphäre des Ökonomischen hinaus den einzelnen je nach ihrer jeweils konkret bestimmten Klassenlage konkret bestimmte, ihr Handeln als Klasse tendenziell determinierende Strebeziele vorschreiben; ob und wie sich aus so begründeten Tendenzen die wirkliche Bewegung in ihrem historischen Gesamtzusammenhang näher bestimmen und begreifen läßt. Von irgendeiner restlosen »Erklärung alles Handelns der Menschen in Geschichte und Politik« nach einer derartigen Methode kann, wie jede auch nur flüchtige Überlegung zeigt, gar nicht die Rede sein. Von hundert anderen Gründen abgesehen, schon darum nicht, weil die Konstatierung, daß der Egoismus und der Klassenegoismus unter den und den gegebenen Umständen die und die bestimmten Strebeziele rationellerweise zu verfolgen hätte, über die Energie, mit der er das tut, und damit über die historischen Chancen der Durchsetzung dieser Strebeziele ja noch gar nichts aussagt. Wenn schon im Ökonomischen, da wo der Appell zur Tätigkeit sich

rein an den privaten Egoismus wendet, dieser bei den verschiedenen Individuen in sehr verschiedener Weise reagiert, so ist die Art, wie Klassenangehörige auf den Appell im Dienst des Klassenwohls und Klassenaufstiegs sich zu rühren jeweils reagieren werden, natürlich noch viel weniger nach allgemeinen Regeln und Gesetzen im voraus berechenbar. Der »Geist« und »Wille«, der nach Pannekoek durch die Einwirkung der materiellen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt wird, ist alles andere als eine *tabula rasa*, auf der das selbe äußere Milieu die selben Abdrücke hinterläßt. Was selbstverständlich gar kein Einwand gegen die heuristische Methode ökonomischer Geschichtsbetrachtung ist, wohl aber gegen alle solche Formulierungen, die wie die Pannekoeksche den Marxismus ins unkritisch Dogmatische verabsolutieren. Solange man nicht die Gesetze kennt, nach denen das »Materielle« das »Geistige« und die individuellen Unterschiede im »Geist« der Individuen produziert, bleibt die Behauptung, daß das »Geistige in dem Menschen völlig ein Produkt der ihn umgebenden materiellen Welt ist«, leer, reicht sie nicht weiter als das einfache Postulat den Zusammenhängen, die Geistiges an Körperliches knüpfen, so weit wie möglich nachzuspüren. Ich möchte diesen flüchtigen Exkurs nicht schließen, ohne auf die geistvollen und überaus anregenden Ausführungen des jüngst verstorbenen, auch mathematisch-naturwissenschaftlich hervorragend geschulten Jenenser Philosophieprofessors Otto Liebmann über *Gehirn und Geist* (in seinem Hauptwerk *Zur Analysis der Wirklichkeit*, 4. Auflage /Straßburg, Trübner/) hinzuweisen. Daß ihn gewiß nicht eine vorgefaßte Meinung oder ein Mangel an Courage hinderte sich für den *Materialismus* zu entscheiden, beweist, wenn es des Beweises noch bedürfte, die Art, wie er vom *Materialismus* spricht, die Sympathie, mit der er dessen Argumente, ihr Gewicht in weitem Umfang anerkennend, rekapituliert. Beschränkt man sich auf den (empirischen) *Materialismus* und schaltet jede metaphysische Hypothese aus, dann giftelt alles, meint er, in der »ausdrücklichen Gewissensfrage: was haben Physik, Chemie, Anatomie und Physiologie des menschlichen Gehirns zur Erklärung, zur strengen Deduktion der geistigen Vorgänge geleistet?« Was da bisher an sicheren Einsichten gewonnen, sei äußerst wenig, aber dieser Umstand

bewiese selbstverständlich nichts gegen die Richtigkeit des Zieles. Auch der beliebte, unendlich häufig wiederholte Einwand, daß, wenn man materialistisch die Intelligenz als »Funktion eines materiellen Denkorgans« auffassen wolle, Hirn und Denkprozeß doch schlechthin inkommensurable Vorgänge bleiben, und damit die Grundbedingung für die Begreiflichkeit ihres Zusammenhangs fehle, läßt er als Widerlegung des materialistischen Standpunkts nicht gelten. »Der Mangel der Begreiflichkeit eines solchen Zusammenhangs« ist »keine Instanz gegen dessen reelles Vorhandensein. Gibt es ja manche Dinge sonst noch, von denen unsere Schulweisheit sich nichts träumen läßt.« Jedoch, indem er nun zu dem Versuch fortgeht das Verhältnis zwischen dem Denkprozeß, der als solcher doch zugleich auch den Gesetzen logischrichtigen Denkens unterworfen ist, und dem rein materiellen Hirnprozeß im Rahmen jener materialistischen Grundannahme sich irgendwie näher zu verdeutlichen, kommt er dabei mit unausweichlicher Notwendigkeit zu einem Naturbegriff, der mit dem des *Materialismus*, daß die Natur ihr eigenes Getriebe letzthin rein nach physisch-materiellen Gesetzen regelt, unvereinbar ist, seine Grenzen überschreitet. Der (empirische) Materialismus, so sehr er auf der einen Seite den Tendenzen und Bedürfnissen unseres Begreifenwollens entspricht, stößt letzten Endes auf Probleme, die nach dem Schema einer ausschließlich physisch-materiellen Gesetzmäßigkeit, wie sie der *Materialismus* fordert, im Prinzip unlöslich scheinen. Geht man vom Satz aus, daß der Ablauf unseres Denkens durchgängig Zug um Zug materiell durch den Ablauf von Gehirnvorgängen bedingt sein muß, so wird man, da wir uns mit der evidentesten Gewißheit bewußt sind zugleich nach logischen Gesetzen zu denken, auf dieser Basis unumgänglich zu der weiteren Folgerung getrieben: jener nach physischen Naturgesetzen entstandene und nach solchen wirkende Hirnmechanismus sei »gleichzeitig so wunderbar konstruiert, als ob er nicht nach Naturgesetzen sondern nach logischen Gesetzen wirkte... Die ewig unbegreifliche Künstlerin Natur... baut uns ein logisch denkendes Automaton... Es müssen die vibrierenden Hirnmoleküle Bewegungen ausführen, die so aussehen, als würden sie von den idealen Regeln der Logik regiert, wie die mannigfaltigen Bewegungen einer

musizierenden Kapelle von der Partitur und dem Taktstock des Kapellmeisters.« Es bleibt da, schließt er, nur die Alternative: »Entweder die Hypothese des (empirischen) Materialismus wird (wozu ich mich nicht entschließen kann) aufgegeben; oder die Materie, die Natur [die uns zugleich nach physisch materiellen und logischen Gesetzen denken läßt] ist etwas anderes, ist unendlich viel mehr als der Physiker, der Chemiker, ja auch der Physiolog sich bei diesem Wort zu denken pflegt.« Dann bliebe wohl der vom *Materialismus* behauptete durchgängige Parallelismus der geistigen mit den körperlichen Vorgängen bestehen, indessen als Moment eines unendlich weitem, für unser Denken nicht mehr faßbaren Zusammenhanges.

Das Schlußwort, das die Gedanken noch einmal prägnant zusammenfaßt, ist zugleich für die Art aufrechten wissenschaftlichen Stolzes, der es verschmäht vor Zweifeln ins Asyl konzessionierter Gläubigkeit zurückzuzulichten, charakteristisch. Ich lasse es hier folgen: »Schon im Kristallisationsprozeß wird die Natur geheimnisvoller, für mechanische und chemische Erklärungsversuche unzugänglich; wir begreifen wohl noch ihre Bewegungen, aber nicht ihre eigensinnige Plastik. Dies steigert sich im physiologischen Entstehungs-, Bildungs- und Lebensprozeß der Organismen; von den wirkenden Ursachen, den zureichenden Realgründen, aus denen beispielsweise der Schapparat und Hörapparat eines Säugetiers hervorgeht, weiß man so gut wie gar nichts. Es erreicht seine höchste Potenz in der logischen Organisation des Gehirns, vor dessen spezifischen Leistungen der naturwissenschaftliche Verstand geradezu stillsteht und den Grafen Oerindur zu Hilfe rufen mag. Wer bis ans Ende denken will, der muß, über Empirie und exakte Naturforschung weit hinausgreifend, die Idee einer Natur konzipieren, welche den hergebrachten Naturbegriff weit hinter sich läßt. Sie kann nämlich, obwohl überall nach mechanischer Kausalität mit blinden Kräften wirkend, nicht bloß in kausalem Mechanismus bestehen, wenn sie mittels dieses Mechanismus ein logisches Organ, wie das *Cerebrum*, hervorbringt. Eine Druckschrift, die ich lese, obwohl sie von A bis Z und von der Konstruktion der Druckerpresse bis zur Vollendung des Reindrucks durch lauter kausalen Mechanismus entstanden ist (nicht durch ein theologisches Wun-

der!), sie weist vermöge ihrer logischen Anordnung mit Notwendigkeit auf ein logisches *ὑπερμονικόν* zurück, ohne dessen Wirksamkeit nicht Sinn, sondern Unsinn zutage gekommen sein würde. Ebendies gilt in außerordentlich viel höherem Grad vom menschlichen Gehirn; und man wird also zu der Idee genötigt, daß dem durchgängigen Naturmechanismus etwas eminent Logisches zugrunde liegen muß. Ist die Vernunft Naturprodukt, so muß die Natur Vernunft haben; wodurch man denn auf so etwas wie den *νοῦς* des Anaxagoras, den *λόγος* des Heraklit und der Stoiker hingewiesen wird. . . . Auf Physikotheologie reflektiere ich jedoch deshalb nicht, weil (abgesehen von Hungersnot, Pestilenz, Kampf ums Dasein und anderen natürlichen Mißständen abgeleiteter und sekundärer Art) die Vereinbarung dieser Theorie mit der Existenz einer Menge mißratener und verunglückter Geschöpfe aus erster Hand, wie der hirnlosen Mißgeburten, Mikrozephalen, Taubstummen, Blindgeborenen, Geisteskranken usw., sich durchaus nicht einsehen läßt. Mag das unter Göttern, nach einer höhern Staatsräson zweckmäßig heißen; unter uns Menschen wird es ganz anders genannt. Jeder unbefangene Beobachter muß sich im Hinblick auf dergleichen schreiende Disharmonien und Paradoxien darüber verwundern, wie so unermeßliche Genialität im Typischen, Generellen, mit so viel Stümperei im Individuellen, Einzelnen zusammenbesteht. Da bleibt nur übrig, daß die verborgene Substanz der Natur, jene *natura naturans*, die sich in der Körperwelt als Bewegungskraft, in der geistigen Welt als Denkkraft manifestiert, und welcher wir seit zwei Jahrhunderten unter Aufwendung des höchsten Menschenwitzes in der Tat einige ihrer äußeren Handgriffe (Naturgesetze) glücklich abgelautet und abgerungen haben, etwas dem menschlichen *λόγος* Analoges, ihm in einer Rücksicht unendlich Überlegenes sein muß, welches aber zugleich in anderer Rücksicht hinter ihm zurückbleibt. Läge in letzterm eine ärgerniserregende Blasphemie, so würden sicherlich nicht wir, sondern mit Stentorstimme sprechende Tatsachen derselben schuldig sein. »The rest is silence.« (*Hamlet*)»

×
 Kurze Chronik Professor R. Liefmanns
 Büchlein über die *Unter-
 nehmungsformen*
 /Stuttgart, Moritz/, das aus Vorträgen

von der *Berliner Vereinigung für Staatswissenschaften* entstand und des Verfassers rühmlich bekannte Schrift *Kartelle und Trusts* ergänzt, verdient in gleichem Maß wie jene Beachtung. Die Darstellung, wenn sie gleich, wie Liefmann selbst betont, im wesentlichen Bekanntes resümiert, tut das in trefflich konzentrierender Weise, die überall, auch wenn man da und dort nicht zustimmt, interessiert. Scharf hebt die Charakterisierung, die konsequent (auch gerade da, wo sie auf die mitwirkenden Einflüsse juristischer Bestimmungen eingeht) von ökonomischen Gesichtspunkten geleitet ist, die Formen, Bedingungen und tendenziellen Wirkungsweisen der verschiedenen Arten von *Kapitalgesellschaften* und *Genossenschaften* im Gesamtzusammenhang des kapitalistischen Prozesses hervor. Aus der Fülle des zu Gebote stehenden Materials ist Weniges, aber um so sorgsamer Ausgewähltes zur Illustration herangezogen. Eine Sparsamkeit, die es ermöglicht in knappem Rahmen weiten Überblick zu geben und dem breiten Leserkreis, an den sich die Arbeit wendet, nur willkommen sein kann. Den Reichtum ökonomischer Detailkenntnis, aus dem die Formulierungen geschöpft, an dem sie geprüft sind, spürt man auch so. Das Schlußkapitel behandelt die öffentlichen Unternehmungen, deren Ausdehnungschancen der Autor im Gegensatz zur staatssozialistischen Auffassung für eng begrenzt hält. Er ist der Ansicht, die Ziele, denen eine Verstaatlichung dienen will, seien auch ohne eine solche auf dem Weg der Gesetzgebung und Kontrollierung zu erreichen. × Friedrich Bendixens, eines Hamburger Hypothekenbankdirektors gesammelte Aufsätze *Geld und Kapital* /Leipzig, Duncker & Humblot/ leiden bei aller Sachkenntnis des Fachmanns doch unter einem solchen Mangel theoretisch klarer Fundamentierung, so daß die Diskussion über die entscheidenden Grundfragen durch sie kaum gefördert werden dürfte. × Ein Vortrag des Professors Walter Troeltsch *Volkswirtschaftliche Betrachtungen über die Mode* /Marburg, Elwert/ gibt eine Reihe interessanter Einblicke in dies gewiß nicht unwichtige, zuerst von Sombart ausführlicher behandelte Gebiet. × Aufgaben, Methoden und Resultate der Statistik behandelt eine kleine, sehr übersichtliche und klare Broschüre des Genossen Dr. Adolf Braun (*Statistik* /Wien, Danneberg/), die sich speziell an ein Arbeiterpublikum wendet. Bei der

ständig wachsenden Fülle statistischer Umfragen und Publikationen der Gewerkschaften wäre dem Schriftchen gerade auch in deutschen Parteikreisen eine recht große Leserschaft zu wünschen.

✕ Literatur Dr. Eugen Fridrichowicz leitet seinen *Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre* /Leipzig, Duncker & Humblot/ mit der Versicherung ein, er habe sich das Ziel gesetzt in engem Rahmen »doch eine erschöpfende Geschichte der Volkswirtschaftslehre zu bringen« und das »durch eine kurze, präzise, jedes unnütze Wort vermeidende Sprache, durch eine scharfe, jede Wiederholung ausschließende Disposition, durch eine gedrängte, nur immer das Charakteristische hervorhebende Darstellung« zu ermöglichen gesucht. Nach anderen Empfehlungen folgt die stolz bescheidene Erklärung: Als Nichtkenner des Russischen habe er nur die deutsch und französisch geschriebenen Werke russischer Ökonomen mitberücksichtigen können, denn »Bücher zu besprechen, in die ich nicht selbst einen Einblick zu nehmen vermochte, konnte ich mich nicht entschließen«. Zur Probe, was der Autor unter Einblicknehmen versteht, seien hier einige Proben aus dem Marx und Engels behandelnden Abschnitt seines Buches hergesetzt. Auf Seite 162 erfährt der Leser, daß das *Kommunistische Manifest* mit den Worten »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« beginnt. Das ist stark. Aber die Verwechslung von Anfang und Ende des weltbekannten Dokuments könnte ja auch ein zufälliges Malheur, ein momentanes Versagen des Gedächtnisses sein. Es wäre möglich, daß er Marx trotzdem durchblättert, ja vielleicht mit Fleiß und mit Bemühen um Verständnis gelesen hätte. Indes, was soll man zu dem Passus auf der nächsten Seite sagen: »Wenn Marx in dem 1847 zusammenausgearbeiteten *Manifest* noch einen Idealstaat ausmalte, so soll sein *Kapital* im Sinn der alttestamentarischen Propheten eine große Prophezeiung sein ...« Da hören Entschuldigungsversuche auf. Übrigens hindert ihn dies Pronunziamento keineswegs (was mit seiner abgründigen Verachtung des logischen Zusammenhang verlangenden »Rationalismus« recht gut zusammenstimmt) mit gleichem Aplomb auch wieder das Gegenteil zu behaupten; zum Beispiel, »daß die Bedeutung von Marx' *Kapital* gerade darin liege, daß es keinen zu erstrebenden

Idealstaat ausmalte« sondern Entwicklungstendenzen aufdecken wolle, die, im gegenwärtigen wirtschaftlichen Prozeß notwendig begründet, notwendig zu seiner Umgestaltung führen müßten. Zwischendurch erfreuen Sätze wie der folgende: »Wenn Marx ferner glaubte, daß die geschilderten Verhältnisse nur mit der Beseitigung des Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden könnten, so befolgte er damit, wie wir gesehen haben, ein altes liberales Rezept; auch die Liberalen hatten stets, wie wir wissen, alle Ursachen irgendwelcher Mißstände mit Stumpf und Stiel ausrotten wollen und niemals die Reformmöglichkeiten erwogen.« Das ist die »kurze, präzise ... Sprache«, die »nur immer das Charakteristische hervorhebende« Art der Darstellung. ✕ Die populäre *Geschichte der Nationalökonomie* des Bodenreformers Adolf Damaschke, ein Band von 600 Seiten, hat es (ein seltener Erfolg) zur 6. Auflage gebracht. Der Verlag von Gustav Fischer in Jena gab jetzt das 15. bis 18. Tausend heraus. ✕ *Wandlungen der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert*, eine summarische Übersicht von Professor Dr. W. Wygodzinski, ist in 2. Auflage (6. bis 10. Tausend) erschienen /Köln, Du Mont-Schauberg/.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Schwarzweiß. Die Einrichtung einer jährlichen Schwarzweißausstellung, wie sie die Berliner Sezession veranstaltet, scheint mir in dieser Ausdehnung und Betonung jetzt nicht mehr ganz so fruchtbar wie es zu Anfang schien. Studienblätter in dieser Menge haben leicht etwas Ermüdendes. Skizzen brauchen unter Umständen noch mehr Entgegenkommen und noch mehr besondere Einstellung als sogenannte fertige Bilder; und in zu großen Dosen genossen verlieren sie ihren Sinn mehr noch als jene. Zeichenblätter scheinen noch in besonderem Sinn privates Milieu und ein ruhiges Nachdenken zu verlangen. Das trifft natürlich nicht jene, die schon in ein etwas objektivere Gebiet hinübergearbeitet sind und schon einigermaßen abgelöst vom Künstler dastehen können. Eine wesentliche Bereicherung der Ausstellungen gibt die Plastik, die mit der Zeichenkunst sich wesentlich besser verbindet als mit Farbkunst. Den größten Eindruck gibt diesmal

Barlach mit seinem Zyklus von Lithographien zu dem Drama *Der tote Tag*. Ob das Drama eine Fiktion Barlachs ist, weiß ich nicht (jedenfalls ist der Gang der Begebnisse nicht klar). So viel ist klar: Es handelt sich um die elementarsten Lebensbeziehungen, so wie sie nur dann und wann ans Licht kommen, meist aber nur unten im Grund leben. Man sieht nur schwere und leidenschaftliche Gesten und die quaderhaften Körper Barlachs, vollgepreßt von einer dunkeln und ungestalten Leidenschaft. Fast alles im Halbdunkel ohne ein bestimmtes Licht, das den Dingen klarere Form geben könnte, und auch die Striche formlos und schwer. Das Ganze ist so überlastet von Leiden und von einem sinnlosen Wehren und Kämpfen dagegen, daß alles andere danach fast leer erscheint.

Die Art Corinths zeigt sich in seinen Zeichnungen lange nicht so vortheilhaft wie in seiner sehr freien und kräftigen Malweise. Trotzdem ist die Phantasie, wie sie sich zum Beispiel in *Adam und Eva* zeigt, voll von starkem Lebenssaft. Liebermanns Zeichnungen, besonders sein Selbstporträt, sind wieder fabelhaft geistreich. Von Hodler sind einige Zeichnungen da. Das Bild von ihm hat sich doch mit der Zeit ein wenig verschoben. So ernst Hodler zu seiner Kunst auch steht, und so groß und neu auch seine künstlerischen Probleme sind, so haftet doch allen seinen Produktionen ein Gran kalter Gescheitheit an, die dieses und jenes experimentieren und ausprobieren will. Sehr seltsam ist es, wie neue Richtungen, zu denen die junge Kunst sich bewegen will, unter Umständen zuerst von scharfen Köpfen propagiert werden, die die Probleme zu allererst mehr mit Verstandessinn klar erfassen.

Sehr drollig sind die Zeichnungen von Menzel, die aus seinen ganz jungen Jahren stammen müssen. Menzel hat da das Leben offenbar nur abschreiben wollen; mit so viel Simpeltät und Naivetät und einem so fröhlichen und offenen Sinn wie bei einem Schulkind. Sehr schön trifft Hans Maid den Illustrationston der romantischen Oper. Diese starke Leidenschaft, die nie die Distanz des Theaters überschreitet, die sich halb spielerisch Hals über Kopf ins Schwert stürzt, und in die sich Mond, Riesenschlösser und Wälder wie Kuliszen hineinschieben, dazu alles in wild verliebten Sinnen: das hat er ganz exzellent getroffen. Die *Faustillustratio-*

nen von Klemm sind wieder ganz besonders reizend und geistreich, im Maßhalten und speziell in der Raumverteilung. Eine Radierung von Heuser, eine *Auferstehung*, möchte ich noch nennen. Ein Bild von ihm in der *Sonderbundsausstellung* in Köln war mir sehr in Erinnerung geblieben. Mir scheint in beiden Sachen eine ganz besondere beseelte Bewegung zu stecken. Kubins Zeichnungen haben viel Reiz, und er scheint mir wesentlich vorwärts gegangen. Es sind wunderliche, halb allegorische Landschaften, vielleicht ein wenig an Breughel erinnernd, und in ihrer Wunderlichkeit etwas wie geträumt. Pascin bleibt bei den selben Motiven; immer ist es der selbe unsichere und zittrige Strich, und immer die selben kraftlos obszönen Motive, die in dieser Menge widerlich werden.

Über die Maßen glänzend ist wieder Th. Th. Heine, von dem ich manchmal zu glauben versucht war, er habe seine Glanzzeit bereits hinter sich. Hier wird man auf das herrlichste des Gegenteils überführt. Selbst Gulbranson hat leicht neben Heine etwas, das an Virtuosität erinnert, während bei Heine stets die Satire ganz im Vordergrund bleibt, und wenn man bei einzelnen Blättern denken mag, es geschehe dies auf Kosten des Künstlerischen, so ist doch, im Zusammenhang gesehen, die Bitterkeit und Galle in seinem Witz so groß und ernst, daß diese Einwände wie Lappalien abfallen. Man denke zum Beispiel an das Bild, auf dem der Monarch mit seiner übergroßen Krone, die ihm bis auf die Schultern gerutscht ist, bis zum Abgrund geritten ist, und wie von unten her ein Gewimmel von schwarzen, kleinen Jesuiten am Himmel in die Höhe zieht, etwa wie schwarze kleine Tierchen, die man in Angst durcheinanderschießen sieht.

Strömende Liebe spricht aus den Zeichnungen Lehmbrucks. Seine ganze Art ähnelt sehr der Gotik, deren so überaus lebendige Gebilde und Figuren stets aber in einem umfassenden großen Hintergrund eingeschlossen bleiben. Einwandfrei schön und voll von künstlerischem Leben ist mir übrigens auch die weibliche Büste, die er da ausgestellt hat. In Ausdruck und Haltung und in der technischen Behandlung ist immer der selbe liebe und gehaltene Sinn, und das Fleisch formt sich bei ihm mit einer solchen Wärme und Reinheit, wie ich es sonst kaum kenne.

X

X

Egger-Lienz Die erwartete Egger-Lienz-Ausstellung war jetzt bei Keller & Reiner, und wenn man auch nach jener Broschüre (siehe diese Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1325 f.) und ihrem grausamen Gericht mit einem gewissen Vorurteil an die Kunst des Egger-Lienz heranging, so ist doch die Sprache der Bilder dann und wann so kräftig und auch in gewissem Sinn so groß, daß solche Vorurteile schließlich schweigen müssen. Allerdings läuft für mich doch oft neben der wirklichen Schlichtheit eine sehr unangenehme Absichtlichkeit her, eine posierte Monumentalität, die ihre Größe mehr aus einer Idee hernimmt als daß sie naturgemäß gewachsen wäre und aus den Werken des Künstlers mit selbstverständlicher Kraft spräche. Der Einzug des Königs Etzel zum Beispiel ist für mich nichts anderes als dekorativ ein gut geglücktes Werk, in dem das Schwarz, Gold und Braun in schöner und strenger Wirkung zusammen stehen. Trotzdem haben die Formen nur die Maske von Größe, und die Männer mit den dicken Hälsen und winzigen Schädeln haben ein Dekorationspathos wie etwa die Helden von Erler auch; auch mit Kriemhildens stolzer Reserve ist es ähnlich. Ganz anders aber liegt es mit den späteren Werken. Am schönsten ist mir sein letztes, das Triptychon, in dem auch zum erstenmal der braune Ton, der an die Kartonzeichenkunst erinnert, wirklich gebrochen ist, und ein reines farbiges Weiß als Hintergrund steht, vor dem dann mit tiefem Horizont ganz groß links der Sämann und rechts der Mäher sind; in der Mitte hoch hinauf braune hügelige Sennwiesen, nur durch die absolute Einsamkeit und Schlichtheit sprechend. Groß empfunden ist auch der Hausbau. Das Bild ist betitelt *Das Leben*. Auf dem Holzgerüst stehen in der Mitte der Mann und die Frau, beide in den spätreifen Jahren, Gesicht und Körper von der Arbeit hart und schwer geworden, und dicht um sie herum auf dem Gerüst verteilt 4 Männer in verschiedenem Alter, die an dem Haus arbeiten. Das Haus und die Familie, die sich da gründet, müssen wie aus Eisen gefügt sein.

✕ **Watteau** Von den *Klassikern der Kunst*, die die *Deutsche Verlagsanstalt* in Stuttgart herausgibt, sind 2 neue Bände erschienen. Der eine ist Watteau, der andere Holbein gewidmet. Die Wiedergabe der

Bilder ist ausgezeichnet, und es ist und bleibt immer einer der größten Eindrücke eine solche Zusammenstellung der Arbeiten eines Künstlers zu sehen. Diese beiden sind Gegenpole wie sie nur irgend möglich sind. Wie hat sich nur Watteau und dem ganzen Rokoko die Welt so merkwürdig gezeigt! Wie ist sie ihnen so ganz nur eine Seifenblase, die Körper unschwer wie in ihrer Spiegelung gesehen, und so auch die Farben spielend in einander verzogen und schillernd. Watteau ist ohne alle Frage der Größte jener Zeit, und wenn auch merkwürdigerweise dann und wann ganz trocken gemalte Schäferbilder oder Bauernszenen mit unterlaufen, in der Art seiner flämischen Heimatskunst, so ist doch auf der andern Seite die Vollendung und Verklärung dieser verliebtesten Kunst so groß wie bei keinem zweiten. Das Licht ist zittrig und fällt strichweise über Menschen und Bäume, nur gerade so viel wie nötig ist, um sie aus dem Zauberreich der Luftgebilde uns körperlich ein wenig in die Nähe zu ziehen. Es ist besonders charakteristisch die Vorliebe Watteaus für die Komödie, in der die Menschen unter der Maske nur einhergehen, und ein jeder die Überschrift seines Charakters mit sich trägt als Harlekin oder Pierrot oder als romantischer Liebhaber; und dieses ganze leise Getriebe seiner Bilder mit seinen aufgelösten Liebeleien, in denen manchmal ein leises Tönchen von Schwermut mitschwingt, und denen alles Körperliche durch die Finger hindurchgeronnen ist, klingt jetzt vielleicht ein wenig wieder in dem russischen Ballett, speziell im *Karneval*.

Watteau war schwindstüchtig; er starb mit 35 Jahren, und vielleicht war diese Krankheit auch mit ein Grund, daß ihm die Welt zu diesem verzauberten Liebesgarten geworden ist, in dem sich die Menschen auch umfassen und auch Liebesdinge tun, ohne das Gewicht einer Wirklichkeit.

✕ **Holbein**

Wie gänzlich anders steht Holbein allen Dingen gegenüber. Alles ist in seinem Erfassen gleich tätig: seine Sinne wie auch sein Wille oder seine Spekulation, und dieses alles ist klar zusammengehalten von einer ganz außerordentlichen Intelligenz, die mit voller Bewußtheit sich ihre Belehrungen und Anregungen aus den großen Ideen ihrer Zeit zusammensucht.

Über all diesen sehr großen künstlerischen

schen Qualitäten Holbeins steht aber einzig und genial sein Menschensinn wie er sich im Porträt dokumentiert. Ich wüßte keinen zweiten, der mit so viel wirklich menschlichem Gefühl an diese Kunst ginge; jedes der Bilder steht wieder vor uns mit der selben Lebensfülle, und wie man keinem wirklichen Menschen mit irgendeiner Beschreibung oder Definition beikommen kann, so auch keinem Porträt Holbeins. Es ist nichts von Konstruktion und nichts von poetischer Stilisierung dabei; mit der selben ehrlichen Ehrfurcht steht Holbein vor jeder neuen Schädelform, vor jeder Nase und jedem Mund, ohne daß dabei je das Bild ein Nebeneinander dieser absonderlichen Einzelheiten wäre. Stets sind sie von dem grandiosen Erfassen der ganzen Gestalt zusammengehalten, von ihrem Geist, ihrer Form und Haltung, so daß im Porträt Holbeins Art erschöpfend adäquat erscheint.

× **Kurze Chronik** Der Maler Karl Haider ist, 66 Jahre alt, gestorben.

× Die Stadt Rom hat allen Nationen das von ihnen bei einer vorjährigen Kunstausstellung eingenommene Terrain unter der Bedingung zum Geschenk gemacht, daß jede Nation, die das Geschenk annimmt, innerhalb 5 Jahren auf diesem Terrain der Kunst dienende Bauten errichtet. Bis jetzt hat nur England die Bedingung akzeptiert.

× Max Liebermann hat Porträts des Mathematikers Klein, des Philosophen Cohen und des Dichters Gerhart Hauptmann gemalt.

× **Literatur** Der Verlag Julius Hoffmann in Stuttgart hat eine *Geschichte der Kunst in*

Frankreich von Louis Hourticq deutsch herausgegeben. Das Werk gibt eine sehr gedrängte, aber klare Übersicht über die französische Kunst. Es scheint mir dies ein ganz besonders zeitgemäßes Unternehmen, da bei uns immer und immer wieder nur italienische Kunstgeschichte getrieben wird. Wenn nun auch durch lange Jahrhunderte hindurch Italien für unsere Kunst durchaus die Basis war, so ist doch die Zeit vorbei; und nicht nur für die moderne Kunst ist Frankreich der Lehrmeister, auch in der vorrenaissancelichen Zeit ist Deutschland mit Frankreich viel wesentlicher verknüpft gewesen als mit Italien, so daß das Buch mir eine deutliche Lücke ausfüllt. Es enthält an 900 kleine, aber deutliche Abbildungen, die einen guten

Überblick über den Gang der französischen Kunst geben; allerdings ist die Zeit etwa von Fragonard ab viel eingehender behandelt als die vorhergehende. Hourticq betont in dem Buch ganz besonders die sozialen Bedingungen der Kunst. Er schildert die veränderten Verhältnisse jener Zeit, als die Kunst aus den Händen der Mönche, die in ihren Aufgaben sich noch durchaus abhängig von orientalischer Überlieferung fühlten, in die Hände der städtischen Gemeinden überging. Die Gotik sieht er als die eigentliche Volkskunst. Ihre Aufgabe war es der Gemeinde genügend große Gotteshäuser zu schaffen; sie selbst kann im eigentlichen Sinn als der Erbauer gelten, indem sie sowohl die Mittel gab als auch die handwerklichen Arbeiten selbst leistete. Dann ging die Kunst in die Hände des Adels und der reichen Bürger über und kam damit unter den Einfluß des italienischen Klassizismus. Durch einige Jahrhunderte scheint dann die Kunst sich hier- und dorthin gewandt zu haben, um dann in ihrer Glanzzeit unter Louis XIV. sich in Paris durchaus zu zentralisieren. Die Stellung zur Renaissance scheint mir sehr wichtig. Hourticq betont (wenigstens was ihr Wesen in Frankreich betrifft) mehr in ihr das klassizistische Element, das zwar die Schönheit des Menschenkörpers zuerst wieder sieht, das aber zugleich die Schönheit aus ihrem ganzen lebendigen Konnex wieder herausreißt und ihr eine vernünftig gesetzmäßige Norm unterlegt. So fließt die Schönheit wieder in sich selbst zurück und wird ein sich isolierender Selbstzweck mit eigenem Gesetzeskodex. Bei den Bauten tritt der Bedarf und die Anpassung an die Landschaft hinter der Schönheit zurück, die hier wie überall gelten soll, und die Themen von Malerei und Plastik werden zeitlose Mythen. Dieser Kanon gibt von nun an überall den Ausschlag, und dementsprechend wird auch die Religion des 17. Jahrhunderts zu einem System klarer Gedanken. Varianten dieser Weltanschauung machen seither die Kunst aus, bis zur Moderne hin. Die Schreibweise Hourticqs ist bei aller Einfachheit und Schlichtheit ganz außerordentlich lebendig, und sowohl Text wie auch die unzähligen Bilder stellen das ungeheure Material übersichtlich und gut zusammen. × Das Buch *New York und Boston* von Morton H. Bernath / Leipzig, Seemann/ ist eine Art Reisehandbuch für die sehr reichen Kunstschatze der

New Yorker und Bostoner Museen. Es versucht auch eine kurze Charakteristik des Baustils dieser Städte zu geben, wie er von England übernommen war, übergeht aber vollständig den modern amerikanischen Baustil, wie er sich dort entwickelt hat.

Bühnenkunst / Hans Winand

Durieux Otto Brahms Schicksal warf seine Schatten voraus; mit der Aufführung von *Gabriel Schillings Flucht* blieb das *Lessingtheater* diesem Bekenntnis des gereiften Gerhart Hauptmann schon schmerzlich viel schuldig. Die jüngste Premiere aber, die Aufführung des (an dieser Stätte einer Aufführung unwerten) Stückes *Sommer* von Thaddäus Rittner wurde wider Willen zu einer Trauerfeier für den verbliebenen Herrn des Hauses. Diese Aufführung wird nur entschuldbar, wenn sie das Ziel verfolgte unsere Trauer um Brahms bis zur Verzweiflung zu steigern. Das wurde erreicht: Nie hätten Worte uns die Lücke, die Brahms Heimgang gerissen, so bitterlich ahnen lassen wie diese Tat, die einer pietätvollen künstlerischen Konkursansage der hinterbliebenen Regie nahekam. Immerhin wird man bei dieser Niederlage als mildernde Erklärung die Depression berücksichtigen, die im Haus noch fortwirken mochte. Unabhängig davon aber ist eine Erscheinung, an der, wie bitter es auch sein mag, nicht mehr vorübergegangen werden darf. Es ist der seltsame Fall der Schauspielerin Tilla Durieux. In bitterlich kurzer Frist hat diese Darstellerin die Verpuppung von einer virtuos wachsenden Künstlerin zu einer künstlerisch sinkenden Virtuosin vollzogen. Die ersten Spuren dieser Wandlung glaubte ich zu spüren, als sie in dem unseligen *Don Carlos* des *Deutschen Theaters* die Eboli spielte. Schon damals wurde ich die Empfindung nicht los, daß hier eine äußeren Wirkungen zustrebende Technik eine Persönlichkeit überwältigte. Denn als starke Persönlichkeit von originalen Umrissen hatte sich diese Frau überall von ihrer Umgebung abgehoben, hatte überall durch ein dumpfes, gleichsam unmittelbar von den dunkelsten Urtrieben gespeistes Temperament fasziniert. Herzenstöne waren nie ihre Stärke gewesen. Ihre Stärke lag eher in der Gestaltung unerlöster Instinkte. Sie erschien fast wie eine Negation der Seele: ein Triumph der Materie. Und durch die Wucht, mit der sie alle einer Verneinung zuge-

wandten Triebe groß, düster und fast gespenstisch in ein raubtierhaftes Linienspiel der Glieder bannte, gewann sie bisweilen beinahe etwas Elementares. Sie konnte wie ein Symbol des Mysteriums Erde wirken: und Schauer vor dieser Unterordnung des Seelischen unter die Naturgesetze erwecken. Ich hatte damals das Gefühl, daß diese Darstellerin der einst wirklich Strindbergs Frauengestalten von der Alltäglichkeit der Kulissenwelt befreien können würde. Sie schien gerade durch ihre Kraft, durch ihre Schwere, ja man möchte fast sagen: durch das spezifische Gewicht ihrer Persönlichkeit, dazu prädestiniert zu geben, was die ungleich vergeistigtere, schmiegsamere, beweglichere und buntere Eysoldt mit stärkerem Kraftaufwand sich abzurufen sucht: Instinkt. Tilla Durieux, hofften wir, wird einst aus dem Theaterstück *Erdegeist* ein Mysterium machen.

War dieser Glaube nur Projektion der Hoffnung oder beliebte hier wirklich die Natur an einem Menschen eine jener jähren Wesenswandlungen, wie wir sie nur selten im Leben finden und dann stets als etwas Rätselvolles bestaunen? Tilla Durieux scheint mir heute eine künstlerische Gefahr für jedes Ensemble. Nur ein Regisseur von Willenskraft kann diese Gefahr überwinden, Tilla Durieux, heute Primadonna, ist auf dem Weg künstlerischer Entartung. Ihre Technik hat sich so erstaunlich vervollkommen, daß sie bereits zum Schema erstarrt: und es ist ein blasser Trost, daß dieses Schema *Durieux* heißt. Die schaffende Phantasie, die ehemals diesem Körper und diesen Gliedern mit jeder neuen Aufgabe neue Ausdruckswerte abrang, scheint ermüdet oder ist erschöpft. Einst war es, als flössen dieser Schauspielerin alle Bewegungsformeln wie von selbst aus den dunklen Tiefen ihres Naturells zu. Und diese seltsam echte, unlösliche Zusammengehörigkeit von Wesen und Ausdruck durchleuchtete Blick, Gang und Gestus mit einer Kraft, vor der alles sich freudig oder widerwillig, immer aber gläubig duckte. Heute ist das anders. Rezepte sind daraus geworden; säuberlich bereitliegende Werkzeuge, die eine unheimliche Fingerfertigkeit nach Bedarf erfaßt und verwendet. Das Phänomen ist erstaunlich und zugleich enttäuschend: Man hat die irrsinnige Vorstellung eines Traums von dem Lavaausbruch eines erloschenen Vulkans. Die Lava quirlt, dampft, zischt und prasselt mit gewaltigem Getöse; und ist nur ein Aschenregen, der keinen Funken

Wärme spendet. Es ist, als bestände zwischen diesem Aufwand von Bewegungen, Gebärden, Nuancen und dem Wesen, das sie hervorbringt, gar kein Zusammenhang. Keinen Augenblick wird die verkörperte Gestalt lebendig, trotz aller Bewegtheit. Keinen Augenblick spielt man, daß hier Tilla Durieux spielt; aber meist vergesse ich, was sie spielt. Früher glaubte man zu spüren, wie eine Künstlerin in eine erdichtete Gestalt eindrang, hineinkroch und von innen heraus diese Konstruktion aus Worten zum Leben und zu menschlicher Wirklichkeit erweckte. Heute hat man das Gefühl, daß eine entsetzlich geschickte Schauspielerin die Rolle wie einen Mantel vom Kleiderhaken nimmt und sich umhängt. Das geschieht mit Aplomb, ja mit Verve; die Bewegung, mit der dies Gewand genommen, angelegt und getragen wird, ist so sicher und selbstverständlich, daß man diesen Vorgang beachten muß; und seinen Endzweck vergißt. Früher hätte man gezögert Tilla Durieux und Irene Triesch in einen Satz neben einander zu stellen; heute tut man es, um an dieser Artverwandtschaft, die in so kurzer Zeit entstanden, darzutun, worin Irene Triesch diese neue Tilla Durieux übertrifft. Bei der Triesch unterbricht immer wieder die Bewußtheit dieser oder jener Gebärde die Illusion: bei der neuen Tilla Durieux ist keine Illusion zu durchbrechen, weil nur Tilla Durieux, in den verschiedensten Charaktermasken, über die Bretter schreitet. Bei Else Lehmann vergesse ich Else Lehmann und sehe nur Rose Bernd; bei der Triesch fühle ich, wie eine ungemein begabte, kluge und gewandte Schauspielerin die Hedda Gabler spielt; bei der neuen Tilla Durieux rettet mich nichts von der schon mit dem ersten Auftritt erweckten Wahnvorstellung, daß hier Hedda Gabler sich bemüht Tilla Durieux zu spielen. Wie wurde eine solche Metamorphose möglich? Können ursprüngliche und wuchtige Triebe, deren künstlerischer Ausdruck Tausende faszinierte, jäh verlöschen? In 2, 3 Jahren ausbrennen? Und nichts zurücklassen als ein Instrument zur Hervorbringung von mimischen Täuschungen? Hat diese Schauspielerin die Kraft ihrer Leidenschaft erschöpft? Ist ihr Sinn ernüchtert und der tollkühnen Einfühlung in große und unbürgerliche Erlebnisse müde? Ist die Urkraft ihrer Natur gebrochen und zahn und milde geworden? Ist es denkbar, daß ein Temperament, dessen fast elementarer Größe wir uns einst gläubig beugten, verlischt

wie eine abgebrannte Fackel? Denn diese Schauspielerin war eine Persönlichkeit, die man ablehnen, aber nicht leugnen konnte: ein Stück Urwesen, das eine Laune in unser Paradies der Nervenzüchter geschleudert hatte. Sie war eine Botschaft, die wieder Respekt vor der Macht des starken Instinkts lehrte. Tilla Durieux ist nicht mehr die Alte. Was einst als Offenbarung ihrer Persönlichkeit in rastloser Erneuerung und mit der grellen Wucht dunkelgeröteter Blitze die Grenzlande der Dämonie durchleuchtete, ist heute ein kalter elektrischer Scheinwerfer, dessen Lichtstärke und Strahlenrichtung ein höchst intelligenter Mechanikus mit gelassenem Handgriff reguliert. Tilla Durieux: früher hieß das Gewalt, heute Überredung, früher Intuition, heute Klugheit, früher Kraft, heute Gewandtheit, früher Naturwesen, heute Dame.

Kommt ein Warnruf zu spät? Genug: Das Händeklatschen der Tausend überläßt das trauernde Schweigen der Fünftzig. Wir scheinen um eine Hoffnung ärmer; und gerade in einer Zeit, wo unserer Bühne nichts so bitter nottäte wie eine jüngere Schauspielerin großen Formats. Tilla Durieux war die Frau dazu. Aber ihr wurde Temperament zur Geste und der Schrei der Leidenschaft zu einer Frage der Kehlkopfstellung. Und statt der blauen Blume wirft sie nun lächelnd einem Parkett der Bescheideneren große bunte Treibhauschrysanthenen bündelweise zu.

Die Zukunft wird zeigen, ob dies nur ein Übergang ist, dem eine künstlerische Erneuerung folgt. Der Glaube an das, was war, sträubt sich gegen die Furcht, daß es nicht mehr sein soll. Denn diese Künstlerin hätte das Zeug eine große und heute verwaiste Erbschaft zu erwerben, um sie zu besitzen.

×
Kurze Chronik Das Berliner Lesingtheater wird bereits im Sommer dieses

Jahres von Barnowsky übernommen. Es steht zu hoffen, daß mit ihm diese uns teure Bühne einer neuen Blüte entgegengeht. × Das erst im November eröffnete Theater Groß Berlin, das von den Begründern anscheinend als ein Konkurrenzunternehmen zum Metropolitan gedacht war, ist bereits in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Es besteht der Plan das Haus in ein Kinetographentheater umzuwandeln. × Zum Intendanten des Breslauer Stadttheaters ist der Regisseur Woldemar Runge gewählt worden. × Zum Nach-

folger Hagemanns am Hamburger *Deutschen Schauspielhaus* wurde Max Grube, zuletzt Intendant in Meiningen, erwählt. X Das neue Theaterstück Sudermanns *Der gute Ruf*, das sich einer künstlerischen Würdigung hier entzieht, erlebte bei der Uraufführung im Berliner *Deutschen Schauspielhaus* einen unwidersprochenen Publikumserfolg.

X
Literatur

In einem kleinen Band vereinigt Julius Bab unter dem Titel *Kainz und Matkowsky* /Berlin, Oesterheld/ seine Aufsätze über diese beiden letzten und größten Verluste unserer Schauspielerschaft. Die hier vielleicht nur von der Tragik des Zufalls diktierte Nachbarschaft dieser beiden größten Toten seit Mitterwurzer hat auch ihren innern Grund; zwei größere Wesensgesetze als den geistreichen schlanken Kainz und den gewaltigen heroischen Matkowsky sind nicht zu denken. Julius Bab weiß diese Wesensfeindschaft ausgezeichnet zu gestalten: Die beiden kleinen kurzen Nekrologe, die für mein Empfinden das Wertvollste an diesem Buch sind, bleiben in ihrer Art kleine Kabinettstücke der Schauspielerschilde- rung. Ich gestehe, daß ich gleich nach der Lektüre dieses prächtigen Nachrufs auf Matkowsky, der seinerzeit bereits in der *Neuen Rundschau* erschien, ein Vorurteil für das kleine Büchlein empfand. Bab erfüllt eine Pflicht, die von vielen versäumt und von allen schnell vergessen wurde, wenn er mit einer Inbrunst, der die Leidenschaft dichterischen Schwung gibt, den zahllosen literarischen Kainzdenkmälern einen Hymnus auf Matkowsky gegenüberstellt. Viel zu schnell hat man diesen Großen vergessen; und die ihm einst dargebrachte Liebe auf einen veränderten Kainz übertragen, als dessen beste Kraft in intellektueller Selbstzersetzung schon zu zerbröckeln begann. Dieser Entwicklungsgang Kainzens ist meines Wissens noch nie so klar und mit so viel schmerzlicher Liebe nachempfunden und nachgezeichnet worden wie in diesem Nekrolog, der aus Verehrung wahrhaft ist und aus Bewunderung streng. Denn hier ist nicht nur Kainz, der große Künstler und der reiche Mensch, geschildert, sondern auch dieses Menschen künstlerische Tragödie. Starb doch Matkowsky als ein erobernder Sieger, Kainz aber als ein Held, der seine Eroberungen bereits verteidigen mußte.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Theater-
bauten

Zwei Opernhausbauten erregen die öffentliche Meinung, soweit sie sich überhaupt um architektonische Angelegenheiten kümmert. In dem Wettbewerb um die neue königliche Oper in Berlin hat die Akademie des Bauwesens vor kurzem ihr Gutachten dahin abgegeben, daß sie der vom Ministerium an sie gerichteten Frage, ob sich unter den eingegangenen Arbeiten ein Entwurf befinde, der auch gegenüber den Projekten des letzten Wettbewerbs als die Lösung anzusprechen und in jedem Fall zur Ausführung zu empfehlen wäre, ausgewichen ist und lediglich die 5 Entwürfe von Dülfer, Jürgensen & Bachmann, March, Moritz und Seel als für die Ausführung »beachtenswert« empfohlen hat. Dieser Beschluß bedeutet, daß die in der Akademie vereinigten Architekten keinen der 68 Entwürfe für so vollkommen halten, daß er unbedingt zur Ausführung gelangen müßte. In Charlottenburg ist kürzlich eine von der Kommune gebaute Volksoper: das *Deutsche Opernhaus* eröffnet worden. Man hat bei diesem Theater, das mit seiner Bühne von 1200 Quadratmeter Aktionsfläche die größte Bühne des Kontinents sein dürfte und mit seinen 2300 Sitzplätzen überhaupt eines der größten Bühnenhäuser ist, weder einen allgemeinen noch einen engeren Wettbewerb ausgeschrieben sondern den Stadtbaumeister Heinrich Seeling, den man gerade zur Hand hatte, und der ja Theater dutzendweise gebaut hat, ohne weiteres mit der Ausführung betraut. Für den, der Gelegenheit hatte das Werden des Baus den Sommer über zu beobachten, schien Seeling wirklich einen Entwurf geliefert zu haben, der sich von seinen barocken Gebilden in Freiburg, Nürnberg, Kiel oder Frankfurt vorteilhaft unterschied. In der Bismarckstraße wuchs da aus den Maurergerüsten eine prachtvolle Fassade empor. Die große, ruhige Fläche, auf der das Dach gut aufgesetzt war, die 5 mächtigen Einschnitte, die sich durch mehrere Stockwerke hindurchzogen, und über die aus breit gelagerten Fensteröffnungen eine Horizontale gezogen war, ergaben zusammen einen Akkord, der aufhorchen machte. Der Grundriß, der von einem so erfahrenen Theaterpraktiker wie Seeling ausgezeichnet disponiert war, der den ganzen diffizilen Betrieb mit seinen di-

vergiehenden Anforderungen geradezu komfortabel geregelt enthielt, entsprach diesen Erwartungen. Man hatte schon das Gefühl, daß der Begriff der *Volksoper* im Gegensatz zu dem sonst beliebten Gepränge und die nicht allzu reichlich bemessene Bausumme einen heilsamen Einfluß geübt und dem Baumeister Seeling zu einer überraschenden Leistung verholfen haben, um nach der Fertigstellung leider feststellen zu müssen, daß der Bau dieses charaktervolle Gepränge zum großen Teil eingebüßt hat, als zum Schluß der Dekorateur über den Architekten kam. Zweifello ist das tektonische Gerippe dieses Opernhauses nicht übel, es gibt da Räume, die im Grunde recht gute Verhältnisse haben, wie überhaupt die technische Lösung Anerkennung verdient. Sie muß aber (was sehr zu bedauern ist) überall da versagt werden, wo der Künstler sich zu regen beginnt. Die nachträgliche Durcharbeitung der Fassade, das Vormauern von Säulen, das Hineinkleben von Steinreliefs in die großen Portalöffnungen, die Durchbildung der Doppelsäulen selbst, die ohne Sockel auf dem Gemäuer sitzen, im Innern ein falsches Profil der Säulen, ein übermäßiges Relief der Kassetten, eine triste Bemalung des ganzen Hauses, der graubraune Zuschauerraum, der jeden großen Linienzug vermissen läßt, unmögliche Tischler- oder Glasmalerarbeiten, überhaupt das Fehlen jedes Sinns für Feierlichkeit machen zum Schluß die technische Leistung zu einer architektonischen Niederlage.

Der Baumeister Arthur Bieberfeld, der in die romanische Ausstellungshalle am Zoologischen Garten das amüsante und annehmbare (nach kurzer Zeit schon wieder verkrachte) *Theater Groß Berlin* eingebaut hat, ist gewiß nicht eine Kraft von dem Format Seelings, und doch ist ihm gelungen, was diesem versagt war: eine aparte und sympathische Stimmung zu schaffen. Trotz des gegebenen Raums, der nicht nur in den Abmessungen von 30 zu 40 Metern undankbar war, ist es ihm aus einem überraschenden Verständnis für dekorative Werte geglückt für 1600 Personen ein Bühnenhaus zu formen, in dem ein elegantes Publikum mit Behagen Tanzbeine schwingen sehen mag. Das gewagte Experiment durch Einziehen einer flachen Rabitzdecke dem Raum ein gut Teil seiner Höhe zu nehmen ist in Verbindung mit den auf Variétéstimmung stilisierten Beleuchtungskörpern, mit den vorderen Ecklogen, die für das Gefühl

immer ein bißchen mitagieren, mit dem geschickt abgefaßten Farbenklang von Blauviolett, Grün und den gemusterten Bezügen der Sitze eine Dekorationsleistung, die man mit Vergnügen in einem Milieu hinnimmt, in dem es sonst von Minderwertigem zu strotzen pflegt.

× Architekten-
kundgebung

Die Beurteilung des *Deutschen Opernhauses*: die Anerkennung der technischen Leistung und die energische Zurückweisung des Architektonischen (siehe oben den Abschnitt *Theaterbauten*), die so ziemlich die Meinung fast aller der Organe war, die zu Architekturfragen selbständig Stellung zu nehmen pflegen, hat scheinbar nicht den Beifall einer Anzahl Architekten gefunden. Nachdem der Kritiker des *Berliner Tageblatts* ausgesprochen hatte, daß es doch nicht richtig von der Stadt Charlottenburg wäre eine so wichtige Bauaufgabe ohne weiteres ihrem Stadtbaurat anzuvertrauen und nur den Sachverständigen der Stadtverordnetenversammlung zu hören, sind wider diese *unsachliche Kritik*, die dafür eintrat, daß eine solche Aufgabe nicht willkürlich einem Architekturbesamten übertragen sondern durch einen Wettbewerb der Tüchtigsten und Würdigsten gesucht werde, Kundgebungen für den Baurat Seeling gemacht worden. Das Merkwürdigste daran ist, daß die Berliner Ortsgruppe des *Bundes deutscher Architekten* sich ebenfalls zu einer derartigen Kundgebung herbeigelassen hat. Die selbe Gruppe, die bei der Frage des Berliner Opernhausbaus mit flammender Entrüstung und allen Mitteln dafür agitierte, daß der Bau nicht einem der beamteten Angestellten des preussischen Bauenministers so überlassen werde, wie es ja in Charlottenburg geschehen ist; die für einen allgemeinen Wettbewerb, den sie in dem Seelingschen Fall scheinbar für eine unsachliche Forderung hält, in Schriften und Versammlungen nicht genug zu demonstrieren wußte; die Ortsgruppe des selben Bundes, der dauernd und gewiß mit Recht darüber Klage führt, daß die freie Architektenschaft nicht zur Entfaltung ihrer Kräfte gelangen könne, weil alle die monumentalen Aufgaben, die Staat und Städte zu vergeben haben, in die Hände der beamteten Architekten hinübergelien. Die Architekten, die diese selbstzerfleischende Kundgebung unterzeichnet haben, waren in dem Augenblick ganz falsch beraten.

×

×

Kurze Chronik Für den Haager Friedenspalast hat das Deutsche Reich eine schmiedeeiserne Toranlage gestiftet, die von Bruno Möhring entworfen und bei Schulz & Holdesleß ausgeführt wurde. X Bei den Berliner Museumsbauten ist es zu einem Konflikt zwischen dem Bauleiter Regierungsbaumeister Wille und dem Ministerium für öffentliche Arbeiten gekommen. Das von Ludwig Hoffmann und Wille ausgearbeitete Projekt für die Fundamentierung ist von dem Ministerium kurzerhand verworfen und durch ein Gegenprojekt ersetzt worden, dessen Durchführung das Ministerium über die Köpfe der Architekten hinweg vorgenommen hat. Dieses Verfahren wird demnächst auch den Landtag beschäftigen. X In Meissen ist eben die Verschandelung des Doms, der ein charaktervolles Dokument nordischer Gotik war, mit großem Gepränge gefeiert worden. Trotz des Widerspruchs von Männern wie Cornelius Gurlitt hat der *Dombauverein* es sich nicht nehmen lassen eine sogenannte *Restaurierung* vorzunehmen, 2 Türme aufzusetzen, wo entgegen dem Stilkanon tatsächlich einmal 3 Turmspitzen sich in die Luft gestreckt hatten. X Die gelegentlich des Dresdener Kunstkongresses gezeigte Schriftausstellung war jetzt auch in Berlin zu sehen. Hinzugekommen sind ein paar Versuche diese kalligraphischen Bemühungen für den Unterricht der Volks- und Mittelschulen nutzbar zu machen, Bestrebungen, die allerdings noch im Gegensatz zu dem Schreibunterricht von den Zeichenlehrern eingeschmuggelt werden müssen. Wenn auch in der kurzen Zeit auf diesem Weg noch nicht viel erreicht werden konnte, so verdienen doch die geschriebenen Federornamente der Klassen des Altonaer Kuhlemann Beachtung. X Ein Parkausschuß für Groß Berlin, bestehend aus den Gartenarchitekten Großmann, Zeininger, Lesser, Zahn, Klawun und Martin ist von der *Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst* (Gruppe Brandenburg) erwählt worden, in der Absicht dem Zweckverband Groß Berlin bei der Schaffung von Grünanlagen einen sachverständigen Beirat zu bieten und die Bevölkerung für die mannigfachen gärtnerischen Probleme zu interessieren. X Zur Vereinfachung des Wettbewerbswesens fand in

Berlin eine von zahlreichen Künstlervereinigungen beschickte Konferenz statt, die im Interesse der Künstler bei Wettbewerben Normalbedingungen auszuarbeiten und zu diesem Zweck eine Zentralstelle zu schaffen beschloß. X In Leipzig ist ein *Jakob Krause-Bund*, benannt nach dem bahnbrechenden Einbandmeister der deutschen Renaissance, gegründet worden. Der Bund erstrebt den Zusammenschluß der Kunstbuchbinder zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und ideellen Interessen. X Zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Baumeisters der Reichsbank Ludwig Habicht, der einen feinen Instinkt dafür hatte diese Bankbauten den Stadtkörpern der verschiedenartigen Provinzen harmonisch einzuschmiegen, ist der Wilmersdorfer Stadtbaurat Nitze gewählt worden. Ein junger Architekt, dem man ähnliche Talente und die verständige Fortführung der Habichtschen Bauten zutrauen darf. X Der Goldschmied Ernst Riegel verläßt die Darmstädter Künstlerkolonie, um in die Kölner Kunstgewerbeschule einzutreten.

X **Literatur** Das Hagener Museum für Kunst in Handel und Gewerbe gibt eine *Monographieserie deutscher Reklamekünstler* heraus /Dortmund, Ruhfus/. Das 6. dieser Hefte enthält mit einem Vorwort von J. Klinger eine Auswahl geschmackvoller und tüchtiger Plakate, Insetate, Briefköpfe, Packungen, Schaufensterdekorationen und anderer Reklameleistungen von Gipkens, der bekanntlich für Friedmann & Weber, W. Wertheim, Sarotti und andere Firmen manche aparte Reklameschlager zustande gebracht hat. X Der Gedanke die Architektur in den Dienst der Kunsterziehung zu stellen hat die 4 Münchener Lehrer Reichhold, Reinhard, Ebner und Reich zu Versuchen angeregt durch ein Zusammenwirken von Zeichen-, Geschichts- und Deutschunterricht bei den Schülern ihres Realgymnasiums Verständnis für die Meisterwerke der Architektur und damit für künstlerische Werte überhaupt zu wecken. Die Schrift Karl Reichholds *Architektur und Kunsterziehung* /Leipzig, Teubner/ enthält in den Betrachtungen dieser Lehrer und Zeichnungen, Aufsätzen und Vorträgen der Schüler ein dokumentarisches Material für diese Bestrebungen.